

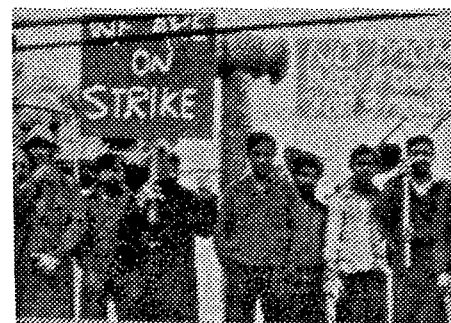
Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Politische Berichte



1. Dezember 1984
Jg. 5 Nr. 24

G 7756 D Preis:
2,50



Billig-Flaggen-Schiffe: Die Seeleute sollen wie Zwangsarbeiter im Arbeitslager leben Seite 10



USA, Katholische Kirche: Viel über Armut – nichts über Ausbeutung Seite 16



Kriegsvorbereitungen auf kommunaler Ebene: CDU Freiburg: „... der Gemeinderat müsse Vorsorge für den Kriegsfall treffen ...“ Seite 26

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2,50 DM

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft

Hochschulen: Bundesregierung legt Gesetzesnovelle zum Hochschulrahmengesetz vor..... 4

Blüms "Kostendämpfung": Teure Arzneimittel für Rentner .. 7

Volkszählung: Gesetzentwurf ist da— GRÜNE warten ab 7

Südafrika/Azania: Interview mit M. Molife, der Präsidentin von Black Women Unite..... 8

Billig-Flaggen-Schiffe: Die Seeleute sollen wie Zwangsarbeiter im Arbeitslager leben..... 10
Westdeutsche Billig-Flaggen-Reeder..... 10

Blüms Arbeitszeitgesetz (II): SPD und GRÜNE — Gemeinsamkeiten, um gesetzliche 40 Wochenstunden durchzusetzen..... 11
Arbeitszeitgesetzentwürfe von SPD und GRÜNEN..... 12

Auslandsberichterstattung

Spanien: EG-Terror gegen die baskischen Provinzen 14
Aus dem Programm von Herri Batsuna..... 15

Österreich: Raketen als Beweis der Neutralität? 15

USA/Katholische Kirche: Viel über Armut — nichts zu Ausbeutung..... 16
Auszüge aus dem Hirtenbrief der US-Bischöfe..... 16

Chile: Bischöfe sehen "Ohnmacht" 17

PCF: Zentrales Komitee verwirft "Linksunion" und "Gemeinsames Programm"..... 17

Internationale Meldungen..... 18

Reportagen und Berichte regional

Regionale Nachrichten..... 20

AUDI Ingolstadt: AUDI-"Nachholaktion": Stückzahlerhöhung — Sonderschichten 21

Stellenplan: Umschichtung im Beschäftigtenkörper der Stadt... 22

Volkstrauertag: Revanchistische Propaganda gestört..... 22

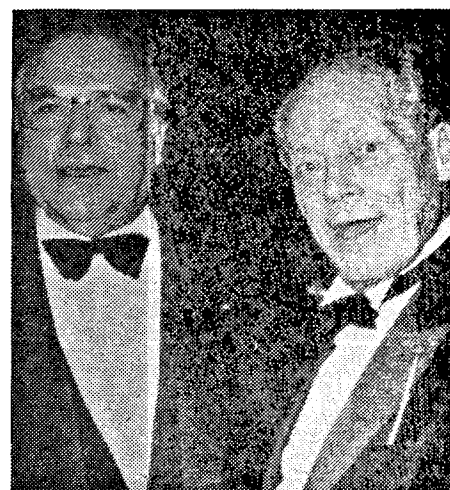
NATO BETONT: ANGRIFF AUF "ZWEITE STAFFEL"

Am 9. November hat der Verteidigungsplanungsausschuß der NATO eine vom NATO-Oberbefehlshaber erarbeitete und vom NATO-Militärausschuß bereits gebilligte Richtlinie "für die Bekämpfung der Folgestaffeln des Warschauer Paktes" (FOFA) angenommen. Der "Verteidigungsplanungsausschuß" besteht aus den Botschaftern aller Mitgliedsländer, der Militärausschuß aus den Stabschefs der Mitgliedsländer, ausgenommen Frankreich und Island. Die Billigung der neuen Richtlinie bedeutet somit auch deren förmliche Anerkennung durch die Vertreter der Regierungen der NATO-Staaten. Mit der Verabschiedung der neuen Richtlinie hat die NATO ihre Angriffsplanungen gegenüber den Staaten des Warschauer Paktes bedeutend verschärft. Die Richtlinie fordert die Fähigkeit der NATO-Truppen, Angriffe weit in die Staaten des Warschauer Paktes hinein zu führen— angeblich, um die "zweite Staffel" der gegnerischen Truppen in Polen, den westlichen Teilen der Sowjetunion usw. zu zerschlagen. Seit acht Jahren hatte die BRD, so Staatssekretär Würzbach am 14.11. im Bundestag, auf die Verabschiedung dieser neuen Richtlinie gedrängt. Die aggressive Bewaffnung der Bundeswehr mit weitreichender Artillerie, einer Vielzahl von Angriffsflugzeugen und Raketen soll so legitimiert werden. Auf die Rüstungskapitalisten kommen große Geschäft zu.— (rül)

"FLICK-AFFÄRE" IM BUNDESTAG

Die "Flick-Spenden-Affäre" hat in den letzten Wochen die Diskussion in der Öffentlichkeit bestimmt. Vor allem in Kreisen der Mittelklassen, vom "Spiegel", vom "Stern" und von den GRÜNEN wurde die Finanzierung der Parteien durch das große Kapital immer wieder angegriffen. Trotz dieser großen Publizität blieb ein Ereignis völlig unbeachtet: Seit Jahresanfang sind die Parteien gemeinnützig. Die Kapitalisten können bis zu 5 Prozent oder 2 von Tausend der Summe aus den gesamten Umsätzen und den im Kalenderjahr aufgewendeten Löhnen und Gehältern als Sonderausgaben von der Steuer absetzen. Was bisher illegal war, wird jetzt legal! Dieser Gesetzesänderung hatte auch die SPD im Dezember 1983 zugestimmt. Nur die GRÜNEN stimmten dagegen und zogen vor das Bundesverfassungsgericht — eine Entscheidung steht aus. Statt in der Auseinandersetzung um die "Flick"-Spenden diese neue Gesetzesregelung anzugreifen, erwähnte die Abgeordnete der GRÜNEN Frau Schoppe dies am 16. November nur nebenbei: "Nachdem nun die Spendenpraxis durch die Geldwaschanlagen öffentlich in Verruf geraten ist, wol-

len Sie sich die Gemeinnützigkeit als Partei direkt zuerkennen. Das Wirtschaften in die eigene Tasche und Gemeinnützigkeit schließen sich aus." In der Debatte und in der Politik der GRÜNEN spielte die Äußerung keine Rolle mehr. Die Möglichkeit, die SPD unter Druck zu setzen und von ihr zu verlangen, daß sie ihre Zustimmung zu der neuen Parteienfinanzierung zurücknimmt, wurde nicht ergriffen. Die Regierungsparteien gingen zum Gegenangriff über und verabschiedeten einen Aufruf an die Gerichte, die



Kohl und Brandt

Kapitalisten und Spitzenpolitiker freizusprechen: "CDU/CSU, SPD und FDP haben am 22. Dezember 1983 mit dem Gesetz zur Änderung des Parteiengesetzes und anderer Gesetze die Spenden transparent gemacht und klargestellt, daß Beiträge und Spenden an politische Parteien staatspolitischen Zwecken dienen und daher grundsätzlich steuerbegünstigt sind. Der Deutsche Bundestag bedauert, daß das neue Parteifinanzierungsgesetz vom 1. Januar 1984 nicht schon in den 70er Jahren verabschiedet wurde."— (jöd)

GEWERKSCHAFTER UND GRÜNE GEGEN NEONAZIS

Anfang November ließ die "Kieler Liste für Ausländerbegrenzung" (KLA) eine neue Schmähschrift in einer Auflage von 16000 in fast allen Kieler Stadtteilen durch die Post verteilen. Die Oberpostdirektion gab sie zur Zustellung frei. In der Schrift werden die von den BRD-Imperialisten geholten ausländischen Kolleginnen und Kollegen als "Illegale", "Kriminelle", "Scheinasylanten" usw. diffamiert; erneut werden Arbeitsplatzängste mobilisiert, die Kürzungen bei den Sozialversicherungen und in den öffentlichen Haushalten mit dem "Argument" gedeckt, ohne die Ausländer würde es reichen. "Die Politiker" werden nur nebulös als nicht national genug bezeichnet; dafür wird die IG-Metall kritisiert für ihre Forderung nach Aufenthaltsberechtigung.

16 Postboten protestierten gegen

den Zustellungsauftrag, zwei weigerten sich. Ihnen wurde mit Kündigung gedroht. Die Deutsche Postgewerkschaft riet zu verteilen, startete aber eine breite Pressekampagne gegen die KLA und die Oberpostdirektion. Ein Zusteller konnte seine Ablehnung der Neonazis und ihrer behördlichen Förderung im Fernsehen bekräftigen. Auf einer Betriebsversammlung der MAK-Maschinenbau am 8.11. forderte ein IGM-Vertrauensmann, bezugnehmend auf die Wurfesendung der KLA, die Solidarität zwischen deutschen und ausländischen Kollegen. Das wurde auch in einem weiteren Redebeitrag unterstützt. Die Vertrauensleute erhielten tags darauf Drohbriefe.

Auch MdL Selzer SPD verurteilte die Vorgänge. Bei der Ratsversammlung am 15.11. fand ein Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN, in dem Inhalt und politische Absicht der Postwurfsendung verurteilt wurde, allgemein Zustimmung. Der Landesvorstand der Grünen erstattete Strafantrag wegen Volksverhetzung. Die DPG hatte dies parallel angekündigt und hat nun zu den Grünen Kontakt aufgenommen.— (kaq)

VOLKSFRONTSEMINAR: ERGEBNISSE

Am 24./25. November beteiligten sich über 80 Antifaschisten, auch aus anderen Organisationen, am Seminar der Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg zum Thema "Verbot der NPD und aller faschistischen Organisationen". Fünf Arbeitsgruppen diskutierten: "Entwicklung faschistischer Organisationen und Zusammenarbeit von Reaktion und Faschisten; Programmatik und Braunzone; rechtliche Grundlagen für ein Verbot; Auseinandersetzung mit Argumenten gegen eine Verbotsforderung; Aktionen gegen Nazis". Im Abschluß-Plenum wurden interessante Ergebnisse berichtet.

Mehrere Arbeitsgruppen stellten fest, daß mehr Informationsaustausch und eine gute Nachrichtenlage, möglichst zusammen mit anderen Organisationen, im Kampf gegen die Faschisten nötig ist. Andere Ergebnisse waren: Unmittelbare Auseinandersetzungen mit den Faschisten sind erforderlich, um den "konkreten Aufbau faschistischer Organisationsstrukturen zu behindern, ihre ideologische Verbreitung zu stören und in ihre Anhangbildung einen Keil zu treiben", dieser "Kleinkrieg" muß aber unbedingt mit Aufklärung über die Ziele der Reaktion und der Faschisten verbunden werden; die Feststellung, daß es offensichtlich keine gründliche Kritik des NPD-Programms gibt, dies aber dringend fehlt. Ohne Gegenstimme bei vier Enthaltungen wurden die Ergebnisse der Arbeitsgruppen gebilligt und eine Abschlußerklärung verabschiedet. Darin schlagen die Teilnehmer als Tätigkeiten für die nächste Zeit Veranstaltungen zum Jahrestag der Machtübergabe an die Faschisten (30. Januar) — Aktionen gegen die zu erwartende Hetze und Propaganda von Reaktion und Faschisten zum 40. Jahrestag der Kapitulation des Hitlerfaschismus (8. Mai) und Aktionen gegen nationale und chauvinistische Mobilisierung und Kriegshetze zum 17. Juni vor. Die Passage aus den Grundsätzen der Volksfront für den Kampf gegen alte und neue Nazis und gegen ihre Propaganda sowie für ein Verbot der faschistischen Organisationen wurde bekräftigt. Sie wurde dahin konkretisiert, daß die Forderung nicht als Ersatz für praktisches Vorgehen gegen die Faschisten und für inhaltliche Angriffe genutzt werden kann und auch kein "Zweck für sich ist, sondern erforderlich im Zusammenhang der Verteidigung sozialer und politischer Interessen der Lohnabhängigen gegen Faschismus und Reaktion". — (düb)

VVN/BdA-Seminar: Antifaschistischen Kampf koordinieren..... 23

Neonazis: NRW-Polizei schützt ANS-Nachfolgepartei..... 23

Druckindustrie: Umsetzung der Lohnstruktur — Heruntergruppierungen zeichnen sich ab 24

750-Jahr-Feier Westberlin: Provokation gegen die DDR..... 25

Rotationsprinzip: Sind die GRÜNEN verfassungswidrig? 25

Kriegsvorbereitung auf kommunaler Ebene: CDU Freiburg: "Der Gemeinderat müsse Vorsorge für den Kriegsfall treffen"..... 26
Dokumentiert: Flugblatt der Volksfront..... 27

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung..... 28

Dokumentation: 11. Gewerkschaftstag der HBV zu Gesetzen und Gesetzesvorhaben 29

Sozialstatistik

Volkszählung: "Bevölkerungszahl um 1 Million falsch" — Was wären die Wirkungen?..... 30
Zahlungen und Leistungen sind von den Einwohnerzahlen abhängig ... 30

Kultur und Wissenschaft — Diskussionsbeiträge

Buchbesprechungen: Bücher über den Befreiungskampf und die Politik der Imperialisten im südlichen Afrika 32

Deutsche Kolonien: A.E. Johann bewältigt die Geschichte von "Südwest" 33

Asylrecht (II): Rechtsprechung: Reaktionärer Dreck, juristisch verbrämt 34

Spezialberichte

BRD-Ostpolitik: Kohls Regierung setzt neue Zielpunkte: "Volksgruppenrechte" und "Weg von Jalta" 36
Die "Deutsche Frage" im Schulbuch 36
Die Deutsche Jugend wird geweckt 37
Stellungnahmen aus der osteuropäischen Presse zum Revanchismus 39

Titelbild: Fotomontage, tis, Hamburg



Der Junge Union-Vorstand wollte auf dem Deutschlandtag beschließen lassen, daß "nach den Verträgen ... die Oder-Neiße-Linie die Westgrenze Polens" bildet, Deutschland in "den Grenzen des 31. Dezember 1937" aber völkerrechtlich fortbestehe. Selbst diese vorläufige Respektierung der polnischen Westgrenze ging den Delegierten zu weit. Im Beisein Kohls (Bild: neben JU-Vorsitzendem Böhr) lehnten sie diese Passage ab.— (uld)

Hochschulen

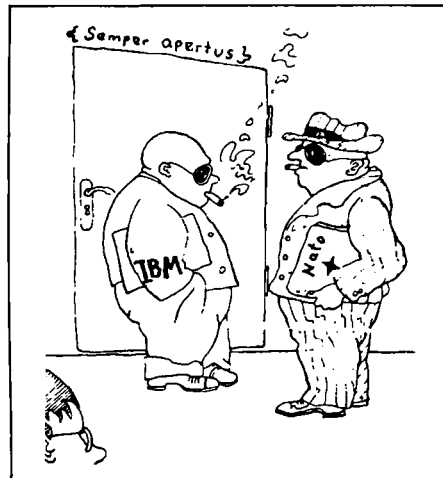
BUNDESREGIERUNG LEGT GESETZESNOVELLE ZUM HOCHSCHULRAHMENGESETZ VOR

Vor zwei Wochen hat das Ministerium für Bildung und Wissenschaft (BMBW) den Entwurf für ein Gesetz zur Änderung des Hochschulrahmengesetzes (HRG) vorgelegt. Der Entwurf soll noch in diesem Jahr erstmals beraten werden und im ersten Halbjahr 1985 Gesetz werden. Noch vor Monaten konnte man in der Presse eine seltsame Debatte beobachten, in der von verschiedenen Seiten geäußert wurde, daß Ministerin Wilms und ihr Ministerium nichts taue. Um die Arbeit der Regierung auf dem Gebiet Hochschulpolitik ist es öffentlich eher still. Damit aber wurde dem Ministerium wirklich - vielleicht mit Absicht - bitter unrecht getan: In weniger als zwei Jahren hat es die Bundesregierung fertiggebracht, Gesetze auf den Tisch zu legen, die eine vollständige Umwälzung des Hochschulrechts und der Verhältnisse an den Hochschulen nach sich ziehen würden, wenn sie verabschiedet werden. Begonnen hat dies mit der "Umstellung" des BAFöG auf Darlehen, d.h. mit der Abschaffung jeglicher Studienfinanzierung durch den Staat. Die nächsten Vorhaben sind:

1. Hochschulrahmengesetz. Unter dem Schlachtruf "Die Selbstverwaltung der Hochschulen stärken!" soll die Möglichkeit geschaffen werden, daß Hochschulen **eigene** Studiengänge einrichten. Dafür legen sie selbst den Studienplan und die Zulassungszahlen fest. Die **Eignung** für den Studiengang wird von der Hochschule in einer zusätzlichen Prüfung festgestellt. Die **Studienordnun-**

gen in allen Studiengängen sollen zukünftig von der Hochschule - ohne die Bindung an bisherige Rahmenvorgaben - aufgestellt werden. An der Ausarbeitung der Studienordnungen sollen Sachverständige aus der "beruflichen Praxis" - vor allem auch am Ort -, also Kapitalistenvertreter teilhaben. Die Studienordnungen dürfen vorsehen, daß bestimmte Lehrveranstaltungen "nur für besonders Befähigte" zugänglich sind. Dafür können jene "Befähigten" von der Pflicht zur Teilnahme an bestimmten Lehrveranstaltungen und von bestimmten Studienleistungen **freigestellt** werden. Die "Befähigung" stellt im Einzelfall ein Professor fest.

"Administrative Hindernisse" für



"Semper apertus" (immer offen) für die Interessen des Kapitals.

die **Drittmittelforschung** sollen beseitigt werden. Diese Forschung wird aus Mitteln bezahlt, die nicht Bestandteil des ordentlichen Haushaltes sind. Sie kommen zum größten Teil aus Forschungsinstitutionen des Staates, aber auch zunehmend direkt aus der Wirtschaft. Bisher müssen alle Drittmittel im Haushalt der Hochschule ausgewiesen werden und werden von der Hochschule verwaltet. Die Beschäftigten sind Angestellte des Landes. Die Annahme von Drittmittelprojekten muß in der Regel durch ein Gremium der Hochschule genehmigt werden. All dies soll nach dem Entwurf entfallen. Ein Professor, der ein solches Projekt plant, meldet es der Hochschule, die Annahme der Mittel darf ihm praktisch nicht untersagt werden. Auf seinen Wunsch unterbleibt die Verwaltung der Gelder durch die Hochschule und die Beschäftigung seines Personals durch das Land. Er verfügt in eigener Regie über das Geld und die Beschäftigten, für deren Auswahl übrigens allein er zuständig ist, sind in ein Privatdienstverhältnis mit ihm gepreßt. Die Krönung: Einnahmen aus Drittmittelprojekten müssen nicht - wie bisher - ans Land abgeführt werden. Die Hochschule - spricht der Professor - darf diese Einnahmen "zur Erfüllung seiner Aufgaben" wieder ausgeben.

So haben Wirtschaftsunternehmen einen direkten und unkontrollierbaren Zugriff zur Hochschulforschung. Die Arbeitsbedingungen in Drittmittelprojekten sind denen eines Kleinbetriebes angeglichen mit dem Profes-

FÖRDERUNG DER

SPALTERGEWERKSCHAFTEN

Das Bundesverfassungsgericht hat jetzt auf Antrag des Deutschen Postverbandes (im Beamtenbund) die Regelung für die Zahl der Unterschriften unter Vorschläge zu den Personalratswahlen als verfassungswidrig erklärt. Bisher mußten Wahlvorschläge von mindestens einem Zehntel der Wahlberechtigten, höchstens aber hundert, unterschrieben werden. Aus der Unionsfraktion folgte als prompt Reaktion, daß nun auch im Betriebsverfassungsgesetz die "Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes" beseitigt werden müsse. Der Unionsentwurf für eine Änderung des BetrVG, sieht vor, daß künftig "die im Betrieb vertretenen Gewerkschaften" zur Wahl zuzulassen sind, wenn ihr Vorschlag von "zwei Beauftragten" unterzeichnet ist. Nur "gewerkschaftsunabhängige Kandidaten"

mußten weiterhin das 10%-Quorum erfüllen. Gleichzeitig will die CDU/CSU gesetzlich erzwingen, daß auch Minderheitslisten Betriebsräte freistellen können. Damit könnten die christlichen Spalterverbände, die bisher nur in einigen Betrieben die erforderlichen Unterschriften bekamen, in breiter Front antreten. - (alk)

STRAUSS UND WÖRNER FÜR RÜSTUNGSFUSION

Sowohl Verteidigungsminister Wörner wie auch der bayerische Ministerpräsident Strauß sind persönlich in das Projekt "Fusion von MBB und Krauss-Maffei" eingeschaltet. Das meldete am 22.11. das "Handelsblatt". Wie berichtet will Flick die "Krauss-Maffei AG", seit "Leopard-I und II" wieder größtes Panzerbauunternehmen Westeuropas, an MBB verkaufen und mit dem Erlös sich an MBB beteiligen. Auf diese Weise entstünde ein Rüstungskonzern, der größer als alle westeuro-

päischen Konkurrenten wäre. Angeblich soll nun auch die Quandt-Gruppe sowie Dornier versuchen, die Krauss-Maffei AG zu übernehmen. Ob dies gegen MBB gelingt, scheint dem "Handelsblatt" zweifelhaft. "Zwei Großbanken" sollen, so Strauß und Wörner, gemeinsam mit MBB Krauss-Maffei übernehmen. Wie auch immer der Streit ausgeht: Eine neuerliche Konzentrationswelle unter den westdeutschen Rüstungskonzernen hat bereits begonnen. - (rül)

ARBEITSMINISTERIUM: HÖHERES RENTENALTER

Nachdem im Juni bereits der Vorsitzende des Sozialbeirats der Bundesregierung Meinhold für eine Erhöhung des Renteneintrittsalters eingetreten war, trat nun auch ein Ministerialdirektor des zuständigen Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, Karl Hauck, auf einer Veranstaltung der Katholischen Arbeitnehmer-Bewe-



Die Elite, wie sie singt und lacht: Burschenschaftsstudenten bei ihrem alljährlichen Corpstreffen am "Vatertag" in Weinheim. Sie begrüßen die HRG-Novelle.

sor als Chef.

In allen **Hochschulgremien** soll die absolute Mehrheit der Professoren hergestellt bzw. ausgebaut werden in Richtung 2/3-Mehrheit. Die Personalstruktur des akademischen "Mittelbaus", also der Karriereleiter in Richtung Professor, wird vollkommen umgewälzt. Der wissenschaftliche Assistent - bisher in gewissem Umfang selbständig - wird einem Professor direkt unterstellt. Ob er überhaupt eine weitere Qualifikation anstreben darf, soll davon abhängen, wie ihn "sein" Professor nach zwei Jahren beurteilt.

Das **Hochschulwesen** insgesamt soll sich nicht mehr nach dem Ziel der **Gesamthochschule** hin orientieren. Die **Differenzierung** der einzelnen Hochschularten soll gefördert werden. Ziel ist ein hierarchisch gegliedertes Hochschulwesen ohne

Übergangsmöglichkeiten und mit genauso hierarchisch gegliederten Abschlüssen.

2. Gesetz über befristete Verträge. Nach diesem Gesetz soll es in fast allen Fällen möglich sein, mit wissenschaftlichem Personal befristete Verträge abzuschließen. Mit dem Gesetz soll der "überalterung" und "Erstarrung" im Forschungsreich Einhalt geboten werden.

3. Gesetz zur Hochschulzulassung. Der bisherige Numerus clausus, also die Zulassung nach dem Ergebnis des Abiturs, soll durch andere Arten der Auslese ergänzt werden. Insbesondere sollen ca. 15 % aller Bewerber über "Auswahlgespräche" zugelassen werden, die von einem "fachkundigen Gremium der Hochschule" veranstaltet werden und in denen die "Neigung und Motivation" der Bewerber wichtigstes Auswahlprinzip sein

soll.

4. Medizinerbildungsordnung. An das bisher bereits 7 Jahre dauernde Studium soll eine zweijährige Ausbildungsphase als "Arzt im Praktikum" angehängt werden, in denen der Arzt ca. 1200,- DM brutto verdienen soll. Dafür sollen die Stellen für Assistenzärzte weitgehend beseitigt werden.

Bedeutsam zur Beurteilung der Lage ist, daß die reaktionären Studentenorganisationen wie der RCDS und die Burschenschaften und Verbindungsstudenten frecher als je zuvor auftreten. Sie begrüßen die Gesetzespläne im wesentlichen. In Freiburg führte die Prager (!) Burschenschaft "Teutonia" z.B. kürzlich eine Veranstaltung durch "Wie plane ich meine Karriere?". Dieselbe Burschenschaft forderte in Regensburg die "Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit" und das "Selbstbestimmungsrecht aller Deutschen".

Gleichzeitig greifen die Hochschulleitungen wieder verstärkt die sozialistischen Organisationen an. So hat die Freiburger "Vereinigung revolutionärer Studenten" ein praktisch generelles Raumverbot erhalten, weil sie "hochschulfeldliche Ziele" vertreten. In Hamburg haben Professoren eine Kampagne gegen die MG gestartet.

Über Kampfmaßnahmen der Studenten schweigt sich die Presse aus. So haben am 20.11.84 in Bonn auf einen Aufruf der VDS hin über 10000 Medizinstudenten gegen die geplante Änderung der Medizinerbildung demonstriert. An einigen Hochschulen (z.B. Westberlin) wurden Streikaktionen durchgeführt. Die VDS haben den 29.11.84 zum bundesweiten Aktionstag gegen die HRG-Novelle erklärt - Aktivitäten dazu finden an den meisten Hochschulen statt.

gung dafür ein. Außerdem verlangte Hauck die "Harmonisierung" von Beamtenpensionen und Renten, z.B. statt Berechnung der Pensionshöhe nach den Einkommen der letzten drei Jahre die niedrigere Rentenberechnung nach Lebenseinkommen. - (uld)

VERANSTALTUNG ZUR LAGE POLITISCHER GEFANGENER

An einer Veranstaltung "Zur Lage politischer Gefangener in der Bundesrepublik" nahmen am 19.11. in Köln 120 Besucher teil. Aufgerufen hatte die Gruppe Köln der AG für revolutionäre Hochschulpolitik, der AStA der PH, das Autonome/Antiimperialistische Plenum, Basisgruppen Köln, Fakultätsgruppe Medizin, Forum Recht (eine Zeitung von Jura-Studenten), KB und Sprecherrat der Philosophischen Fakultät. Rechtsanwalt Michael Schubert aus Freiburg, einer der Verteidiger Christian Klars, berichtete über die politischen Absichten der Im-

perialisten mit ihrem Anti-Terrorismus-Konzept, das eine "Aufstandsniederwerfungsstrategie" sei. Weitere Beiträge befaßten sich mit der Rolle der Forschung, besonders der Universitäten, bei der Einführung der Isolationshaft und mit der Forderung nach Zusammenlegung der Gefangenen. Die Versammlung faßte eine Entscheidung, in der die politischen Gefangenen und ihre Forderung nach Zusammenlegung unterstützt werden. 120 DM wurden für Informationstätigkeit über die Haftbedingungen der politischen Gefangenen gesammelt. - (koe)

STÄDTETAG: ABM-LÖHNE UNTER TARIF SENKEN!

Der Deutsche Städtetag, geführt von dem Dortmunder SPD-Bürgermeister Samtlebe, will den Vorreiter machen bei der Bezahlung unter Tarif und damit bei der von den Kapitalisten gewünschten Senkung der untersten

Löhne auf Hungerniveau. Nachdem die Bundesanstalt für Arbeit unter dem CDU-Mann Franke im Oktober eine Ausweitung der ABM-Stellen um 10000 auf 80000 im nächsten Jahr und der ABM-Mittel von 1,97 Mrd. DM auf 2,58 Mrd. DM beschloß, veröffentlichten zwei Vertreter des Städtetags am 16.11. im "Handelsblatt" einen ganzseitigen Grundsatzartikel über "Zukunftsperspektiven der Arbeitsbeschaffung". Darin schlagen sie vor, die zu ABM-Arbeit gezwungenen Lohnabhängigen künftig unter Tarif zu bezahlen: "Ein gegenüber dem Tariflohn niedrigeres Entgelt ließe sich sachlich rechtfertigen. Zum einen sind ABM-Beschäftigte überwiegend Berufsanfänger ohne jede Berufserfahrung, beruflich minderqualifiziert ... Zum anderen ist die Vermittlung in 'normale Arbeitsverhältnisse' schwieriger, wenn die ABM-Beschäftigten ... unrealistische Verdiensterwartungen entwickeln." - (rül)

Warum tut sich die Linke offensichtlich so schwer, in der öffentlichen Meinung in Fragen der Hochschulpolitik einen Gegenpunkt zu setzen? Dies hängt unserer Meinung nach entscheidend damit zusammen, daß die parteimäßige Vertretung der Intelligenz, die GRÜNEN, in dieser Hinsicht keine Schritte unternehmen. SPD und DGB haben öffentlich erklärt, daß die Gesetzesnovelle bei ihnen "auf entschiedenen Widerstand" stoßen werde. Von den GRÜNEN steht eine solche klare Erklärung aus. Stattdessen hat der Vertreter der GRÜNEN im Bundestagsausschuß für Bildung und Wissenschaft zusammen mit CDU, CSU und FDP einer Beschlussempfehlung an die Bundesregierung zugestimmt, in der die Regierung aufgefordert wird, darzutun, wie sie die "Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit" der Hochschulen erhalten wolle. Die SPD hat dem Antrag nicht zugestimmt. Der Antrag entspricht wörtlich einem älteren Antrag der CDU/CSU, wobei offenbar auf Vorschlag der GRÜNEN hinzugekommen ist, daß auch die Förderung "privater Initiativen" und des "wissenschaftlichen Nachwuchses" beachtet werden solle.

Die GRÜNEN werden im Bundestag hochschulpolitisch meist durch Prof. Jansen repräsentiert, der am 15.11. dortselbst sagte: "Ich war an einem naturwissenschaftlichen Fachbereich Dekan ... ich weiß selber, wie schwierig und problematisch es ist, Drittmittel zu bekommen und dann noch Leute zu beschäftigen". Gegen die Pläne der Regierung hatte er unter anderem einzuwenden, sie würden "die ganzheitliche Orientierung der Wissenschaftler, die Orientierung auf eine ganzheitliche Naturbetrachtung" verhindern. Das Ziel der "Leistungsfähigkeit" hat er zugestanden, möchte es

allerdings durch "kooperative Leistung" statt durch "Wettbewerb der einzelnen Individuen" verwirklicht sehen.

Die GRÜNEN scheinen nicht zu merken, daß es ein Ziel der Regierungsmaßnahmen ist, die Hochschulen als Feld zur Gewinnung großer Massen für die grüne Partei zerstören. Es kann davon ausgegangen werden, daß die relative Einheitlichkeit des Hochschulsystems in der BRD - verglichen mit anderen imperialistischen Staaten

Prof. Wisniewski (CDU) im Bundestag zur Begründung der Gesetzesentwürfe aus

Die Folge einer solchen Politik für die lohnabhängige Mittelklasse wird zunehmend die sein, daß der Einzelne sich für die immer dünnere - aber dafür umso verzweifelter gehegte - Hoffnung auf Aufstieg immer größere moralische Erniedrigung gefallen lassen muß. Und es gibt in der Tat viele, die es tun. Solange bei den GRÜNEN jene in der Hochschulpolitik das



Demonstration der Vereinigung revolutionärer Studenten und autonomer Studenten an der Universität Freiburg. "Der Elite keine Chance!"

- eine wichtige Voraussetzung für die schwungvolle Parteibildung der Intelligenz war und ist. Und genau die Zerstörung dieser Einheitlichkeit hat die Reaktion im Auge: "Das Hochschulsystem ist ... im wesentlichen auf staatliche Hochschulen beschränkt. Die belebende Konkurrenz ... wie etwa im amerikanischen Hochschulsystem, fehlt bei uns fast völlig", das führte

Sagen haben, die sich durch diese Erniedrigungen hindurch zum Professor emporgekämpft haben, wird die Front gegen die Bundesregierung einen sehr schweren Stand haben. - (tob)

Quellen: "Nachrichten-Analysen-Protokolle" der Arbeitsgemeinschaft für Rev. Hochschulpolitik, BT-Drucksache 10/1675 und 10/2159, Protokolle des BT vom 29.6.84 und 15.11.84.

STOLTENBERG LOCKT MIT VERMÖGENSANLAGE

Als "mutiger Schritt" hat der BDI die von Stoltenberg angekündigten Verkäufe von Anteilsscheinen an mehreren Bundesunternehmen gelobt. U.a. soll der Bundesanteil an der Lufthansa von 79% auf 55% verringert werden, bei VW von 20% auf 14%, bei der Viag von 100% auf 75%. Die Diag soll komplett verkauft werden. Auch die Bundesanteile an mehreren Banken sollen verringert werden. Alles in allem sollen Anteilsscheine von gut 2 Mrd. DM zum Verkauf angeboten werden. Abgesehen vom Verkauf der Diag, die gleich an ein anderes Unternehmen verkauft werden soll, will Stoltenberg die Anteilsscheine "breit streuen". Das zahlungskräftige Publikum aus den besser verdienenden Gehaltszonen soll zur Anlage seines Vermögens in Bundesunternehmen veranlaßt werden. Für Stoltenberg wäre das gleich

ein mehrfacher Gewinn: Erstens bekäme er 2 Mrd. DM in die Finger und kann diese sogleich für Rüstungszwecke verwenden. Zweitens schafft ihm die Beteiligung einer zahlungskräftigen Meute an den Bundesunternehmen weitere Unterstützung, um Lohnsenkungen und Rationalisierungen in den Bundesunternehmen weiter voranzutreiben. - (rül)

GRÜNE GEGEN STAATSSCHUTZBESTIMMUNGEN

Die GRÜNEN im Bundestag haben einen Gesetzentwurf für die Streichung der Paragraphen 129 (kriminelle Vereinigung) und 129a (terroristische Vereinigung) aus dem Strafgesetzbuch vorgelegt. Sie kündigen an, daß dieser Gesetzentwurf der erste einer Reihe von Initiativen ist, die sich gegen die von allen staatstragenden Parteien unterstützten sogenannten "Anti-Terrorismus-Gesetze" wenden sollen. Die GRÜNEN wollen außer der Streichung

der §§ 129, 129a insbesondere die Abschaffung folgender Bestimmungen erreichen: des Kontaktsperregesetzes, der Möglichkeit von Untersuchungshaft bei bloßem Verdacht auf Verletzung der §§ 129 und 129a, des Verbots der Mehrfachverteidigung und der Vorschriften über den Verteidigerausschluß. Zu diesem Zweck wollen sie im Frühjahr ein Hearing über die "praktischen Erfahrungen" mit diesen Staatsschutzgesetzen durchführen. - (uld)

HBV-GEWERKSCHAFTSTAG: SAMMLUNG FÜR CCAWUSA

Mit einer Sammlung unter den Delegierten hat der Gewerkschaftstag der HBV 3795 DM für die Unterstützung des Aufbaus der südafrikanischen schwarzen unabhängigen Handelsgewerkschaft CCAWUSA gespendet. Die vor mehreren Monaten begonnene Sammlung soll fortgesetzt werden, ebenso die Ausbildung von Funktio-

Blüms "Kostendämpfung"**TEURE ARZNEIMITTEL
FÜR RENTNER**

Gleich zu Beginn seiner Amtszeit hatte Arbeits- und Sozialminister N. Blüm die "Negativliste" eingeführt, sie trat Mitte 83 in Kraft, und jetzt liegen nach einem Jahr erste "Ergebnisse" vor.

Die Negativliste untersagte den Ärzten bei sogenannten "Bagatellerkrankungen" zu rezeptieren, die Patienten sollten die nötigen Arzneimittel selber zahlen, und zwar bei Reiseerkrankungen, bei Husten/Schnupfen/Heiserkeit. Das sollte den Krankenkassen 580 Millionen DM im Jahr weniger Ausgaben bescheren, rund 225 Millionen DM sind es letzten Endes jetzt von 1983 auf 1984 für die Krankenkassen geworden.

Betroffen von diesen Maßnahmen waren vor allem Rentner, die mit zunehmendem Alter vor allem Arzneimittel gegen Verdauungsstörungen benötigen.

Die Pharmakapitalisten wissen, daß trotz dieser Maßnahmen aber der Verkauf der entsprechenden Mittel nicht zurückgegangen ist, so daß davon ausgegangen werden kann, daß diese 225 Millionen DM den Versicherten zusätzlich aus der Tasche gezogen worden sind.

Und diese Maßnahmen schlagen den Lohnabhängigen nicht nur gewaltig auf den Geldbeutel, sie bewirken auch weitere Verschlechterung der Gesundheit: In ca. zwei Millionen Behandlungsfällen wurden von den Allgemein- und praktischen Ärzten Zeichen einer Krankheitsverschleppung durch zu späten Arztkontakt festgestellt. In 60% dieser Fälle stellten sich Komplikationen ein (Nasennebenhö-

lenentzündung, Bronchitis, Mittelohrentzündung).

Die Selbstfinanzierung von Arzneimitteln soll nach Zielvorgaben der Reaktion jetzt weiter ausgebaut, der Großteil der Versicherten soll an bestimmte Mittel auf jeden Fall nicht mehr per Rezept herankommen.

Norbert Blüm hatte das Wissenschaftliche Institut der Ortskrankenkassen beauftragt, weitere "Einsparungspotentiale" zu errechnen.

Ergebnis: Bei ausschließlicher Verwendung von billigen "Nachahmerpräparaten" für die Versicherten ergeben sich "Einsparungen" von 1,4 Milliarden DM und bei einem Verzicht auf "zweifelhaft wirksame Arzneimittel" weitere 500 Millionen DM.

Der Berliner Gesundheitssenator Fink ließ die Einsparungen durch "Verzicht auf wirkungslose Arzneimittel" sogar auf 5,5 Milliarden DM errechnen.

Die Tatsache, daß die Pharmakapitalisten nicht für die Gesundheit, sondern für den Profit produzieren, ob mit Nebenwirkungen oder gar nicht wirkungsvoll, setzte Blüm jetzt demagogisch in der Konzertierte Aktion gegen die Interessen der Versicherten ein. Das Vorhaben: Neben dem Bestreben, die ganze Solidargemeinschaft aus den Angeln zu heben, über Eigenbeteiligung an den Krankenversicherungen und weiterer Einschränkungen der Leistungen durch die Krankenhäuser, sollen nun Arzneimittel, die aus mehreren Substanzen zusammengesetzt sind, in eine sogenannte "Preisvergleichsliste" aufgenommen werden. Angeblich um den Zustand zu beseitigen, daß die Krankenkassen für Arzneimittel ein und derselben Zusammensetzung (jedoch von verschiedenen Kapitalisten produziert) "Preisspannen zwischen 24 und 120 DM zahlen

müssen".

Im Kernpunkt steht dabei aber etwas ganz anderes, die Pharmakapitalisten werden sich auf solche Gegebenheiten sowieso ohne Probleme und ohne größeren Profitverlust einstellen.

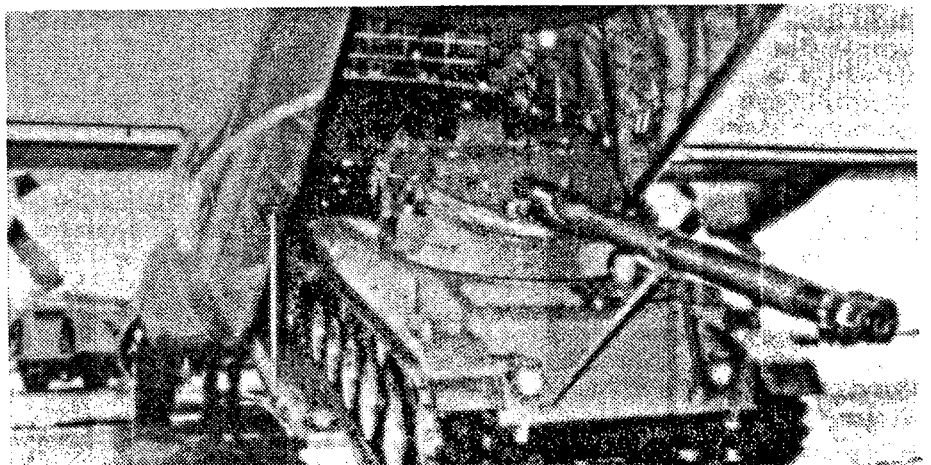
Die Vorstellungen von Blüm schließen eine "Bedürfnisprüfung" der Arzneimittel mit ein, und Ziel ist, langfristig genau festzulegen, welche Mittel den Versicherten über die Rezeptierung durch den Arzt überhaupt noch gegeben werden dürfen; die nicht auf diesen Listen stehenden, soll sich der Lohnabhängige dann über den "freien Markt" beschaffen.

Wer gut bei Kasse ist, kann sich die nötigen Heilmittel beschaffen, wer arm ist, kann verrecken. Das alles hat es schon einmal gegeben: Die Faschisten beseitigten in den dreißiger Jahren alle gesetzlichen Krankenversicherungen, für die Lohnabhängigen wurde ein "Regelbeitrag" eingeführt, bei Überschreiten des "Regelbeitrages" durch Krankheit mußte der Versicherte selber zahlen. – (kag)

Volkszählung**GESETZENTWURF IST DA
GRÜNE WARTEN AB**

Die Bundesregierung hat jetzt erneut einen Gesetzentwurf zur Volkszählung vorgelegt. Frech erklärt die Bundesregierung, sie sei bei der bevorstehenden Volkszählung "an der sachlichen Mitarbeit aller politischen Parteien, aller gesellschaftlichen Gruppen interessiert". (1) Gemeint sind auch die politischen Kräfte, die sich in den letzten zwei Jahren gegen die Volkszählung gewandt hatten. Zim-

nären der CCAWUSA. Einen Bericht über das bisherige Ergebnis der Sammlung gab der Hauptvorstand der HBV nicht. In einem Beschluß verurteilte der Gewerkschaftstag "aufs Schärfste die Apartheidpolitik des Staates Südafrika und fordert die Bundesregierung auf, alle politischen, wirtschaftlichen, militärischen und kulturellen Beziehungen einzustellen, bis die Apartheidspolitik beendet ist. Außerdem soll über den Alltag im Apartheidsstaat Südafrika und den Schwierigkeiten, mit denen schwarze unabhängige Gewerkschaften zu kämpfen haben, im 'Ausblick' und anderen DGB-Blättern berichtet werden." In Frankfurt sammelte Anfang November die Betriebsgruppe Datenzentrale der HBV 286 DM, der Fachgruppenvorstand Banken in Frankfurt spendete weitere 80 DM. Spendenkonto: BfG, Konto Nr. 16 502 033, BLZ 30 010 111, Stichwort CCAWUSA 44891 – (rül)



Seit 4. November sind drei Transall-Maschinen der Luftwaffe im "Luftbrücken"-Dienst in Äthiopien eingesetzt. Die Bundesregierung hat sich die Gelegenheit der Hungerkatastrophe nicht entgehen lassen und die äthiopische Regierung zur Zustimmung zum Einsatz der Flugzeuge und von 45 Soldaten bis mindestens Anfang 1985 erpreßt. So nutzt man eine durch imperialistische Plünderung entstandene Hungersnot für Übungsflüge der Luftwaffe über Afrika. Bild: Die "Transall" bei anderem Einsatz: Beim Panzerentladen. – (rül)

mermanns dreistes Angebot zur "Mitarbeit" kommt nicht von ungefähr, sondern zielt darauf ab, politische Kräfte, die generell gegen die Volkszählung, Meldegesetze und gegen den "Computerstaat" sind, von liberalen und reformerischen Kräften zu trennen. Die Bewegung gegen die Volkszählung war im Jahre 1983 sehr gemischt: Viele empörten sich über die Ausforschung im privaten Bereich, die über die Wohnungs- und Haushaltsbögen betrieben werden sollte. Viele kritisierten Mängel des Datenschutzes usw. Zu einer Verständigung zwischen den verschiedenen politischen Kräften kam es nicht. Nachdem Mitglieder der "Liberalen Demokraten" Klage vor dem Bundesverfassungsgericht erhoben, schloß sich sogar der damalige Präsident des Bundesverfassungsgerichtes und CDU-Spitzenpolitiker Benda teilweise der Kritik an dem Volkszählungsgesetz der alten Schmidt/Genscher-Regierung an. Kurzfristig setzte das Bundesverfassungsgericht die bereits vorbereitete Volkszählung im April 1983 zwei Wochen vor dem Zählbeginn ab.

Obwohl die Volkszählung nur aufgeschoben war, meinten viele Gegner der Volkszählung, das Gericht würde bald ein endgültiges Verbot erlassen. Im Dezember 1983 erklärte sich das Verfassungsgericht: Die Volkszählung und die Erfassung von personenbezogenen Daten wurden generell für wichtig und verfassungsgemäß erklärt. Der Vergleich mit den Melde-registern wurde untersagt.

Die meisten Organisationen, darunter die GRÜNEN, der DGB, die CDU und die SPD, begrüßten das Urteil. Zimmermann ließ einen neuen Gesetzentwurf ausarbeiten, den die Bundesregierung jetzt verabschiedete und drohte Verweigerern mit hohen Geldbußen. Wohl wissend um die bisherigen unterschiedlichen Interessen der "Bewegung" wollen sich die GRÜNEN nicht in die politische Verantwortung nehmen lassen und erklärten: "Die GRÜNEN im Bundestag gehen davon aus, daß die von der Bundesregierung geplante Volkszählung am Widerstand der mittlerweile für Datenschutz sensibilisierten Bevölkerung scheitern wird. Die Volkszählungsboykottbewegung mit 400 Unterstützungsgruppen im Bundesgebiet wird eine rasche Reaktivierung erfahren." (2) Die GRÜNEN wollen also abwarten, was sich tut. Dagegen setzte die Bundesregierung in erster Lesung das neue Gesetz für den computerlesbaren Personalausweis durch. Unseres Erachtens ist es jetzt an der Zeit zu diskutieren, welche gemeinsamen Ziele die Bewegung gegen den vorliegenden Volkszählungsgesetzentwurf verfolgen soll. — Dazu ein kleiner Beitrag unsererseits auf den Seiten 30/31 dieser Ausgabe.

(1) Bulletin, 15.11.84; (2) Pressedienst der GRÜNEN, 13.11.84. — (jöd)

Südafrika/Azania

INTERVIEW MIT M. MOLIFE, DER PRÄSIDENTIN VON BLACK WOMEN UNITE

Wir dokumentieren im folgenden ein Interview, das der AKAARIK Münster mit Frau Molife geführt hat. Magauta Molife, Präsidentin der Black Women Unite, befindet sich z.Zt. auf einer Informations-Rundreise in der BRD. Die Black Women Unite, eine Organisation der südafrikanischen schwarzen Frauenbewegung, wurde 1981 in Soweto gegründet. Inzwischen gibt es Gruppen fast überall im Land.

AKAARIK: In welcher Situation befinden sich die schwarzen Frauen in Südafrika, was ihre Ausbildungschancen, ihre Berufsaussichten und ihre Rolle in der Familie betrifft?

M. Molife: Für die schwarzen Frauen ist es nicht einfach, sich höher zu qualifizieren, stattdessen wird von ihnen erwartet, daß sie früh eine Familie gründen. Darum gibt es wenige Ärztinnen, Lehrerinnen, Frauen mit qualifizierter Ausbildung. Die meisten besseren Jobs sind den Männern vorbehalten. Frauen haben nicht so viele Möglichkeiten. Sie gelangen nicht in leitende Positionen.

Wenn man sich die Situation in Süd-



Zwangsumsiedlung in "Heimatländer" — unter erbärmlichen Umständen müssen Frauen die Familie versorgen.

afrika anschaut, stellt man fest, daß die am meisten betroffenen Menschen diejenigen sind, die in schlecht bezahlten Jobs arbeiten. Das sind in erster Linie Frauen.

Was nun ihre Rolle in der Familie angeht, sehen sich die meisten Frauen dort großen Problemen gegenüber. Um den Lebensunterhalt der Familie zu gewährleisten, versuchen sie eine Beschäftigung zu finden. Gleichzeitig müssen sie ihre Familie versorgen, außerdem wird von ihnen erwartet, daß sie in Organisationen und Befreiungs-

bewegungen mitarbeiten. Dies sind die Probleme, und darum haben wir Black Women Unite gegründet. Wir sind als Volk unterdrückt und müssen uns auch als Volk wehren. Wir können den Männern nicht allein den Befreiungskampf überlassen! Die Frauen müssen sich an der Befreiung der Nation beteiligen! Das bedeutet, daß sich die Rolle der Frau bis in die Familie hinein verändert. Wo es den Männern möglich ist zu helfen, müssen sie das tun, um die Verantwortung mit den Frauen zu teilen.

AKAARIK: Du bist in der schwarzen Frauenbewegung engagiert, unterscheidet sich die Ausbeutung und Diskriminierung der schwarzen Frauen von der Männer?

M. Molife: Ja, da das Gesetz uns von vornherein niedriger einstuft. Es hat die Frau als dem Mann untergeordnet definiert. Ein Mann kann Entscheidungen treffen. Als verheiratete Frau kannst du z.B. keinen Vertrag abschließen, kein Konto eröffnen. Ein Mann muß für dich unterschreiben. Wenn du ledig bist, muß der nächste männliche Verwandte, meistens der Vater, für dich unterschreiben. Wenn du als ledige Frau Geschäfte machen willst und dein eigenes Geld hast, brauchst du Männer, die für dich die Geschäfte abschließen. Auch was die Besteuerung angeht, leiden die Frauen mehr darunter als die Männer. Die Männer können Steuernachlässe bekommen, die Frauen nicht. Das zeigt die Tendenz, uns als minderwertiger einzustufen, uns den Männern unterzuordnen.

Wenn man genau hinsieht, wird man feststellen, daß die Hauptlast für die Familie auf den Schultern der Frau ruht. Sie ist diejenige, die am stärksten belastet ist, aber nach dem Gesetz hat sie nichts zu sagen.

AKAARIK: Hast Du besondere Probleme als schwarze Frau in der schwarzen Gesellschaft?

M. Molife: Werden wir uns unserer Rolle als Frauen bewußt, hat dies eine Veränderung unserer kulturellen Traditionen zur Folge. Unsere Aufgabe besteht darin, auf Frauen und Männer gleichermaßen einzuwirken. Wir müssen aufstehen und unsere Rechte fordern, und die Männer dürfen sich dem nicht widersetzen.

AKAARIK: Welche Aufgaben und Ziele siehst Du für die schwarze Frauenbewegung und welche Arbeitsschwerpunkte hat die Black Women Unite?

M. Molife: Die Situation ist, daß die Frauen in den meisten Organisationen, z.B. Gewerkschaften, nicht vertreten sind, mit Ausnahme der

kirchlichen Organisationen. Unsere Aufgabe ist es, die Frauen zusammenzubringen und ihnen zu zeigen, daß sie eine Kraft darstellen, daß sie Fähigkeiten und Möglichkeiten haben.

Wir sehen uns nicht getrennt von den Männern, sondern wir wollen uns ausbilden, um zusammen in gemischten Organisationen zu arbeiten. Die Hauptaufgabe der Frauenbewegung besteht in der Ausbildung der Frauen, denn selbst wenn Möglichkeiten gegeben sind, Verantwortung zu übernehmen, stecken die Frauen zurück, da sie sich durch die Beurteilung durch die Männer verunsichert fühlen. In der Frauenbewegung können wir diese Defizite abbauen.

Wir sehen die Hauptaufgabe der Black Women Unite in der Ausbildung der Frauen und darin, sie zu gemeinsamem Handeln zu bewegen. Gleichzeitig richten wir Selbsthilfeprojekte, Gemeinschafts- und Gesundheitsdienste ein. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Betreuung von Gefangenen und deren Familien. Aber das Hauptziel ist die Ausbildung der Frauen.

AKAFRIK: Welche Frauen arbeiten in Eurer Organisation, Frauen aus ländlichen Gebieten oder aus den Industriezentren und Städten?

M. Molife: Als wir uns gründeten, stellten wir fest, daß es bereits Gruppen gibt, die sich um die Frauen in den Städten kümmern, d.h. in erster Linie um die gebildeten Frauen. Deshalb haben wir beschlossen, eine Organisation zu gründen, in der alle Frauen vertreten sein können. Wir müssen eine projektorientierte Organisation sein, die in der Lage ist, alle Frauen anzusprechen, daher arbeiten wir sowohl in den Städten als auch in ländlichen Gebieten.

Wir gründeten uns 1981. Wir wollten keine landesweite Organisation bilden, sondern haben als kleine Gruppe in Soweto angefangen, uns mit Problemen zu beschäftigen, denen sich die Frauen dort gegenüber sehen. Wir bildeten Diskussionsgruppen. Die Gruppen wurden so groß, daß wir beschlossen, uns in Untergruppen zu teilen und Projekte zu entwickeln. Wir begannen mit der Betreuung der Familien von Inhaftierten. Wir arbeiteten mit Alten, mit squatters (Leute ohne Aufenthaltsgenehmigung, die "illegal" in den Vorstädten wohnen, Akafrik). Wir entwickelten Jugend- und Gesundheitsprogramme. Dadurch wurden wir auch in anderen Gegenden ziemlich populär. Frauen aus anderen Zentren nahmen Kontakt zu uns auf und fragten nach unseren Erfahrungen. So konnten wir beim Aufbau anderer Gruppen helfen und unsere Organisation hat sich auf diese Weise auch regional ausgedehnt.

Wir sind durch unsere Arbeit bekannt geworden, durch unsere Aktionen haben wir Mitglieder gewonnen.

AKAFRIK: Habt ihr Kontakt zu weißen Frauenorganisationen wie z.B.

Black Sash?

M. Molife: In manchen Fällen nutzen wir ihre Ressourcen, aber als Organisation haben wir keinen Kontakt zu ihnen. Wir begreifen uns als eine Organisation des Black Consciousness (Schwarzen Bewußtseins). Wir glauben, daß wir als Schwarze, als diejenigen, die unterdrückt sind, uns selbst befreien müssen. Es gibt natürlich auch weiße Frauen, die um unsere Unterdrückung wissen, aber wir denken, daß sie in ihrer weißen Gemeinschaft aktiv werden müssen, anstatt in unsere Organisationen zu kommen, nur so können sie zu Veränderungen beitragen.

Deswegen sollten wir aber nicht als Rassisten betrachtet werden! Wir können uns nur befreien, wenn wir unsere Probleme selbst lösen!

AKAFRIK: Welcher Art sind die Verbindungen Eurer Organisation zu anderen, wie UDF (United Democratic Front) und NF (National Forum) oder AZAPO (Azanian Peoples Organisation)?

M. Molife: Wir haben Kontakte zur AZAPO, da die meisten Frauen von uns auch Mitglied der AZAPO sind. Es mag Zufall sein, daß Frauen der Black Women Unite, selbst wenn sie vorher nicht organisiert waren, sich später AZAPO anschließen. Gleichzeitig sind wir im National Forum vertreten.

AKAFRIK: Wie ist die aktuelle Lage nach den Dreikammerwahlen, den Schülerboykotten, den Razzien der Polizei wie z.B. in Sebokeng?

M. Molife: Nach den Wahlen stehen wir vor der Situation, daß unser Volk uneinig ist. Einige aus den schwarzen, farbigen und indischen Gemeinschaften haben gehofft, daß es wenigstens ein paar Veränderungen geben würde; damit haben sie sich selbst von der Mehrheit des Volkes abgeschnitten. Sogar unter den Schwarzen gab es eine Minderheit, die meinte, durch die Wahlen sei ein Schritt in die richtige Richtung erfolgt.

Als Ergebnisse der Kampagnen gegen die Dreikammerwahlen gab es die Schülerboykotte, die sich zu dem entwickelten, was wir in Sebokeng erlebt haben.

Je aufgebrachter die Menschen werden, desto entschlossener gehen sie mit ihren Kampagnen und Projekten gegen die südafrikanische Regierung vor. Deshalb ist im Moment die Situation sehr angespannt. Polizei und Militär patrouillieren in den schwarzen Wohngebieten. Schüler, die ihre Prüfungen ablegen wollen, werden von der Polizei geschützt, und dies führt zu weiteren gewalttätigen Reaktionen, da allein die Anwesenheit der Polizei bedrohlich ist.

AKAFRIK: Hat Deine Organisation besondere Probleme mit den Sicherheitskräften?

M. Molife: Ja, denn sie waren sehr beunruhigt durch die Gründung



Ein Projekt in Soweto: Essen für die Kinder arbeitender Eltern.

unserer Organisation. Die Polizei fürchtet grundsätzlich die Gründung jeder schwarzen Organisation. Wenn du dich als ausschließlich schwarze Organisation erklährst, sind sie besonders beunruhigt. Bei vielen Treffen führten sie Razzien durch, beschlagnahmten Dokumente, um den Aufbau der Organisation zu verhindern. Eine unserer Hauptorganisatorinnen wurde verhaftet und über unsere Ziele und Aktivitäten verhört. Die meisten unserer Treffen werden beobachtet, und ich glaube, daß sie Spitzel eingeschleust haben.

AKAFRIK: Meinst Du, daß die Nobelpreisverleihung an Bischof Tutu einen Einfluß auf die Entwicklung in Eurem Land hat?

M. Molife: Nicht so sehr; jedoch die Leute, die die politische Situation nicht sorgfältig genug analysieren, denken, daß der Nobelpreis die großen Veränderungen bringen wird. Sie denken, daß endlich die Weltöffentlichkeit die unterdrückten Schwarzen in Südafrika wahrnimmt. Die Befürworter der Apartheid werden Tutu noch hart zusetzen, weil er ein Gegner der Apartheid ist. Aber die Radikalen glauben, daß er den Preis nicht verdient habe, daß anderen der Preis eher zugestanden hätte. Grundsätzlich kann man den Nobelpreis für Tutu als politischen Durchbruch werten.

AKAFRIK: Wie könnt ihr Eure Arbeit finanzieren?

M. Molife: Wir bekommen unsere Gelder durch unsere Aktivitäten, und wir setzen uns mit unserer ganzen Person für die Organisation ein. Aber es gibt immer noch Gebiete, wo wir keine Gruppen haben, aber wo wir eigentlich vertreten sein müßten. Wir haben finanzielle Probleme und auch keine hauptamtlichen Mitarbeiterinnen. Die meisten unserer Gelder fließen direkt in unsere Projekte.

Spendenkonto für die Sammlung während der Rundreise: AKAFRIK, Postscheckamt Dortmund, Nr. 80-90-460; Stichwort BWU.

Billig-Flaggen-Schiffe

DIE SEELEUTE SOLLEN WIE ZWANGSARBEITER IM ARBEITSLAGER LEBEN

"Es wird hierdurch ausdrücklich vereinbart, daß die Bedingungen und Tarife des ITF für diesen Anstellungsvertrag nicht gelten... Desertiert ein Schiffsoffizier oder ein anderes Besatzungsmitglied nach der Musterung vor Antritt der Reise, kann er/es durch Entzug der persönlichen Freiheit zur Ausführung des Kontraktes gezwungen werden... Es gilt als vereinbart, daß der Schiffsoffizier und das Mannschaftsmitglied folgende Regeln beachtet:

- das Schiff nicht ohne Erlaubnis des Kapitäns zu verlassen und in keinem Fall die Nacht woanders als auf dem Schiff zu verbringen – unter Androhung einer Strafe in Form des Abzugs einer Monatsheuer;
- ohne Widerrede den Anordnungen des Kapitäns und den Anordnungen der Ressort-Offiziere Folge leisten". (1)

Dies sind Auszüge aus Heuertarifverträgen von Besatzungsmitgliedern, die an Bord von Billig-Flaggen-Schiffen deutscher Reeder fahren. Diese Seeleute kommen oft von den Philippinen, den Gilbert- und Ellice-Inseln. Die Reeder der Billig-Flaggen-Schiffe wollen die Seeleute wie Zwangsarbeiter in Arbeitslagern halten.

Warum die Reeder das Licht so scheuen, zeigt beispielhaft eine Bilanz über Aktionen, die die ITF (Internationale Transportarbeiter-Föderation) 1980 gegen die Billig-Flaggen-Schiffe durchgeführt hatte: "Rund 2,4 Mio. DM erkämpften sich im vergangenen Jahr Seeleute von Billig-Flag-

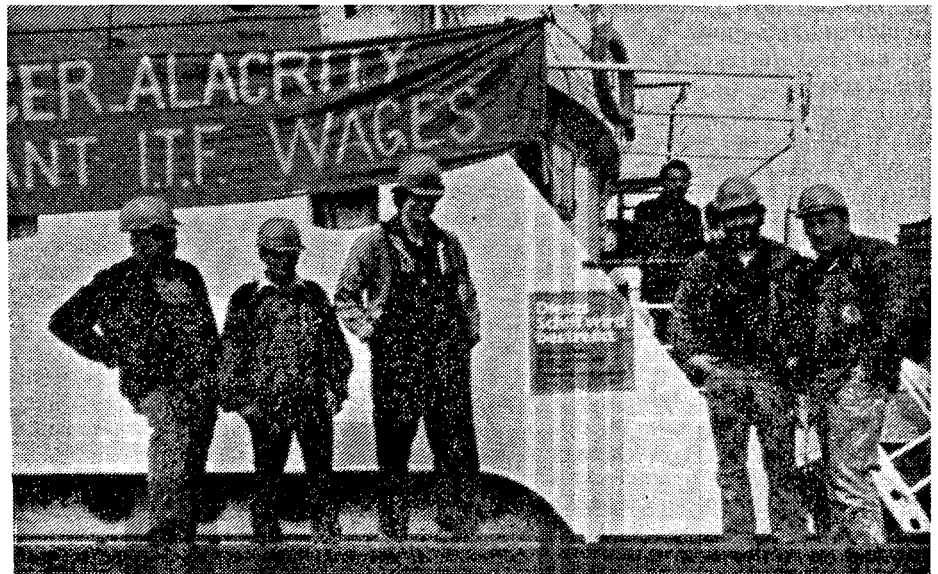
gen-Schiffen in den deutschen Häfen... Der größte Teil der erkämpften 2,4 Mio. DM wurde für rückständige Heuer ausbezahlt. Es waren Schiffe unter den Flaggen von Panama, Liberia, Zypern, Singapur und Griechenland, 16,7% der Schiffe gehörten deutschen Reedern". (2) Ein Reeder zahlte auf seinem Billig-Flaggen-Schiff den Matrosen nur 170 US-Dollar monatlich. Zum Vergleich: Die ITF-Heuer betrug zu der Zeit 674 US-Dollar, das waren 1415 DM, die Grundheuer eines Matrosen mit Brief betrug nach deut-

schem Tarifvertrag 1537 DM.

Der Matrose auf dem Billig-Flaggen-Schiff wurde also mit 357 DM (Umrechnungskurs 1980: 1 US-Dollar = 2,10 DM) abgespeist. Das ist für den Reeder ein Überschuß von 1180 DM gegenüber einem deutschen Matrosen auf einem deutschen Schiff.

Entsprechend ergibt sich: Die Betriebskostenunterschiede können sich in den Größenordnungen von schätzungsweise jährlich 50000 DM bei einem kleinen Kümo (Küstenmotorschiff) und 1 Mio. DM bei einem Stückgutfrachter bewegen". (3)

Trotz der von den Seeleuten erstrittenen Heuernachzahlungen haben die Reeder ein gutes Geschäft gemacht. Auch wenn sie den Heimflug der Seeleute bezahlen mußten. Die Streiks auf Billig-Flaggen-Schiffen wurden



April 1982, Bremen. Nach 22 Tagen erstreikten 17 Seeleute (Pakistan/Bangladesh) 50 000 DM ausstehende Heuer. Hafenarbeiter waren Streikposten.

WESTDEUTSCHE BILLIGFLAGGENREEDER

Nach den Angaben der Wirtschaftswoche vom 3.8.84 schrumpft die westdeutsche Handelsflotte bis an die Grenze der Bedeutungslosigkeit zusammen. Nur noch 426 Schiffe führen die westdeutsche Flagge. Zählt man jedoch die ausgeflaggten Schiffe hinzu, so kommt man bereits auf 733 Schiffe mit insgesamt 9,2 Mio. BRT.

Mit den Billigflaggenschiffen läßt es sich anscheinend ganz gut verdienen. So ist die Hamburger Firma VTG (Vereinigte Tanklager und Transportmittel GmbH) mit ihrer Tochter Offshore Supply Association der Zweitgrößte in der weltweiten Offshore-Schifffahrt. Von den 95 Versorgern fahren 75 unter der ausländischen Billigflagge. Es ist einfach dem Zufall eines Berichts zu verdanken, daß wir diese Zahlen so

nennen können. Neben der VTG sind auch andere bundesdeutsche Anbieter im Einsatz. Sie erreichen zusammen 20% Anteil am Weltmarkt in diesem Bereich. Wie viele der Schiffe unter der westdeutschen Flagge fahren, wissen wir nicht.

Auch beim Containerverkehr ist die "bedeutungslose deutsche Schifffahrt" weltweit auf Platz 4. Hapag-Lloyd ist die zweitgrößte Containerreederei der Welt.

Es ist einfach nicht möglich, eine Liste zu erstellen, welche westdeutschen Reeder welche Schiffe unter welcher Billigflagge betreiben. Die Reedereien verkaufen Schiffe an ausländische Töchter, oder sie verkaufen die Schiffe an ausländische Reeder und chartern die Schiffe sofort wieder langfristig zurück, oder die Schiffe wechseln nach jeder zweiten Reise ihren Namen, das Flaggenland und die Reederei. Deshalb haben wir jetzt einfach eine Liste derjenigen Reede-

reien zusammengestellt, die in solche Transaktionen verwickelt sind:

Hapag-Lloyd, Hamburg-Süd (Oetker-Konzern), J. Drescher, Oldendorff, Contimar, A.C. Töpfer, Schulte und Bruns, H. Schuldt, Reederei Russ, Peter Döhle, Ahrenkiel, Deutsche Afrika Linien, H. Beilken, R. Bolten, Fisser und v. Dornum, UK Tankschiffreederei, Vereinigte Tanklager und Transportschiff GmbH (VTG).

Diese Liste ist nicht vollständig. Sie zeigt trotzdem, daß alle Reedereien mit Rang und Namen Billigflagengeschäfte machen. Daß es so schwierig ist, ihre ausgeflaggten Schiffe zu erfassen, zeigt auch, daß sie befürchten, daß diese Billigflagengeschäfte ihrem Ruf als ehrbare Kaufleute schaden könnten.

sowieso erst beendet, wenn die Reeder dafür gesorgt hatten, daß die Seeleute in ihrer Heimat nicht belangt werden.

Die Streikaktionen der ausländischen Seeleute auf Billig-Flaggen-Schiffen wurden von ITF und ÖTV sowie von den in der ÖTV organisierten Hafenarbeitern unterstützt. So haben unter anderem Hafenarbeiter mit Großgeräten die Zugänge zum Schiff versperrt, um zu verhindern, daß Streikbrecher an Bord gehen konnten.

Die Unterstützung war notwendig, denn Reeder und Mannschaftsagenten setzten die Seeleute massiv unter Druck. Man drohte, ihren Familien in der Heimat Schwierigkeiten zu machen.

Vorerst wurden die Aktionen mit den Arbeitsgerichtsurteilen zu den Billig-Flaggen-Schiffen "Glafki" und "Balsa I" beendet. Die "Glafki" wurde vom 6.1.83 bis 20.2.83 von 24 philippinischen Seeleuten in Brunsbüttel bestreikt (siehe Pol. Ber. Nr.7 vom 9.4.83).

Der Frachter "Balsa I" wurde vom 7.2.83 bis 6.4.83 in Hamburg bestreikt. Der Reeder versuchte den Streik der Seeleute für illegal zu erklären. Es gelang nicht. Dann versuchte er mit Hilfe des Arbeitsgerichts, eine neue Mannschaft an Bord zu bringen. Vor der Gerichtsentscheidung stürmte die neue Mannschaft bei Nacht und Nebel das Schiff. Einige Tage später sollte das Schiff an einen anderen Liegeplatz, vom Kai in den Strom, verholt werden. Damit würde der Zugang zum Schiff erheblich erschwert, das Auslaufen erleichtert werden, weil ohne Schlepperhilfe möglich. Das wurde zunächst verhindert. Doch dann griff die Wasserschutzpolizei, die sich bisher eher passiv verhalten hatte, massiv ein. Mit Hilfe von Polizei, neuer Mannschaft und gekauften Schlepperbesatzungen gelang es, das Schiff zu einem anderen Liegeplatz zu bringen. Nachträglich wurden diese Aktionen vom Arbeitsgericht auf Grund der bestehenden Gesetze sanktioniert.

Nach diesen beiden letzten Aktionen hat die ÖTV die bisher erfolgreichen Aktionen gegen Billig-Flaggen-Reeder in den deutschen Seehäfen eingestellt. Nur noch in England und Schottland sind im Rahmen der Anti-streikgesetze die erfolgreichen Streiks gegen Billig-Flaggen-Reeder entsprechend erschwert worden. Damit haben sich die Kapitalisten in der BRD und in Großbritannien durchgesetzt und verhindert, daß ihre Billig-Flaggen-Schiffe wegen Heuernachzahlungen bestreikt werden.

(1) "Seefahrt", Mitteilungen der ÖTV für Schiffsbesatzungen, Seelotsen und Kanalsteuerer, Nr. 2/82; (2) "Seefahrt" Nr. 2/81; (3) Schifffahrtspolitisches Programm der ÖTV vom 30.3.82. – (pet, obj)

Blüms Arbeitszeit- und Beschäftigungsförderungsgesetz (II)

SPD UND GRÜNE – GEMEINSAMKEITEN, UM GESETZLICHE 40 WOCHENSTUNDEN DURCHZUSETZEN

Die Öffentlichkeit beschäftigt sich bei ihren Spekulationen um ein "rot-grünes Bündnis" hauptsächlich mit solchen Dingen wie den Ministerangeboten der SPD an einige prominente GRÜNE. Die Arbeiterbewegung aber hat in einem öffentlich weniger beachteten Punkt das Interesse, daß sich SPD und GRÜNE auf ein gemeinsames parlamentarisches Vorgehen einigen können und darüber vielleicht sogar zu einer Festlegung für gemeinsame Grundsätze bei den Bundestagswahlen 1987 kommen. Dieser Interessenspunkt ist die Arbeitszeitgesetzgebung.

Arbeitsminister Blüm hat dem Parlament einen Gesetzentwurf vorgelegt, der die 48-Stunden-Woche, wie sie in der gültigen Arbeitszeitordnung (AZO) von 1938 enthalten ist, fest schreibt und darüber hinaus den Flexibilisierungswünschen der Kapitalisten Rechnung trägt (siehe hierzu vorige Nummer der Politischen Berichte). Die SPD, die als Regierungspartei trotz Forderungen aus den Gewerkschaften keine Novellierung der Arbeitszeitordnung durchführte, hatte als Oppositionspartei einen Gesetzentwurf eingebracht (Auszüge siehe Dokumentation folgende Seite). Dieser Entwurf enthielt, wenn auch mit vielen Zugeständnissen, immerhin eine gesetzliche Festschreibung der 40-Stunden-Woche.

Nachdem dieser Gesetzentwurf allerdings bereits im Frühjahr im Bundestag abgelehnt wurde, steht jetzt gegen den Regierungsentwurf nur noch der Arbeitszeitgesetzentwurf der GRÜNEN. Sie fordern ebenso wie die SPD die 40-Stunden-Woche. Bevor

im folgenden einzelne Bestimmungen der beiden Entwürfe bewertet werden: Schon allein diese gesetzliche Festschreibung des Acht-Stunden-Tags an fünf Werktagen wäre Grund genug, daß die Gewerkschaften das parlamentarische Vorgehen der GRÜNEN unterstützen sollten.

Eine solche Unterstützung durch die Gewerkschaften (bisher liegen noch keine Stellungnahmen vor) könnte vielleicht dazu führen, daß die Punkte, in denen die GRÜNEN Interessen der besser verdienenden Lohnabhängigen gegen die Arbeiter durchsetzen wollen, noch aus dem Entwurf verschwinden. Vielleicht förderte die gewerkschaftliche Diskussion auch eher ein gemeinsames parlamentarisches Vorgehen der SPD-Bundestagsfraktion mit den GRÜNEN – da sich die SPD bisher nicht zu dem Gesetzentwurf der GRÜNEN geäußert hat, sind die Möglichkeiten noch offen.

(In den folgenden Ausführungen stützen wir uns auf die in den "Nachrichten Stahl- und Metallindustrie" veröffentlichte Serie zum vorläufigen Arbeitszeitgesetzentwurf der GRÜNEN, der mit dem jetzt im Bundestag vorgelegten in wesentlichen Punkten übereinstimmt, in einigen Punkten aber doch noch einmal verbessert wurde.)

Regelmäßige Arbeitszeit

Sowohl SPD als auch GRÜNE verlangen den achtstündigen Arbeitstag und eine 40stündige Arbeitswoche. Die Forderung der GRÜNEN nach der Fünf-Tage-Woche (leider nicht an fünf zusammenhängenden Werktagen)



Der Arbeitszeitgesetzentwurf der GRÜNEN berücksichtigt zahlreiche Forderungen der Gewerkschaften.

ARBEITSZEITGESETZ-ENTWÜRFE DER SPD UND DER GRÜNEN

NORMALARBEITSTAG

SPD § 3 Die regelmäßige tägliche Arbeitszeit darf acht Stunden nicht überschreiten. Die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit darf 40 Stunden nicht überschreiten.

GRÜNE § 2 (1) Die Arbeitszeit darf im Regelfall acht Stunden täglich und 40 Stunden wöchentlich nicht überschreiten. Sie darf auf höchstens fünf Werktagen in der Woche verteilt werden.

ABWEICHUNGEN VOM NORMALARBEITSTAG

SPD § 4 (1) Abweichend von § 3 ist eine längere regelmäßige Arbeitszeit zulässig, soweit in der verlängerten Arbeitszeit Arbeiten durchgeführt werden,

1. die der Reinigung oder Instandhaltung dienen und nicht ohne Unterbrechung oder erhebliche Störung des betrieblichen Arbeitsablaufs durchgeführt werden können,
2. von denen die Wiederaufnahme oder Aufrechterhaltung des vollen Betriebs arbeitstechnisch abhängt.

Dabei darf die regelmäßige tägliche Arbeitszeit jedoch höchstens um eine Stunde täglich verlängert werden.

(2) Abweichend von § 3 ist eine längere regelmäßige Arbeitszeit zulässig, soweit in der verlängerten Arbeitszeit die beim Ladenschluß anwesenden Kunden bedient werden und die damit zusammenhängenden Aufräumarbeiten durchgeführt werden. Dabei darf die regelmäßige tägliche Arbeitszeit jedoch höchstens um eine halbe Stunde täglich verlängert werden.

§ 5 Abweichend von § 3 ist eine längere regelmäßige Arbeitszeit in Saison- oder Kampagnenbetrieben bis zu zehn Stunden täglich und bis zu 55 Stunden wöchentlich zulässig...

§ 8 (2) Wird die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit (§ 3) in einer Woche ungleichmäßig auf die Arbeitstage verteilt, so darf die regelmäßige tägliche Arbeitszeit höchstens bis zu neun Stunden und an einem Arbeitstag bis zu zehn Stunden verlängert werden... (4) Auf Grund eines Tarifvertrags ist eine Verlängerung der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit für bestimmte Jahreszeiten zulässig... (Jahreszeitenausgleich)...

§ 13 Die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit darf bei Schichtarbeit abweichend von § 3 überschritten werden, soweit dies durch den Schichtplan bedingt ist und die Überschreitung... in anderen Wochen ausgeglichen wird.

§ 14 (1) Die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit darf abweichend von § 3 bis zu 42 Stunden für die Arbeitnehmer betragen, die mit Arbeiten beschäftigt sind, die regelmäßig an jedem Tag 24stündig verrichtet werden.

GRÜNE Keine Abweichungen erlaubt außer in den Fällen Rufbereitschaft, Gleitzeit, Bereitschaftsdienst.

ÜBERSTUNDEN

SPD § 19 Bei Mehrarbeit ist eine tägliche Arbeitszeit bis zu höchstens zehn Stunden und eine wöchentliche Arbeitszeit bis zu höchstens 48 Stunden zulässig.

GRÜNE § 8 (1) Aufgrund kollektiver Regelungen (Tarifvertrag, Betriebs- oder Dienstvereinbarung, Regelungsabrede) kann die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit um zwei Stunden verlängert werden, soweit dies zur Erledigung unvorhersehbarer und unaufschiebbarer Arbeiten nötig ist.

VERBOT DER NACHTARBEIT

SPD § 21 (1) Arbeiterinnen dürfen nicht in der Nachtzeit von 20 Uhr bis 6 Uhr beschäftigt werden.

(2) In mehrschichtigen Betrieben dürfen Arbeiterinnen bis 23 Uhr beschäftigt werden. Nach vorheriger Anzeige an die Aufsichtsbehörde kann die Frühschicht regelmäßig

um 5 Uhr beginnen, wenn die Spätschicht entsprechend früher endet. Die Aufsichtsbehörde kann zulassen, daß die Spätschicht regelmäßig, spätestens um 24 Uhr, endet, wenn die Frühschicht entsprechend später beginnt.

(3) Abweichend von Absatz 1 dürfen Arbeiterinnen

1. im Marktverkehr,
2. im Verkehrswesen, im Post- und Fernmeldewesen sowie im Zeitungswesen,
3. im Gaststättengewerbe und im Gebäudereinigungshandwerk,
4. in Krankenhäusern...
5. bei Musikaufführungen, Theatervorstellungen, Film-aufnahmen, anderen Schaustellungen, Darbietungen oder Lustbarkeiten sowie in Lichtspieltheatern beschäftigt werden.

GRÜNE § 15 Arbeitnehmer/innen dürfen in der Nachtzeit von 22 bis 6 Uhr, in mehrschichtigen Betrieben in der Nachtzeit von 23 bis 5 Uhr, nicht beschäftigt werden.

§ 16 (1) Abweichend vom § 15 dürfen Arbeitnehmer/innen in der Nachtzeit beschäftigt werden, soweit

1. die Nachtarbeit zur Aufrechterhaltung der Versorgung der Bevölkerung mit lebenswichtigen Gütern oder Dienstleistungen unverzichtbar ist;
2. die Nachtarbeit im Verkehrswesen, im Zeitungswesen, bei den Nachrichtenübermittlungen, in Gast- und Schankwirtschaften, im übrigen Beherbergungsgewerbe, bei Musikaufführungen, bei Theater- oder Filmvorführungen und -aufnahmen, anderen Schaustellungen, Sportveranstaltungen, Darbietungen oder unterhaltenden Veranstaltungen erbracht wird;
3. in Tarifverträgen aufgrund unabweisbarer betriebstechnischer Erfordernisse die Zulässigkeit von Nachtarbeit ausnahmsweise vereinbart wurde.

FESTLEGUNGEN GEGEN SONNTAGSARBEIT

SPD Keine Festlegungen, die die Sonntagsarbeit über die Festlegungen der Gewerbeordnung (§ 105a bis j) hinaus einschränken.

GRÜNE § 18 Arbeitnehmer/innen dürfen an Sonn- und Feiertagen nicht beschäftigt werden. § 19 (1) Abweichend von § 18 dürfen Arbeitnehmer/innen an Sonn- und Feiertagen beschäftigt werden, soweit

1. es sich um Arbeiten handelt, bei denen ausnahmsweise Nachtarbeit gemäß § 16 zulässig wäre;
2. die Voraussetzungen der §§ 105c und 105f Gewerbeordnung erfüllt sind.

(Die §§ 105c und 105f erlauben die Sonntagsarbeit bei "Arbeiten, welche im Notfall oder im öffentlichen Interesse unverzüglich vorgenommen werden müssen", "zur Durchführung einer gesetzlich vorgeschriebenen Inventur", "die Bewachung von Betriebsanlagen", "zur Reinigung und Instandhaltung, durch welche der regelmäßige Fortgang des eigenen oder eines fremden Betriebs bedingt ist", "von welchen die Wiederaufnahme des vollen werktätigen Betriebs abhängig ist", "welche zur Verhütung des Verderbens von Rohstoffen oder des Mißlingens von Arbeitserzeugnissen erforderlich sind" und für "bestimmte Zeit" "zur Verhütung eines unverhältnismäßigen Schadens").

FESTLEGUNGEN ZUR RUHEZEIT

SPD § 12 Nach dem Ende der täglichen Arbeitszeit muß die ununterbrochene Arbeitszeit mindestens zwölf Stunden betragen. Im Gaststättengewerbe und im Verkehrswesen darf die Ruhezeit bis auf höchstens zehn Stunden verkürzt werden.

GRÜNE § 7 (1) Den Arbeitnehmern/innen ist nach Beendigung der täglichen Arbeitszeit eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens zwölf Stunden zu gewähren.

(2) Aufgrund eines Tarifvertrags kann die Ruhezeit auf elf Stunden verkürzt werden.

Quellen: SPD: BT-Drucksache 10/121, 8.6.1983; GRÜNE: BT-Drucksache 10/2188 vom 25.10.1984

setzt dabei den Absichten der Kapitalisten, die Samstagsarbeit wieder allgemein einzuführen, engere Schranken als der Entwurf der SPD.

Mit der Einführung einer "arbeitsgebundenen Zeit", die auch Wege- und Pausenzeiten umfaßt und betriebsdurchschnittlich elf Stunden täglich und 50 Stunden wöchentlich nicht überschreiten soll, berücksichtigen die GRÜNEN die von den Kapitalisten immer mehr geforderte Mobilität der Arbeitskraft, die für viele zu ständig längeren Anfahrtswegen führt.

Der Gesetzentwurf der GRÜNEN enthält eine bisher unseres Wissens nur in wenigen Tarifverträgen vorgesehene Festlegung von Verfügungszeiten — "Jedem/er Arbeitnehmer/in steht für einen Arbeitszeitblock von vier Stunden eine persönliche Verfügungszeit von zehn Minuten während der Arbeitszeit zu." Damit wird den Kapitalisten hinsichtlich der Arbeitsintensität eine gewisse Schranke gesetzt, zumal der Betriebsrat eine Verlängerung der Verfügungszeit bei besonders belastenden Tätigkeiten verlangen kann. Die kollektive Verteilzeit — auf Antrag eines Viertels einer Gruppe von Beschäftigten — würde eine Erleichterung der Tätigkeit der gewerkschaftlichen Vertrauensleute bedeuten.

Überstunden

Der Gesetzentwurf der SPD läßt den Kapitalisten die Möglichkeit, die Belegschaft täglich zu ein, zwei Überstunden und samstags zu Sonderschichten zu zwingen (bis zu zwölf im Jahr). Demgegenüber wollen die GRÜNEN maximal zwei Überstunden je Woche zugestehen, wobei der Kapitalist doch relativ eng umgrenzte Gründe ("unvorhersehbare und unaufschiebbare Arbeiten") anführen muß. Darüber hinaus hat jeder einzelne Arbeiter das Recht, Überstunden abzulehnen, auch wenn sie kollektiv vereinbart wurden. Sonderschichten, die allerdings ebenfalls mit unvorhersehbaren und unaufschiebbaren Arbeiten begründet werden müssen, bleiben allerdings alle vier Wochen möglich. Jede Mehrarbeit über einer Stunde wöchentlich muß in Freizeit ausgeglichen werden, darunter hat der Beschäftigte die Wahlmöglichkeit. Der zeitliche Zuschlag bei Freizeitausgleich muß doppelt so hoch sein wie der entgeltliche.

Nacht- und Schichtarbeit

Der SPD-Entwurf sah im wesentlichen eine Wiederherstellung des von der Regierung bereits gelockerten Nachtarbeitsverbots für Arbeiterinnen vor. Demgegenüber sieht der Entwurf der GRÜNEN ein vom Geschlecht unabhängiges generelles Verbot der Arbeit des Nachts vor. Dort, wo Ausnahmen zugelassen sein sollen, muß die Nachtarbeitszeit kürzer als die übliche Arbeitszeit sein und ein zusätzlicher

Freizeitausgleich gewährt werden. Ärgerlich ist allerdings, daß die GRÜNEN mit der Begründung, "daß Nachtzeit Freizeit für die meisten Erwerbstätigen ist" (Carlo Sponti will bis um eins in der Kneipe hocken!), Ausnahmen vom Nachtarbeitsverbot für das Gaststätten- und Vergnügungsgewerbe zulassen wollen.

Während die SPD keine Einschränkungen der Schichtarbeit vorsah und auch Kontischicht zulassen wollte, stellt der Gesetzentwurf der GRÜNEN die Zulassung von vollkontinuierlichem Schichtbetrieb unter dieselben Voraussetzungen wie die Ausnahmen vom Verbot der Nachtarbeit. Bei Schichtarbeit generell darf die tägliche Arbeitszeit acht Stunden nicht überschreiten, bei Schichtwechseln muß eine ununterbrochene Ruhepause von 48 Stunden eingehalten werden.

Sonntagsarbeit

Die GRÜNEN verlangen hier ein ähnliches, wenn auch mit mehr Ausnahmen, weitgehendes Verbot wie bei der Nachtarbeit.

wollen die GRÜNEN Überschreitungen des Normalarbeitstages zulassen.

Die Regelung der Ruhezeiten läßt sowohl in dem Entwurf der SPD als auch der GRÜNEN den Kapitalisten Spielraum sowohl bei der Verlängerung der täglichen Arbeitszeit als auch bei ständig wechselnden Arbeitszeiten.

Bedenklich scheint uns vor allem, daß die GRÜNEN in bestimmten Fällen (Bereitschaftsdienst, Saisonarbeit, Ruhezeiten) eine schlechtere als die gesetzliche Regelung durch Tarifvertrag erlauben wollen. Die Begründung — "diese ... Öffnungsklauseln sollen ermöglichen, den Besonderheiten bestimmter Bereiche ... Rechnung zu tragen" — unterscheidet sich kaum von ähnlichen Formulierungen, mit denen Blüm in allen wichtigen Bestimmungen tarifvertragliche Schlechterstellungen ermöglichen und damit eine allgemeine Arbeitsschutzbestimmung beseitigen will. Die GRÜNEN könnten die Opposition gegen Blüms Arbeitszeitgesetz stärken, wenn sie die Tariföffnungsklauseln in



Sowohl SPD als auch GRÜNE wollen Ausnahmen vom Normalarbeitstag zulassen. Betroffen wären vor allem Lohnabhängige, die unbeständig und zu schlechtesten Bedingungen arbeiten müssen.

Sonderregelungen

Der Katalog, der Abweichungen vom Achtstundentag und der Fünftagewoche zuläßt, war im SPD-Entwurf lang und stimmte im wesentlichen mit der bestehenden Arbeitszeitordnung überein. Die GRÜNEN wollen demgegenüber das Verbot der Arbeit auf Abruf, haben allerdings einen Teil der bisher bestehenden Ausnahmefälle ebenfalls in ihren Gesetzentwurf übernommen. So darf die Arbeitszeit bei Gleitzeit bis auf zehn Stunden täglich verlängert werden. Bei Bereitschaftsdienst und Rufbereitschaft darf die Arbeitszeit bis zu zehn Stunden täglich und fünfzig Stunden wöchentlich, in Ausnahmen sogar bis zu zwölf Stunden täglich erreichen. Auch in Saison- und Kampagnebetrieben

ihrem Entwurf ebenso streichen würden wie die noch immer vorhandenen Möglichkeiten für Kapitalisten, die Arbeitszeit zu flexibilisieren.

Schließlich sei noch darauf hingewiesen, daß der Arbeitszeitgesetzentwurf der GRÜNEN im Gegensatz zu dem Regierungsentwurf und auch dem der SPD keine Ermächtigungen des Bundesarbeitsministers oder des Verteidigungsministers für uneingeschränkte Mehrarbeit vorsieht und somit einen allgemeinen Zwangsarbeitsdienst nicht enthält.

(Im nächsten Heft: Gewerkschaften zur Arbeitszeitgesetzgebung)
Quellenhinweis: BT-Drucksache 10/121; 10/2188; BWK, Nachrichten Metall- und Stahlindustrie, 42- 46/84 — (alk, rül)

Spanien

EG-TERROR GEGEN DIE
BASKISCHEN PROVINZEN

Im August 1984 haben französische Gerichte erstmals der Auslieferung von Mitgliedern der ETA an Spanien zugestimmt. Über 20 ETA-Mitglieder wurden von Frankreich in lateinamerikanische Länder ausgewiesen. Als sich in allen baskischen Provinzen der Protest gegen diese Maßnahmen in Demonstrationen und Streiks ausbreitete und drei Polizisten bei einem Anschlag getötet wurden, begründete die spanische Regierung damit die Notwendigkeit neuer "Antiterrorgesetze". Am 28.9. verabschiedete das spanische Parlament mit nur fünf Gegenstimmen der Kommunisten und der baskischen Nationalen Partei (PNV) ein neues Gesetz gegen "bewaffnete Gruppen und Banden". Das Gesetz verschärft die bisher bestehenden "Antiterrorgesetze". Danach müssen jetzt politische Gefangene zur Strafherabsetzung oder für Gnadenerlasse ihre Taten bereuen, sie werden zur Denunziation verpflichtet. Zeitungen werden geschlossen, wenn ein Gericht Klagen gegen sie wegen "Verteidigung des Terrorismus" entgegennimmt. Die Verhörzeit von zehn Tagen für politische Gefangene, in denen — wie amnesty international dokumentiert — in wachsendem Umfang gefoltert wird, werden beibehalten. Gedeckt durch diese Politik hat die Terrororganisation GAL (Antiterroristische Befreiungsgruppe), die nach dem Vorbild argentinischer Todesschwadronen seit 1983 mindestens acht Mitglieder der ETA ermordet hat, ihren Terror ausgeweitet. Am 21.11. wurde der Arzt Dr. Santiago Brouard, führendes Mitglied der Organisation Herri Batasuna, Gründer und Präsident der HASI (Revolutionäre Sozialistische Volkspartei) in seiner Praxis ermordet. Von den Taten fehlt angeblich jede Spur. Die Spuren führen aber zur GAL und verlaufen bei deren Hintermännern im spanischen und französischen Geheimdienst.

Der Mord an Santiago Brouard — ausgeführt am 9. Todestag Francos — ist keineswegs nur ein Verbrechen auf dem Konto spanischer Faschisten, sondern er markiert die Ausweitung einer EG-Terrorpolitik gegen die Lohnabhängigen.

Wie die bürgerlich-nationalistische baskische Partei PNV mitteilt, soll Frankreich die "Lösung des Baskenproblems" in Frankreich und in Spanien zu einer der Bedingungen des EG-Beitritts Spaniens gemacht haben.

Zu den wirtschaftlichen Bedingungen dieses Beitritts gehören die Rationalisierungen und Produktionsbeschränkungen der spanischen Werft- und Metallindustrie und der Fischerei.

Allein in der Werftindustrie sollen 17000 Arbeiter entlassen werden. In den baskischen Provinzen liegen — neben den Industriegebieten um Barcelona — die Zentren der spanischen Stahl- und Metallindustrie und die spanischen Werften. Ausschaltung und Kontrolle dieser bestehenden spanischen Industrien und Beschränkung der spanischen Fischerei heißt also für die EG-Imperialisten Kontrolle über die Arbeiterbewegung in den baskischen Provinzen.

Die dazu erforderliche staatliche Unterdrückung koordiniert die EG u.a. im Rahmen ihrer gemeinsamen "Anti-Terrorpolitik". Dabei nimmt die BRD eine führende Rolle ein. U.a. bildet die GSG-9 in Spanien Antiterrorbrigaden aus. Spanische Soldaten nahmen im Sommer in Sigüenza an Übungen der Bundeswehr teil.

Die Forcierung des EG-Beitritts und die NATO-Politik der Regierung Gonzales waren deshalb von Anfang an begleitet von einer Ausweitung der Unterdrückung im Baskenland.

Im Februar 1983 veröffentlichte die Regierung den sog. "Plan Z.E.N." (Zo-



Demonstrationen in Bilbao gegen die Ausweisung von ETA-Mitgliedern durch die französische Regierung — August 1984

na Especial Norte), dessen Anwendung in den folgenden Monaten aufgenommen wurde. Dieser Plan beinhaltet ein Finanzvolumen von rd. 15 Mrd. Peseten für die Ausrüstung der Polizei. Der Plan wurde von einer Kommission im Auftrag des Innenministeriums und unter Beihilfe von westdeutschen "Antiterrorspezialisten" ausgearbeitet. Er trägt die offensichtliche Handschrift eines Herolds und Rebmanns und enthält neben der Ausrüstung der Polizei mit Schusswaffen und Computern die Strategie der Informations-

gewinnung, Informationssammlung und Informationsauswertung zur Isolierung und Eliminierung der ETA.

500 politische Gefangene, mehr als je seit Beginn der 70er Jahre, werden in Hochsicherheitstrakten nach dem Vorbild Stammheim in Herrera de la Mancha gefangen gehalten. Demonstrationen und Streiks werden in wachsender Zahl gewaltsam aufgelöst, Gefangene werden gefoltert und mißhandelt, die Polizei schikaniert die Bevölkerung.

Gegen diese Politik hat sich seit einigen Monaten ein Bündnis entwickelt, daß alle Organisationen der Lohnabhängigen, des Handwerks und des baskisch-nationalistischen Bürgertums umfaßt. Es reicht von den Kräften der Unterstützung der ETA bis zur PNV:

Die ETA (Euskadi Ta Askatasuna, euskadischer Staat und Freiheit) entstand 1959 in der Illegalität unter der Franco-Diktatur aus der Kritik am beschränkten Nationalismus der PNV. Die ETA fordert die Errichtung eines sozialistischen baskischen Nationalstaates. Ihre aktuellen Forderungen hat sie unter den fünf Punkten der "Alternative KAS" zusammengefaßt.

Herri Batasuna (Volkseinheit) entstand 1978 als Wahlbündnis verschiedener sozialistischer und demokratischer Organisationen. Zu diesen Organisationen gehört u.a. die "Partei

für die Baskische Revolution" (EIA), die "Revolutionäre Sozialistische Volkspartei" (HASI), die "Revolutionäre Partei der baskischen Arbeiter" (LAIA), die "Nationale Baskische Aktion" (ANV) und die Organisation "Sozialistischer baskischer Zusammenschluß". Bei den Wahlen von 1982 erhielt Herri Batasuna 11,5 % der Stimmen. Die bürgerliche Presse bezeichnet Herri Batasuna als den "legalen Arm" der ETA. Ihre Vertreter erklären, daß sie in den wesentlichen politischen Forderungen an die spanische

Regierung mit der ETA übereinstimmen.

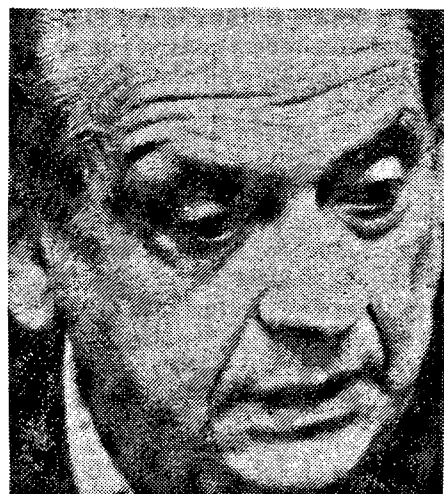
Die bürgerlich-nationalistische PNV wurde 1895 gegründet. Die soziale Basis ihrer Entstehung war das Kleinbürgertum und das Handwerk, deren Entwicklung durch den beherrschenden Einfluß des britischen, deutschen und französischen Kapitals im Baskenland behindert wurde. 1857 gründeten die imperialistischen Bourgeoisien die Bank von Bilbao und stürzten sich auf die Ausbeutung der reichhaltigen Eisenminen. Davon profitierten auch noch die Großgrundbesitzer, die einen Teil der Grundrente einstreichen konnten. Eine Reaktion auf diese Entwicklung war die Entstehung des baskischen Nationalismus.

In einem Interview erklärte der Pressesprecher der PNV nach den Auslieferungen der ETA-Mitglieder an Spanien:

"... Es besteht ein breiter Wunsch nach einer Einheitsfront, um den na-

tionalen Forderungen Euskadis mehr Nachdruck zu verleihen... Für uns ist die von der ETA vertretene Alternative 'KAS' (Amnestie, Legalisierung der die Unabhängigkeit vertretenden Parteien, Abzug der spanischen Repressionskräfte, ein Autonomiestatut, das neben Euskadi die Provinz Navarra einbezieht und das Recht auf Selbstbestimmung anerkennt, einschließlich der Möglichkeit, einen eigenen Staat zu schaffen) in allen Punkten durchaus vereinbar mit einer weit gefaßten Interpretation des "baskischen Autonomiestatuts" von 1980, denn dies sagt in einem Zusatz, um den wir damals schwer gekämpft haben, daß seine Akzeptierung nicht den Verzicht des baskischen Volkes auf seine historischen Rechte und Freiheiten einschließt."

Gegenwärtig deutet nichts darauf hin, daß die Regierung Gonzales an politischen Verhandlungen mit allen baskischen Parteien zum Zweck einer "politischen Lösung" interessiert ist. Solange sie die Forcierung ihres EG-



Santiago Brouard, führendes Mitglied von Herri Batasuna, wurde am 21.11.84 in Bilbao ermodet.

Beitritts und den Kurs der Verteidigung der NATO-Mitgliedschaft beibehält, werden die EG-Imperialisten die spanische Regierung im Gegenteil immer weiter in den direkten Konflikt mit den Lohnabhängigen und der Bevölkerung im Baskenland treiben und zugleich ihren Rückhalt in der spanischen Bevölkerung weiter untergraben.

Quellenhinweise: Egin, Punto y Hora, El Pais, TAZ, versch. Ausgaben; Herri Batasuna: Plan ZEN, Programm Sept. 1984 – (chc)

AUS DEM PROGRAMM VON HERRI BATASUNA

Herri Batasuna ist ein Wahlbündnis verschiedener sozialistischer und demokratischer Organisationen. Das Programm "Politische Lösung für das Baskenland" bezieht sich auf die "Alternative KAS", ein 5-Punkte-Programm, das seit sieben Jahren von der ETA als Grundlage einer politischen Lösung im Baskenland gefordert wird.

"1. Vollständige Amnestie:

Amnestie für die Gefangenen und für die im politischen Exil lebenden Basken.

2. Volle demokratische Freiheiten:

– Kontrolle und demokratische Sicherung der Rede-, Organisations-, Versammlungsfreiheit und des Streikrechtes,

– Anerkennung aller demokratischen baskischen politischen Parteien ...,

3. Nationales Autonomiestatut:

– Anerkennung des demokratischen Rechtes auf Selbstbestimmung,

– Anerkennung der territorialen Integrität von Süd-Euskadi und seines Rechtes, die Beziehungen mit Nord-Euskadi selbst zu regeln,

– Wirkliche Selbstregierung, basierend auf der vollständigen legislativen, juridikativen und exekutiven Gewalt,

– Anerkennung des Euskara (baskische Sprache) als offizielle Sprache.

....

4. Stufenweiser und zeitlich fixierter Rückzug aller Unterdrückungsorgane (Guardia Civil (Landpolizei), Policia Armada (bewaffnete Polizei), Nacionalpolizei), Cuerpo Superior de Policia (Geheimpolizei)) aus dem

Baskenland und Ersetzung durch Organe unter Kontrolle der autonomen baskischen Regierung und im Dienste der baskischen Werktätigen.

5. Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiter und der Volksklassen:

– Sicherung der Beschäftigung,
– Antimonopolistische ökonomische Maßnahmen und Nationalisierung des sozialen Sektors und der Grundstoffindustrie,

– Anhebung der Löhne und Verbesserung der Arbeitsbedingungen, Beseitigung aller Diskriminierungen wegen Geschlecht oder Alter,

– Autonome Sozialversicherung, verwaltet von den Arbeitern,

– Freier und unentgeltlicher Zugang zu allen Bildungseinrichtungen,

– Öffentliche Kontrolle der Stadt- und Gebietsverwaltungen,

– Progressive und direkte Besteuerung,

– Rentenbezüge zum vollen Lohn und mit automatischer Angleichung an die Entwicklung der Lebenshaltungskosten,

– Verteidigung der legitimen Interessen der Kleinbauern, armen Fischer, der Kleinunternehmer und anderer sozialer Klassen,

– Verteidigung der Lebensbedingungen der durch die kapitalistische Gesellschaft besonders gedrückten Schichten,

– ...

– Familienplanung, ... Legalisierung des Schwangerschaftsabbruches,

– Verbesserung der Lage der Jugendlichen, ihrer Freizeitmöglichkeiten in eigenen Einrichtungen; Raum für sportliche Betätigung, usw.; Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit." (eig. Übers.)

Österreich

RAKETEN ALS BEWEIS DER NEUTRALITÄT?

Truppeninspektion. Bundespräsident Kirchschräger nimmt die Parade ab. Symbolisch wird eine Rakete aus Pappmaché mitgeführt. Der ehemalige Nationalsozialist Kirchschräger bedauert "scherzhaft" zutiefst, daß die Rakete nur eine Attrappe ist. Denn Österreich habe sich gemäß dem Staatsvertrag von 1955 mit den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges zur immerwährenden Neutralität und zum Verzicht auf den Erwerb und die Anwendung von Offensivwaffen verpflichtet.

Diese Truppeninspektion fand im Frühjahr 1978 statt. Heute, eineinhalb Jahre nachdem die deutschnationale FPÖ mit der SPÖ eine Koalition einging und sie nach rechts drängte, wird die Anschaffung von Raketen als nahezu unabdingbar dargestellt. Heeresminister Frischenschlager (FPÖ) und Außenminister Gratz (SPÖ) plädieren öffentlich für eine "Neuinterpretation des Staatsvertrages" und die Bewaffnung der österreichischen Armee mit Lenkwaffen. Bundespräsident Kirchschräger erklärt dazu in einem Interview: "Ich vertrete die Auffassung, daß das Raketenverbot des Staatsver-

trages deswegen für uns drückend ist und auch nicht dem ganzen Staatsvertrag entspricht, weil dasselbe Raketenverbot, das in unserem Staatsvertrag steht, ist auch in den Friedensverträgen mit Rumänien, Italien, Ungarn, mit Bulgarien und Finnland ... Ich halte es nicht für fair, wenn man ausgerechnet von Österreich verlangt, als einziger Staat ganz streng diese Bestimmungen einzuhalten. Das ist für mich nicht zuerst eine Frage der militärischen Notwendigkeit, sondern das ist eine Frage des nationalen Prestiges."

Immerhin ist zu bedenken, daß Österreich Bestandteil des großdeutschen Reiches war, und daß durch den Staatsvertrag jeglichen Plänen eines erneuten Anschlusses an Westdeutschland ein Riegel vorgeschoben wurde.

Seit die FPÖ in der Regierung ist, werden sowohl die Mitgliedschaft in der EG als auch in der NATO offen diskutiert. In diesem Zusammenhang stehen auch die geplante Verdoppelung des Bundesheeres, die Anschaffung von 24 Abfangjägern des Typs Mirage und das Vorhaben, Raketen zu installieren.

Am 24. November reiste Bundeskanzler Sinowatz in die Sowjetunion, um unter anderem eine Lockerung des Staatsvertrages zu bewirken. Er wird sich schwer tun. Denn zu Recht hält die Sowjetunion am Wortlaut des Staatsvertrages fest.

Außenminister Gratz hingegen meint: "Es müssen immer wir selbst sein, die interpretieren, was mit unserer Neutralität vereinbar ist."

Quellen: Wochenpresse 35/84; Profil, ÖMZ - div. Ausgaben - (rua)

USA, Katholische Kirche VIEL ÜBER ARMUT - NICHTS ZU AUSBEUTUNG

Speise die Hungrigen, kleide die Nackten, gib den Wohnungslosen Obdach, aber um Gottes Willen laßt uns nicht über Ausbeutung, über die Lage der Masse der Lohnabhängigen reden, deren Einkommen mehr oder weniger über dem "minimalen Standard von Verteilungsgerechtigkeit" liegt und deshalb moralisch akzeptabel ist, denn: "Ein gewisses Maß an Ungleichheit ist nicht nur akzeptabel, sondern mag aus ökonomischen und sozialen Gründen wünschenswert sein." So etwa kann man den Entwurf des "Hirtenbriefs zur katholischen Soziallehre und zur US-Wirtschaft" der katholischen Bischofskonferenz zusammenfassen.

In Sachen Wirtschaft befaßt sich der Hirtenbrief hauptsächlich mit der Armut: "... Das Ausmaß von Ungleichheit in Einkommen und Reichtum ...

AUSZÜGE AUS DEM HIRTENBRIEF

Im folgenden Auszüge aus dem Entwurf der US-Bischofskonferenz:

"Wir glauben, daß das Ausmaß der Ungleichheit bezüglich des Reichtums und der Einkommen in unserer Gesellschaft ... moralisch nicht akzeptabel ist. Die Erfüllung der grundlegenden Bedürfnisse der Armen ist die allererste Priorität, persönliche Entscheidungen, Sozialpolitik und Machtverhältnisse müssen nach den Auswirkungen auf jene beurteilt werden, die nicht einmal ein Mindestmaß an Ernährung, Wohnen, Ausbildung und Gesundheitsfürsorge haben ... Insbesondere steht diesem Prinzip zufolge die Erfüllung fundamentaler menschlicher Bedürfnisse vor der Erfüllung des Luxuskonsums oder von Profiten, die nicht dem allgemeinen Wohl der Gemeinschaft dienlich sind ... Eine erweiterte wirtschaftliche Teilnahme der Randgruppen ist wichtiger als die Erhaltung privilegierter Positionen bezüglich Reichtum, Einkommen und Macht.

Gewerkschaften haben das Recht auf Streik in Situationen, in denen dies das einzig mögliche Mittel ist, um die den Arbeitern geschuldete Gerechtigkeit zu erlangen. Wir widersetzen uns deshalb mit Nachdruck dem in diesem Land nun bedauerlicherweise einsetzenden Bemühen, existierende Gewerkschaften zu zerstören oder Arbeiter durch Einschüchterung und Bedrohung von gewerkschaftlicher Organisation abzubringen. Die Bejahung privaten Besitzes bedeutet nicht, daß jedes Individuum, jede Gruppe, Organisation oder Nation das Recht auf eine unbeschränkte Anhäufung von Reichtum hat. Da es so viele bedürftige Menschen in unserer Welt gibt, muß das Recht auf Eigentum hinter dem höheren Prinzip des menschlichen Verwalteramtes über die Erde und des gemeinsamen Nutzens der Schöpfungsgüter stehen.

Die Konsumentenmentalität, die

zu sofortiger Gratifikation ermutigt, belastet unsere Zukunft und unterhöhlt letztendlich das Fundament einer gerechten Ordnung. Sowohl unsere kulturellen Werte als auch unser Steuersystem müssen verändert werden, um den Konsum-Exzeß einzudämmen ...

Eine Arbeitslosenrate von sechs oder sieben Prozent ist nicht akzeptabel ... Wir empfehlen eine stärkere Regierungsunterstützung zur Schaffung von Arbeitsplätzen für strukturell Arbeitslose.

Unsere Reaktion auf Armut darf nicht bei Verbesserungen der Sozialgesetzgebung für die Armen stehenbleiben ... Sie muß sich ebenfalls den breiteren sozialen und institutionellen Faktoren zuwenden, die Teil dieses Problems sind. Wir möchten auf drei dieser Faktoren aufmerksam machen: Rassendiskriminierung, die Feminisierung der Armut und die Verteilung von Einkommen und Reichtum. Wenn die Vereinigten Staaten ein Land wären, in dem Armut inmitten einer relativ ausgeglichenen Einkommensverteilung vorkommt, könnte argumentiert werden, daß es uns an Ressourcen fehlt, um jeden Menschen mit einem ausreichenden Auskommen zu versorgen. Tatsache aber ist, daß dieses Land durch augenscheinliche Unterschiede von Einkommen und Reichtum gekennzeichnet ist ... Unserem Urteil zufolge ist die Verteilung von Einkommen und Reichtum in den Vereinigten Staaten so ungerecht, daß nicht einmal ein Mindestmaß an Gerechtigkeit eingehalten wird. Für Millionen von armen Amerikanern ist das öffentliche Wohlfahrtssystem das einzige wirtschaftliche Sicherheitsnetz.

Wir glauben, daß die Regierungsprogramme ... so ausgelegt sein sollten, daß sie den Bedürfnissen der Armen auf eine Weise dienen, die ihre menschliche Würde respektiert. Das gegenwärtige Wohlfahrtssystem erfüllt diese Aufgabe nicht und bedarf größerer Reformen."

Quellenhinweis: taz, 14.11.84

muß als moralisch unannehmbar eingestuft werden." Die Moral und die Armen hat schon immer die katholische Kirche für sich beansprucht: "Die Armen haben einen besonderen Anspruch auf unsere Aufmerksamkeit, weil sie schutzlos und bedürftig sind." Es sei "an der Zeit für ein Experiment in ökonomischer Demokratie: Die Schaffung einer Ordnung, die die minimalen Bedingungen der Menschenwürde im Wirtschaftsbereich für jedermann garantiert." Herstellung von Vollbeschäftigung zu minimalen Bedingungen. Empfohlen wird ein Arbeitsbeschaffungsprogramm: Straßen- und Brückenreparaturen, Erhal-

tung und Wiederherstellung von Acker- und Weideland (durch Raubbau ruiniert), Parks und Erholungseinrichtungen, Billigwohnungen, öffentliches Verkehrssystem. Das Ganze soll von der Privatindustrie auf Vertragsbasis mit der Regierung abgewickelt werden.

Dieses Dokument folgt der Tradition der katholischen Soziallehre, wie sie seit 1891 zwecks Teufelsaustreibung des Sozialismus in verschiedenen Papstencykliken und Konzilien, zuletzt 1981 von Johannes Paul II., entwickelt worden ist. Grundlegend: Verteidigung des Privatbesitzes an Produktionsmitteln als mit der natürl-



Obdachloser in New York

chen Ordnung vereinbar, jedoch verbunden mit Sozialpflichtigkeit; Ablehnung des Klassenkampfes; Legalisierung der Gewerkschaften; Recht der Arbeiter auf einen zum Leben ausreichenden Lohn. Die katholische Kirche der USA, traditionell mehr Kirche der armen Einwanderer, hat sich in zwei früheren Hirtenbriefen für gewerkschaftliche Rechte, Sozialversicherung und Arbeitslosenversicherung ausgesprochen. Die Forderung nach besserer Absicherung des Rechts auf gewerkschaftliche Organisation im US-Arbeitsrecht im jetzigen Entwurf ist positiv. Einflußnahme und Gängelung der Arbeiterbewegung ist ebenfalls Tradition.

Verabschiedet werden soll der Hirtenbrief in einem Jahr. Ein Laienkomitee zum gleichen Thema, alles Leute aus Industrie und Regierung, hat dem Dokument "Sozialismus" vorgeworfen. Kardinal Kroll hat betont, daß der Kampf gegen Abtreibung immer noch die höchste Priorität habe. Das Weiße Haus hat erklärt, daß es mit dem Hirtenbrief leben könne.

Quellenhinweis: New York Times, 12.11.84 – (ger, rül)

Chile

BISCHÖFE SEHEN "OHNMACHT"

In großer Aufmachung verbreiteten die westdeutsche Presse, Fernsehen und Rundfunk, daß die katholische Bischofskonferenz in Chile gedroht habe, den chilenischen Regierungschef General Pinochet aus der Gemeinschaft der Kirche auszuschließen. Dem Wortlaut der Erklärung der Bischofskonferenz, als Hirtenbrief von allen Kanzeln des Landes verlesen, ist zu entnehmen, daß die Bischofskonferenz keine solch präzisen Drohungen ausgesprochen hat. Sie erklärte:

"Dieses Land lebt in einem perma-

nenten Zustand der Angst, Spannung und Ohnmacht. Die Verantwortlichen dafür riskieren ihre Kommunion."

Wer aber die Verantwortlichen sind, darüber haben die Bischöfe kein Wort verloren. Dennoch wenden sich die Bischöfe mit ihrer Erklärung deutlich gegen die Regierung. Was bewegt die Bischöfe dazu, nach elf Jahren, in denen sie die Regierung unterstützt und gegenüber zahllosen Verbrechen des Regimes geschwiegen haben und nachdem zahlreiche Bischöfe 1973 den Putsch gegen die Regierung Allendes begrüßt hatten, nunmehr festzustellen, daß "Angst, Spannung und Ohnmacht" herrschen?

Zweierlei ist festzustellen: Erstens haben die Bischöfe gegen die Unterdrückung der Arbeiter und armen Bauern und der Indianer nicht protestiert. Erst seit die Wirtschaftspolitik des Regimes, das von Anfang an vor allem die Förderung des ausländischen und inländischen Großbesitzes betrieb, zur fortwährenden Ruinierung des Kleinbesitzes führte und diese Schichten ebenfalls gegen das Regime opponierten, fühlten sich auch die Bischöfe bemüht, gegen Pinochet Klage zu

führen. Seither sind in zunehmendem Maße auch Priester und Kirchen Ziele der staatlichen Unterdrückungs- und Terrorpolitik. Zu einer öffentlichen Erklärung konnten sich die Bischöfe allerdings erst entschließen, als die Regierung direkte Maßnahmen gegen Priester ergriff, wie z.B. Einreiseverbote verhängte und eine Erklärung der Bischofskonferenz zensierte.

Zweitens zeugt der Kampf der Arbeiter inzwischen von ganz anderem als von "Angst" oder "Ohnmacht". Die chilenischen Gewerkschaften haben für den 27. und den 28.11. zwei neue Protesttage ausgerufen, an denen sie mit Streiks gegen die Verhängung des Belagerungszustandes und gegen die Regierung vorgehen sollen. Das Regime mußte in den vergangenen Monaten mehrfach erfolgreiche bewaffnete Anschläge auf hochrangige Offiziere und Einrichtungen zugeben, so auf einen bekannten Folterer, Oberst Vergara im August, und allein 25 Bombenanschläge im Oktober auf Elektrizitätswerke und Polizeistationen.

Quellenhinweis: Kölner Stadtanzeiger, 24.11.84; Granma, Wochenausgabe, von 7.10. und 24.10.84 – (uld)

Vor dem PCF-Parteitag

ZENTRALES KOMITEE VERWIRFT "LINKSUNION" UND "GEMEINSAMES PROGRAMM"

Das Magazin "Le Point" sieht erfreut "eine Machtprobe heraufziehen, die nicht die Nomenklatura in Gefahr bringt ... aber Spuren hinterlassen und den Zerfall eines weiteren Teils der kommunistischen Wählerschaft bewirken wird". Es bezieht sich auf die Auseinandersetzungen innerhalb der PCF über den Kurs ihrer Politik nach dem Ausscheiden aus der Regierung und auf das vorläufige Ergebnis dieser Diskussion: den Resolutions-

entwurf des ZK der französischen KP für den 25. Parteitag im Februar 1985.

Tatsächlich beinhaltet dieses Dokument den Vorschlag einer Änderung der bisherigen Linie in einem zentralen Punkt. Hatte die PCF anlässlich ihres Austritts aus der Regierung am 19.7. noch erklärt, nur über die "Union der Linken" könnten die aufgeworfenen Probleme gelöst werden, so stellt sie in der am 30.10. vom ZK beschlossenen Resolution fest: "Eine Periode



Demonstration gegen die Tötung eines türkischen Arbeiters durch Kapitalistenmilizen. Die PCF hat immer Aktionen gegen Rassismus unterstützt.



Mit einem vierstündigen Generalstreik gegen die Steuerpolitik der Regierung haben die italienischen Gewerkschaften zum ersten Mal seit neun Monaten eine einheitliche, landesweite Aktion durchgeführt. Die Gewerkschaften fordern eine Senkung der Lohnsteuersätze, die Einführung einer Vermögenssteuer und Besteuerung der (bisher steuerfreien) Zinsen auf Staatsanleihen. Auf Massendemonstrationen u.a. in Mailand (Bild), Genua, Turin und Rom wandten sich die Lohnabhängigen zugleich gegen den Beschluß der Industriellen, einen Teil der ab November fälligen Inflationszuschläge nicht zu zahlen. Ein weiterer zweistündiger Streik gegen die tarifbrüchigen Kapitalisten ist bereits von den Gewerkschaften beschlossen. — (ulg)

MALTA: VORLÄUFIGE NIEDERLAGE FÜR WOJTYLA

Die katholische Kirche öffnete Mitte November nach einer siebenwöchigen Schließung ihre 74 Privatschulen wieder. Vorher hatte sie der Regierungsvorschrift zugestimmt, keinerlei Gebühren mehr zu fordern. Wegen dieser Vorschrift gab es eine erbitterte Auseinandersetzung zwischen der katholischen Kirche der Insel — unterstützt vom Vatikan — und der maltesischen Regierung. Die Zustimmung der Kirche gilt aber nur für ein Schuljahr, währenddessen sie eine Übereinkunft mit der Regierung über die gemeinsame Finanzierung der Privatschulen finden will. Das läßt ihr die Möglichkeit, in einer besseren Lage den Streit

erneut zu beginnen, nachdem sie jetzt eine vorläufige Niederlage einstecken mußte. — (hef)

MAROKKO BEANTRAGT EG-MITGLIEDSCHAFT

König Hassan von Marokko hat bereits Ende Juni dieses Jahres einen Antrag auf Aufnahme in die EG gestellt, meldet am 16.11. das "Handelsblatt". Bislang sieht der EG-Vertrag nur "europäische" Vollmitglieder in der EG vor. Der jetzige Beitrittsantrag kommt dennoch gelegen. Seit 1977 besteht ein "Kooperations- und Handelsabkommen" mit Marokko. Nach dem Beitritt Spaniens und Portugals wollten die EG-Staaten sowieso ihren nordafrikanischen Einfluß zügig erweitern — (rül)

SAHAURISCHE REPUBLIK AUF OAU-GIPFEL

Die Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) hat auf ihrer Gipfelkonferenz in Addis Abeba die Delegation der "Arabischen und Sahaurischen Demokratischen Republik" erstmals teilnehmen lassen. Vor zwei Jahren hatte die OAU die von der Befreiungsorganisation FPolarisario gebildete Regierung anerkannt, unter dem Druck der Regierung Marokkos, die den westsaharischen Staat wegen der reichen Phosphatvorkommen annektieren will, aber bislang die Teilnahme der RASD an Gipfelkonferenzen vermieden. Die marokkanische Regierung reagierte bestürzt: Die Entscheidung der OAU sei eine "politische Katastrophe". Sie erklärte ihren Austritt aus der OAU. Die Hoffnung der Impe-



rialisten, andere afrikanische Staaten würden sich diesem Schritt Marokkos anschließen, scheiterten. Nur die Delegation Zaires reiste ab. Mit der Aufnahme der RASD hat sich die OAU den Bestrebungen der Imperialisten, ihren Einfluß in Nordafrika über den Krieg in der Westsahara auszudehnen, deutlich entgegengestellt. — (rül)

des politischen Lebens Frankreichs — nicht nur die drei Jahre seit 1981, sondern ein Vierteljahrhundert — geht zu Ende, eine Periode, in der über die Idee eines gemeinsamen Regierungsprogramms zunächst das Projekt und dann der Sieg der Linksinregierung möglich wurde ... Die Rückkehr zur Austeritätspolitik, welche die Rechte und die Unternehmer 1981 hatte scheitern lassen, ruft heute Enttäuschung und Zorn hervor."

Es sind im wesentlichen drei Momente, die nach Auffassung des ZK der PCF zum konstatierten Rückschlag geführt haben und die seit Ausarbeitung der Strategie des "gemeinsamen Programms" (Anfang der 60er Jahre) und der "Linksunion" als Fehler der Politik existierten. Erstens: Das "gemeinsame Programm" habe zwar Maßnahmen gegen die Hegemonie des Großkapitals enthalten, gleichzeitig sei aber "die Illusion genährt worden,

daß die Sozialistische Partei entschlossen ist, mit dem Kapitalismus zu brechen." Zweitens: Die Vereinbarung über Programm und Linksregierung als "Spitzenvereinbarungen" zwischen PS und PCF hätten die Idee entstehen lassen, die Lösung aller Probleme käme von oben, und so die Passivität der Massen gefördert. Die soziale Bewegung sei "auf die Rolle des Druckmittels" reduziert worden. Drittens: Der Beschluß über das "gemeinsame Programm" habe eine große Zahl von Leuten zu der Ansicht verleitet, es gäbe keine Differenzen mehr zwischen PS und PCF. Auf dieser Grundlage habe Mitterrand unter dem Schlagwort "des Gleichgewichts innerhalb der Linken" die PCF erfolgreich schwächen können.

Unter diesen Bedingungen sei die Kommunistische Partei 1981 in die Linksinregierung eingetreten, und wenn auch unzweifelhaft Erfolge erkämpft

worden seien, so habe sich schließlich weder die Volksbewegung noch die Partei selbst als stark genug erwiesen, der Regierung die notwendigen Maßnahmen gegenüber dem Kapital aufzuzwingen.

Die vom ZK befürworteten Konsequenzen zur Änderung der Politik sind — außer der Absage an die "Linksunion" — eher vage und wenig entfaltet. Die fortgeschrittene Krise der französischen Gesellschaft erfordere eine Änderung von Politik und Praxis. Das Konzept des "französischen Weges zum Sozialismus" müsse fortentwickelt werden. Es beinhalte die Herstellung einer mehrheitlichen Volksbewegung, deren Wille sich in jeder Etappe in allgemeinen Wahlen ausdrücke. "Dies ist ein demokratischer Weg, den wir 1976 einschlugen, als wir der Vorstellung der Diktatur des Proletariats entsagten." Der Charakter der "neuen mehrheitlichen Volksbewegung" müsse bestimmt sein durch

URUGUAY: KANDIDAT DER USA GEWINNT

Bei den ersten Wahlen in Uruguay nach elf Jahren Militärdiktatur gewann der Kandidat der rechtsliberalen "Colorados", Sanguinetti, der als Mann Washingtons gilt, ca. 39% der Stimmen. Drittstärkste Kraft wurde das Linksbündnis "Frente Amplio", deren früherer Kandidat Seregni wie auch die Mitglieder der weiterhin verbotenen KP sich nicht den Wahlen stellen durften. Die Militärs haben auch nach den Wahlen umfassende Vollmachten, u.a. um die Wirtschaftssanierung zu sichern. — (wom)

TSCHAD: WEITERE PROPAGANDAMANÖVER

Einen Tag, nachdem die Presse lauthals über den Rückzug französischer Truppen aus dem Tschad berichtet hatte, sah sich die Regierung Fabius am 11.11. veranlaßt, eine erneute Propaganda- und Verdunklungsaktion zu starten. Die libyschen Truppen seien entgegen der Vereinbarung (siehe PB 20) nicht abgezogen. Weiterhin ständen zwei Bataillone im Norden des Landes und bedrohten die Regierung Habré. Assistenten von der Regierung der USA wurden die Medien dann täglich mit neuen Schreckensmeldungen versorgt. Tatsächlich hatte sich der Rückzug der libyschen Truppen verzögert, ein willkommenes Anlaß, die eigenen Operationen zu verhüllen. 1000 der 3000 angeblich abgezogenen französischen Soldaten befinden sich mittlerweile zusammen mit 1500 weiteren französischen Soldaten nur wenige hundert Kilometer weiter in der Zentralafrikanischen Republik, jederzeit rückrufbar. Die französische Luftwaffe in Kamerun und Gabun ist erheblich verstärkt worden, hundert "Ausbilder" befinden sich im Tschad

selbst, und soeben ist ihre Aufstockung beschlossen worden. Frankreich werde auch weiterhin die Sicherheit und Integrität des Tschad gewährleisten, hört man von Präsident Mitterand. — (pel)

US-PROVOKATIONEN GEGEN NORDKOREA

Drei nordkoreanische Soldaten und ein US-Soldat wurden getötet, als die unter dem Mantel der UNO an der Waffenstillstandslinie zwischen Nord- und Südkorea stationierten US-Truppen das Feuer auf nordkoreanische Soldaten eröffneten. Die hatten einen So-

wjetbürger verfolgt, der illegal die Waffenstillstandslinie überschreiten wollte. — Offen sind die Folgen der US-Provokation auf die zwischen Nord- und Südkorea begonnenen Gespräche über die Familienzusammenführung und die wirtschaftliche Zusammenarbeit. Die Gespräche waren zustande gekommen, nachdem Nordkorea Anfang Oktober Hilfslieferungen für Flutgeschädigte nach Südkorea geschickt hatte. Die westlichen Imperialisten spekulieren jetzt auf verstärkte Einmischung in Nordkorea, seit die Regierung ausländische Investitionen akzeptiert. — (wom)



Eine weitere Zahlung von 175 Pfd. (etwa 700 DM) als "Vorschuß auf zu zahlende Lohnerhöhung" (über die es noch keinen Tarifvertrag gibt) bietet die britische Kohlebehörde Bergleuten an, die zur Arbeit zurückkehren. Die bisherige Rückkehrkampagne hatte, trotz Sonderzahlungen von fast 2000 DM, nicht den gewünschten Erfolg, die Hälfte der Streikenden zur Rückkehr zu bewegen. Am 26.11. arbeiteten 61000 Bergleute (Juli: 43000) und streikten 120000, und der "Strom zurück zur Arbeit" wird immer dünner. Es gibt Beispiele, wo die Arbeiter erneut in den Streik treten. Gleichzeitig hat die Regierung neuen Ärger mit den Steigern, die in bestreikten Zechen, in denen einzelne Bergleute zur Arbeit zurückkehren, nicht einfahren, so daß dort nicht gearbeitet werden kann. Die Regierung verschärft deshalb den Druck auf die Streikenden. Am 26.11. stimmte das britische Unterhaus einer weiteren Kürzung der Sozialhilfe für die streikenden Bergleute mit Familien zu. Statt wie bisher 14 Pfd. werden jetzt 15 Pfd. abgezogen, als "eigentlich zu leistendes Streikgeld der Gewerkschaft", das diese aber nicht zahlt und auch nicht zahlen könnte, weil ihre Gelder beschlagnahmt sind. — (hef)

eine Breite, die über die gegenwärtigen politischen Mehrheiten der Linken hinausgehe. Sie müsse entstehen in dezentralen, vielfältigen Aktionen unter "Antikrisenzielen".

Daß sich der Resolutionsentwurf auf die Bündnispolitik — v.a. die Politik gegenüber der PS — konzentriert, ist sicherlich Reflex einer zentralen Schwäche der Politik von Linksregierung und auch PCF: der Mobilisierung von Teilen der Mittelklassen gegen die Arbeiter durch die Reaktion nicht wirkungsvoll begegnet zu sein. Daß sich die Kritik dieser Politik jedoch beschränkt auf die Frage der formalen Beziehungen von PCF, PS und Volksmassen, die Frage des "Charakters" der PS sowie des Kräfteverhältnisses beider Parteien, ist auffällig und setzt einen entscheidenden Mangel der bisherigen Strategie fort — nicht in allen Fragen von der Stärkung der Front gegen die Reaktion ausgegangen zu sein und die dafür notwendigen Kernpunk-

te einer Strategie entwickelt zu haben. Insofern übergeht das Dokument auch wesentliche Ursachen des Scheiterns der Linksregierung.

Der Ende 1982 absehbaren Verschlechterung der materiellen Situation von Arbeitern und Teilen der Mittelklassen hätte nur durch konsequente Unterstützung des Lohnkampfes und eine einschneidende Korrektur bei der Steuerpolitik begegnet werden können. Doch ein erfolgreicher Lohnkampf wurde behindert durch Konzepte der PCF vom Wirtschaftsaufbau, die von der grundlegenden Prämisse der notwendigen Stärkung der Konkurrenzfähigkeit des französischen Kapitals im Rahmen des Weltmarktes ausgingen. Die Parole von der "Eroberung des inneren Marktes" war immer gekoppelt mit der Befürwortung einer Exportoffensive und der Förderung von Monopolbildung. Die Bourgeoisie fand folglich Einfallstore für chauvinistische Argumentation, die Arbeiter

mußten zudem die Monopolbildung des Kapitals finanzieren. Die andauernde Verzögerung grundlegender Korrekturen bei der Steuer — Frankreich weist die höchsten Einkommensunterschiede aller OECD-Länder auf, die hohen Einkommen sind nur gering belastet — mußte andererseits große Teile der Mittelklassen der Bourgeoisie zutreiben.

Nach allen zugänglichen Informationen ist der Streit innerhalb der PCF um die vorgeschlagene Korrektur heftig und existieren auch in ZK und Politbüro Differenzen. Es scheint jedoch, daß die Auseinandersetzung sich an der Frage: Linksunion wie bisher, ja oder nein? festbeißt und weniger die Inhalte eines solchen Bündnisses berührt. Für die Chancen, den Vormarsch der Reaktion zu stoppen, verheißt dies wenig Gutes.

Quellenhinweis: Projekt einer Resolution für den 25. Parteitag, in l'Humanité vom 2.11. — (pel)

AUFTAKT DER VERWEIGERUNGSKAMPAGNE

München. Die Gruppe Frauenverweigerung und die Reservistengruppe der DFG-VK führten am 23.11. eine Aktion zur "Öffentlichen Kriegsdienstverweigerung von Reservisten, Frauen und Soldaten" durch. Zur Vorbereitung wurde ein Flugblatt und ein Plakat verteilt, worin es heißt: "Leistet Widerstand, indem ihr euch der militärischen Planung entzieht, indem ihr, wie wir und mit uns, den Kriegsdienst nachträglich verweigert... "Jede Frau zwischen 18 und 55 Jahren kann lt. Notstandsgesetzgebung DIENSTVERPFLICHTET werden im Kriegs- und Katastrophenfall... Darum: Verweigert auch Ihr Eure Dienstverpflichtung für den Kriegsfall vorsorglich!!!" In einer weiteren Informationsschrift macht die Gruppe darauf aufmerksam, daß "fast jeder Bürger der BRD im 'Ernstfall' zwangsweise in ein umfassendes System zur Aufrechterhaltung und Unterstützung der militärischen Verteidigung eingebunden" ist. Ca. 100 Leute haben die Aktion mitverfolgt, zwischen 25-30 direkt unterstützt. Der BWK hat ein Materialblatt zur Verweigerungskampagne und Bundeswehrplanung verteilt. — (dil)

KUNDGEBUNG AM KRIEGSKLOTZ

Hamburg. Jahr für Jahr legten bisher in trauriger Gemeinsamkeit Bundeswehr und HIAG-Faschisten am Volkstrauertag Kränze beim Kriegsdenkmal in Hamburg (Dammtor) nieder. "Deutschland muß leben, und wenn wir sterben müssen" und "Großtaten der Vergangenheit sind Brückenpfeiler der Zukunft" lauten die Parolen auf dem 1936 eingeweihten Kriegsplatz. Autonome, VVN, Volksfront, FAU und BWK haben sich darauf geeinigt, der Revanchistenfeier entgegenzutreten. Eine Kundgebung wurde für 10 Uhr am Volkstrauertag angemeldet. Ca. 100 Personen aus den vorgenannten Gruppen versammelten sich an dem von der Polizei abgeriegelten Klotz. Mehrere Reden wurden gehalten, darunter eine Grußadresse der ATIF. Maskenhaft nachempfundene prominente Politiker legten einen Kranz nieder, dessen Schleife aussagte, daß sie nie wieder einen Krieg verlieren möchten. Auf einer großen Stelltafel der Volksfront Elmsborn konnten reaktionären Äußerungen zur "deutschen Frage" Schildern von NSDAP bis CDU/CSU zugeordnet werden. Eine richtige Zuordnung gelang keinem, trotzdem wurde jeder Mitspieler mit 1000 Flick-Mark belohnt. Bundeswehrangehörige und HIAG-Leute ließen sich nicht blicken. — Am Nachmittag brachten Autonome eine Feier der faschistischen Wiking-Jugend auf einem Friedhof im nahegelegenen Geesthacht auf. — (wal)



Hannover. "Alle Kriegsdienste verweigern" — unter diesen Titel wurden die "Tage der Verweigerung" in Hannover gestellt, zu deren Abschluß die Bündnisse "Friedenswoche" und "Friedensversammlung" zu einer Kundgebung, Demonstration und anschließendem Schweigen für den Frieden in der Innenstadt aufrufen. In der Ansprache wurden die Kriegsvorbereitungen der BRD verurteilt. — (jol)

SOLIDARITÄT MIT DEM KURDISCHEN VOLK

Köln. Auf Einladung der Ratsfraktion der GRÜNEN informierte ein Vertreter von KOMKAR am 17.11. im Großen Sitzungssaal des Rathauses über den Vernichtungsfeldzug des türkischen Militärregimes gegen das kurdische Volk. Eine Vertreterin des Asylreferates von amnesty international berichtete von Bombardierung und Zwangsevakuation kurdischer Dörfer, Razzien, Zusammenreiben und Abtransport von Bauern in Sammellager. Nach lebhafter Diskussion beschlossen die rund 50 Versammelten eine Resolution für Generalamnestie, sofortige Beendigung des Krieges gegen das kurdische Volk; von der Bundesregierung Stopp jeglicher Militär- und Wirtschaftshilfe und vom Rat der Stadt Köln die Anerkennung kurdischer Namen im Standesamtsregister, Einführung muttersprachlichen Unterrichts für kurdische Kinder, Bereitstellung von kurdischen Dolmetschern bei den Behörden und Aufhebung des Zuzugsstopps für Ausländer in den Stadtbezirken. — (ulk)

ZWANGSSTERILISATION VON BEHINDERTEN

Westberlin. Ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß des Westberliner Abgeordnetenhauses soll auf Antrag der AL die Praxis der Ärzte, Behinderte zeugungs- und gebärfähig zu machen, untersuchen. Die Zwangssterilisation ist seit 1945 verboten. Sie wurde von den Faschisten per Gesetz gegen die Behinderten eingesetzt. Daß die Praxis der Faschisten nicht völlig aufgehoben wurde, zeigen jetzt Aussagen von Behinderten, Eltern und Ärzten. Auf Anfrage der Westberliner Stadtzeitung "Zitty" teilt der Vorsitzende der "Lebenshilfe" mit: "Wir können nicht auf eine neue gesetzliche Regelung warten,

der Staat traut sich nicht, deshalb ist die illegale Praxis nötig." Der Chefarzt der Nervenlinik Spandau gibt ebenfalls zu, daß in seiner Klinik Zwangssterilisationen durchgeführt wurden. Die CDU will einen Untersuchungsausschuß verhindern und schlägt "sachliche Erörterung" in den Ausschüssen vor. — (ann)

F.J. STRAUSS: REGIERUNGSERKLÄRUNG

München. Am 14.11.84 gab Ministerpräsident Strauß im Rahmen der Beratungen des Haushalts 1985/86 eine Regierungserklärung ab.

"Seit 1960 ist Bayern Spitzenreiter des wirtschaftlichen Wachstums in der BRD... Die bayerische Arbeitslosenquote war in den letzten Jahren fast stets die zweitgünstigste aller Länder der BRD..."

Daß diese Spitzenstellung im wesentlichen aus der imperialistischen Aufrüstung und Forcierung der Rüstungsindustrie resultiert, sagte Strauß nicht. Viele nord- und ostbayerische Regionen haben eine viel höhere Arbeitslosenrate als z.B. Hamburg oder NRW. Der bayerische Staat schenkt den Kapitalisten Milliarden von Steuergeldern, um sie zur Ansiedlung zu locken, wie z.B. Siemens und BMW in Regensburg. Die kostenlose Bereitstellung aller Infrastrukturmaßnahmen und die direkte Investitionsförderung rechtfertigt Strauß — nicht anders als die Sozialdemokraten — mit der Schaffung von Arbeitsplätzen. Bei seinem Kampf um eine Wiederaufbereitungsanlage in der Oberpfalz geht es ihm um "1600 sichere, qualifizierte Dauerarbeitsplätze". — Zur Beurteilung der GRÜNEN sagte Strauß: "Wir müssen mit Sorge feststellen, daß solche Rattenfänger in unserem Volk wiederum Gehör finden."

Quellenhinweis: "Bayernkurier", 24.11.84 — (mav)

AUDI Ingolstadt

AUDI-"NACHHOLAKTION": STÜCKZÄHLERHÖHUNG – SONDERSCHICHTEN

Ingolstadt. Gleichzeitig mit der Wiederaufnahme der Produktion nach der "kalten Aussperrung" haben die Audi-Kapitalisten eine "Nachholaktion" gestartet, mit der in beiden Werken (Ingolstadt und Neckarsulm) 32000 Fahrzeuge bis Jahresende zusätzlich produziert werden sollen. 47000 Fahrzeuge betrug der Ausfall durch die Aussperrung. Um "nachzuholen" will Audi die Tagesstückzahl in beiden Werken schrittweise von 1600 auf 1700 Fahrzeuge hochschrauben und Sonderschichten arbeiten lassen. Das Durcharbeiten eines Teils der Belegschaft während des Betriebsurlaubes im August war ebenfalls ein Bestandteil der "Nachholaktion".

Als Ausgleich für die Stückzahlerhöhung seien 1000 Neueinstellungen vorgenommen worden, sagt die Geschäftsleitung. Die Erhöhung der Gesamtbelegschaft beträgt damit aber nur 3%, während sich die Tagesstückzahl um 6,3% erhöht hat. Das bedeutet noch schnelleres Arbeiten an den Bändern, wo das Arbeitstempo sowieso schon unerträglich hoch ist. Bei den Einstellungen haben die Audi-Kapitalisten gleichzeitig für eine Verjüngung der Belegschaft gesorgt. War früher die Devise für die Einstellung von Bandarbeitern: Nicht über 30 Jahre! so heißt sie jetzt: Nicht über 25 Jahre! Frauen und Ausländer wurden nach Aussagen von Bewerbern gleich am Tor abgewiesen.

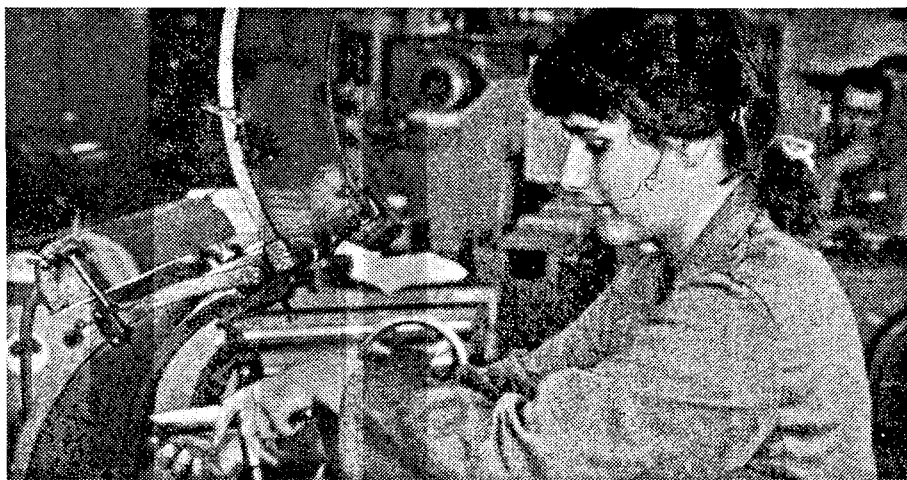
Sonderschichten an Samstagen mußten seit August acht Stück gearbeitet werden (vier Stück pro Schicht), was vor allem für viele Frauen, die am Wochenende ihren Haushalt erledigen müssen, eine große Belastung bedeutet.

Während sonst im Betriebsurlaub die Bänder stillstanden, mußte dieses Jahr eine Schicht durcharbeiten. Wie

Vorstandsmitglied Posth im Fernsehen kürzlich äußerte, plant der Audi-Konzern, den Werksurlaub in Zukunft ganz abzuschaffen. Das bedeutet, die Bänder laufen ununterbrochen, die Arbeit der im Urlaub Befindlichen muß ständig von den Verbleibenden mitgemacht werden. Das Durcharbeiten eines Teils der Belegschaft brachte schon in diesem Jahr das absolute Chaos bei der Urlaubsplanung. Viele konnten ihren Urlaub statt im Sommer erst im Spätherbst nehmen, einzelne Urlaubstage, z.B. der Freitag, waren am Band in den Sommermonaten völlig tabu.

Spätestens seit dem 3. Juni dieses Jahres ist endgültig klar geworden, daß "fehlende Teile" nicht der Grund für die Suspendierung von über 10000 Audi-Arbeitern gewesen sein kann. An diesem Tag nämlich wurde sowohl in den bestreikten Zulieferbetrieben als auch bei Audi in Ingolstadt die Produktion wieder aufgenommen. Es

müssen also Teile vorrätig gewesen sein. Die Suspendierung hatte lediglich den Zweck, die Arbeiter buchstäblich auszuhungern und die IG Metall unter Druck zu setzen. Daß die Metaller in Ingolstadt und Neckarsulm, die auch für Arbeitszeitverkürzung waren, die Produktionsausfälle jetzt auch noch durch Sonderschichten und Stückzahlerhöhung wieder hereinarbeiten sollen, ist schon eine Demütigung. Der Betriebsrat hatte der "Nachholaktion" zugestimmt. Die 150 DM, die der Ingolstädter Betriebsrat als "Ausgleich für besondere Belastungen" für alle Beschäftigten zusätzlich zum Weihnachtsgeld herausgeholt hat, empfinden viele eher als Verhöhnung. Als Reaktion auf Unmut in der Belegschaft hielt Betriebsratsvorsitzender Böhm auf der letzten Betriebsversammlung eine Rede, in der er die getroffenen "Nachholmaßnahmen" leidenschaftlich verteidigte. Sein Hauptargument dabei war, daß die Konkurrenzfähigkeit von Audi zum Wohle aller gesichert werden müsse und daß die Stückzahlerhöhung Arbeitsplätze schaffe. Von den anderen Betriebsräten verteidigte keiner die Maßnahmen, es sprach aber auch niemand dagegen. — (elz)



Audi rühmt sich mit gewerblich-technischer Ausbildung von Mädchen. Während 1000 Beschäftigte neu eingestellt wurden, heißt es bei der Personalabteilung: "Grundsätzlich keine Frauen".

STAATSANWALT MIT SKINS GEGEN ANTIFASCHISTEN

Hannover. Am 28.7.84 wurde durch eine Demonstration die Gründung eines Landesverbandes der FAP ("Freiheitliche Arbeiterpartei") als Nachfolgeorganisation der faschistischen ANS/NA verhindert. Nach dem fehlgeschlagenen Treffen der FAP kam es zu einer Auseinandersetzung zwischen zwölf Antifaschisten und sechs Skinheads in einer Gaststätte. Dabei soll der Wirt leicht verletzt und Scheiben im Wert von 671,35 DM zerstört worden sein.

Staatsanwalt Arnold — in Hannover bekannt durch seinen vergeblichen Versuch, Vater und Sohn Öner wegen

versuchten Totschlags auf Jahre hinter Gitter zu bringen — ermittelt jetzt gegen 24 Personen, die er unter dem Vorwand der staatsanwaltschaftlichen Vernehmung zur Polizei vorladen ließ, um sie dort fotografieren zu lassen. Die 24 Fotos sollen den Skinheads vorgelegt werden. Wer nicht zu dieser Vernehmung "freiwillig" erscheint, dem wird in der Vorladung gleich die zwangsweise Vorführung angedroht. Nachdem Staatsanwalt Arnold nicht verhindern konnte, daß die Öners (bekanntlich Gegner der faschistischen Grauen Wölfe) freigesprochen wurden, soll jetzt wenige Wochen später erneut ein Prozeß gegen Antifaschisten vorbereitet werden. Die in dem bisherigen

Ermittlungsergebnis konkret von den Skinheads Beschuldigten reichen dafür noch nicht aus, obwohl die Skinheads überwiegend erklärt haben, keine weiteren Personen erkannt zu haben oder eventuell wiederzuerkennen.

Die Vorgeladenen haben erklärt, daß sie von ihrem Recht auf Aussageverweigerung Gebrauch machen, und sind deshalb der Vorladung nicht nachgekommen. Sie haben gerichtliche Entscheidung beantragt, um zu verhindern, daß die Skinheads die Möglichkeit beliebiger Denunziation erhalten und in Hannover wieder eine Lichtbildkartei nach dem Muster der offizielle abgeschafften Punkerkartei angelegt wird. — (ine)

Stellenplan

UMSCHICHTUNG IM BESCHÄFTIGTEN-
KÖRPER DER STADT

Heidelberg. Der Haushalts- und Stellenplan für 1985 ist noch nicht verabschiedet, weil die konstituierende Gemeinderatssitzung nach der Wahl erst auf Mitte Dezember terminiert ist. Aus diesem Grund bestünde für die Grün Alternative Liste (GAL) noch die Möglichkeit, Anträge zum Stellenplan zu stellen, die den Interessen der Lohnabhängigen nützen. Es müßten Anträge sein, die die Überarbeit der mittleren und unteren Lohngruppen eindämmen versuchen und eine Kritik an der Dienstherrenrolle des OB enthalten.

Mit dem Haushalt 1984 kündigte OB Zundel (dieses Jahr wieder zum Oberbürgermeister gewählt) eine neue Welle der Rationalisierung und Umstrukturierung zur Sicherung der Wirtschaft und Stärkung der Verwal-

lung (+3%) der Landesregierung zurück.

Rationalisierung, Privatisierung und Umstrukturierung zwecks Ausbau der Dienstaufsicht werden durch die Entwicklung der Gesamtzahl (1984: 2035 Planstellen; 30,3% Beamte, 31,6% Angestellte, 37% Arbeiter) verschleiert. Erst die Auflösung der Planstellen nach der Beschäftigtenstruktur gibt über gewisse Vorgänge Aufschluß.

Die Arbeiterstellen wurden im Laufe von zehn Jahren um 10% dezimiert (1984: 773 Stellen). In ausgewählten Bereichen läßt sich eine unmäßige Schinderei erkennen. Die Fahrer und Handwerker im Fuhrpark müssen einen erhöhten Arbeitsanfall mit einem Fünftel weniger Personal bewältigen. Die Arbeitshetze bei der Müllbeseiti-

lose" schreibt die bürgerliche Presse.

Um eine "kostenbewußte" Verwaltung rigoros zu "stärken", wurde die Dienstaufsicht um 50% ausgebaut. Die Zunahme der Beamten im Beschäftigtenkörper der Stadt fällt fast ausnahmslos der Mästung der Dienstaufsicht anheim. Eine Verbeamtung unterer Lohngruppen ist nicht eingetreten. Das Aufsichtspersonal (Beamte des höheren Dienstes und Angestellte ab BAT III/IIa,b) hatte 1975 an der Gesamtstellenzahl einen Anteil von 3,6%. Mittlerweile ist ihr Anteil auf 5,4% gestiegen. OB Zundel führt seit 1981 die Kampagne "der neue Schritt" zur Stärkung der Verwaltung. Alle "Mitarbeiter" sind aufgerufen, Vorschläge zur Leistungssteigerung der Verwaltung einzubringen. Mangels Resonanz kam es aber erst 1984 zu einer Honorierung von Vorschlägen mit vier Tagen Sonderurlaub.

Wie beschrieben, will OB Zundel seinen Kurs für 1985 fortschreiben lassen durch die Verabschiedung des Haushalts- und Stellenplans 1985. Den Ratsfraktionen der SPD und der GAL könnte es gelingen, wenn sie sich auf gemeinsame Anträge für die Interessen der Lohnabhängigen einigen, dies zu unterlaufen (SPD und GAL besitzen die Hälfte der Stimmen im Gemeinderat). Dies würde aber auch bedeuten, daß den Gewerkschaften eine "arbeitnehmerfreundliche" Kommunalpolitik abverlangt werden müßte. — (irs)



Dienstherr OB Zundel ehrt seinen politischen Busenfreund und Exkultusminister Prof. Dr. D. Wilhelm Hahn.

ung an und hob dabei zynisch hervor, "...daß Lebensqualität ideeller und materieller Art nicht in den Schoß fällt, sondern hart erarbeitet werden muß." Heidelberg genießt "...im Lande Baden-Württemberg ganz allgemein den Ruf einer effizienten, kostenbewußten und leistungsstarken Verwaltung..."

Wie sieht diese Bilanz aus?

Bis 1975 hatte es OB Zundel schon fertiggebracht, über 200 Planstellen der Stadt wegzurationalisieren. Die Beschäftigtenzahl ist zwar seit 1975 um 3% wieder gestiegen — dies täuscht aber darüber hinweg, daß sie seit 1980 bis heute um 2% gesunken ist (1975: 1962 Gesamtstellenzahl, 24,4% Beamte, 31,4% Angestellte, 44,2% Arbeiter). Die Lohnsummensteigerung blieb somit mit 2% unter der Vorgabe der mittelfristigen Finanzpla-

nung erklärt sich durch 30% weniger Arbeiter. Haushandwerker oder Reinigungsdienste sind schon seit 1975 an Privatfirmen übertragen.

Der Angestelltenbereich ist zwar der Zahl (644) nach leicht angehoben, die einzelnen Lohngruppen sind aber seit 1975 stärker gespreizt und differenziert worden. Die Einführung zentraler Schreibdienste, die Umstellung auf Textautomaten etc. führten zu einer konzentrierten Rationalisierung im mittleren und unteren Angestelltenbereich. Am Beispiel des Amts für öffentliche Ordnung soll dies verdeutlicht werden. 1975 waren dort 30 Angestellte (BAT VI-XII) beschäftigt — 1984 sind nur noch 15 Beschäftigte mit den entsprechenden Tätigkeiten in Arbeit. Der Einsatz von Billigskräften über ABM ist an der Regel. Ein "neues Lebensgefühl für Arbeits-

Volkstrauertag

REVANCHISTISCHE PROPAGANDA GESTÖRT

Neumünster. Die Stadt veranstaltet alljährlich eine Gedenkfeier im "Heldenhain". Der "Heldenhain" wurde nach dem 1. Weltkrieg errichtet. Die offizielle Weihe des "Heldenhain" fand 1933 statt und lieferte den Rahmen für die Übergabe der Tradition des preußischen Infanterieregimentes 163 an die faschistische SA-Standarte. Nach dem 2. Weltkrieg wurden neue Gedenksteine mit den Namen der im 2. Weltkrieg gefallenen Soldaten aufgestellt, ebenso Gedenksteine für die "verlorenen Ostgebiete". Am Volkstrauertag werden an diesen Steinen Kränze der Stadt Neumünster, des Bundesverteidigungsministers, des Landesinnenministers, der Polizei und der HIAG niedergelegt.

Vor zwei Jahren waren die Inschriften der Steine mit Mörtel unkenntlich gemacht und mit Parolen versehen worden. In zahlreichen Leserbriefen äußerten sich viele Menschen gegen Heldenverehrung und militaristische Propaganda am Volkstrauertag. Die SPD beantragte in der Ratsversammlung, den "Heldenhain" in "Friedenshain" umzubenennen, was an der

CDU-Mehrheit scheiterte. Sie hätte allerdings auch genauso gut fordern können, Krieg in Frieden umzubenennen.

In diesem Jahr ist es zum ersten Mal gelungen, eine Aktionseinheit gegen den Volkstrauertag und den Heldenhain herzustellen, die von sechs Initiativen und dem BWK getragen wurde. Es wurde ein Flugblatt erstellt, in dem die Tradition des Heldenhain angegriffen und gefordert wurde, daß keine Veranstaltung zum Volkstrauertag stattfindet und mit der faschistischen, militaristischen und revanchistischen Tradition des Heldenhain gebrochen wird. Die Alternative Liste beteiligte sich nicht daran, weil sie meinte, eine Aktion gegen den Volkstrauertag könne die Gefühle der Menschen verletzen. DKP und VVN beteiligten sich nicht, weil sie die Unterstützung Nicaraguas zur Zeit für wichtiger hielten. Trotzdem kamen 50 bis 60 Menschen mit Transparenten zur Gedenkfeier, die ansonsten von 200 Leuten (davon die Hälfte Bundeswehr) besucht wurde. Die äußerst zynische Rede (die deutschen Soldaten seien für den Frieden und unsere Freiheit gefallen), die von einem Militärpfarrer gehalten wurde, wurde durch Zwischenrufe und Pfiffe gestört. Das anschließende Absingen des Deutschlandliedes ging völlig in Sprechchören unter. Die Veranstaltung war nach 20 Minuten beendet. Letztes Jahr hatte sie fast doppelt so lange gedauert.

VVN/BdA-Seminar

ANTIFASCHISTISCHEN KAMPF KOORDINIEREN

Hildesheim. Die Veranstaltung der VVN am 24.11. im DGB-Jugendheim war mit 35 Teilnehmern gut besucht. Neben den Mitveranstaltern DGB-Jugend, GEW Hildesheim, ASTA der Hochschule und dem türkischen Arbeiterverein HITID beteiligten sich die GABL, die IGM-Songgruppe, eine alternative "Kulturgruppe", das Montagsplenum (verschiedene alternative Gruppen), Autonome und die Volksfront.

Ein einleitendes Referat zur Strategiediskussion gegen Neofaschismus, vorgetragen von Helmut Stein (Präsidiumsmitglied der VVN), eröffnete die Diskussion über Möglichkeiten antifaschistischer Zusammenarbeit in Hildesheim. Vorbereitungen zu einer geplanten antifaschistischen Woche vom 6. bis 11. Mai, in deren Mittelpunkt der 40. Jahrestag der Zerschlagung des Faschismus und die Beendigung des 2. Weltkrieges stehen wird (8. Mai), gaben Möglichkeiten zur Annäherung kontroverser Konzepte des antifaschistischen Kampfes.

Im Referat und auf der Veranstaltung stand nicht der bundesweite Auf-

ruf der VVN zum 8. Mai zur Debatte, lag auch nicht vor, sondern ein Plattformentwurf zur antifaschistischen Woche von der VVN-Kreisvereinigung Hildesheim.

Der antifaschistische Kampf war in Hildesheim bis dato in zwei parallel arbeitenden Gruppierungen geführt worden, bis auf wenige Ausnahmen ohne gemeinsame Aktionen und Veranstaltungen. Durch massive Übergriffe von faschistischen Skinheads auf Punker entwickelte sich eine Zusammenarbeit von Autonomen, Punkern, GABL, DIE GRÜNEN (Kreisverband Hildesheim), BWK und Volksfront. Die VVN hielt sich aus den Aktionseinheitsverhandlungen bis dahingehend. Sie befürchtete eine "nur" handfeste Auseinandersetzung mit "Nazi-Skins" und Faschisten.

Das Seminar konnte in vielerlei Hinsicht kontrovers erscheinende Positionen antifaschistischen Kampfes als überspitzt aufgefaßt klären. Die VVN wird sich in Zukunft an den gemeinsamen Treffen antifaschistischer Gruppen und Organisationen in Hildesheim beteiligen. Auf dem AntiFa-Plenum werden Erfahrungen, Termine und Erkenntnisse ausgetauscht. Es wird einmal im Monat stattfinden.

Alle anwesenden Organisationen unterstützen die "antifaschistische Woche" 1985. Beim nächsten Vorbereitungstreffen am 17.11.85 soll eine gemeinsame Plattform (Aufruf) verabschiedet werden, dem der VVN-Entwurf zugrunde liegen soll und wird (VVN-Hildesheim). Außerdem gründete sich aus den anwesenden Gruppen ein Gremium, das ein Jugendfestival vorbereiten wird. Als Abschluß der Woche soll am 11. Mai im Haus der Jugend ein antifaschistisches Jugendfestival veranstaltet werden. Neben antifaschistischen Musikprogrammen (etwa wie "Rock gegen Rechts") werden Diskussionen, Ausstellungen, antifaschistische "Stadtspiele", Sketche, u.v.a. angeboten. Ziel soll es außerdem sein, die Stadt, Schulleitungen, Jugendpflege und andere Organe zu antifaschistischer Arbeit Stellung beziehen zu lassen. — (mal)

Neonazis

NRW-POLIZEI SCHÜTZT ANS-NACHFOLGEPARTEI

Münster. Am 10.11.84 konnte die Freiheitliche Arbeiter Partei (FAP), eine Nachfolgeorganisation der von Innenminister Zimmermann verbotenen Aktionsfront Nationaler Sozialisten (ANS), in Münster eine Landesversammlung unter Polizeischutz abhalten. Es sollten vor allem die Ergebnisse der Kandidatur der FAP zu den NRW-Kommunalwahlen 1984 in Dortmund und Duisburg besprochen werden.

Die FAP existierte seit 1979 als rechtsradikale Splitterpartei in Baden-Württemberg. Seit Februar 1984 versuchen Mitglieder der ANS, die FAP als legale und bundesweite Partei aufzubauen. Die NRW-Landesregierung duldete die Kandidatur der FAP, obwohl das NRW-Innenministerium selbst davon ausgeht, daß die FAP eine Nachfolgeorganisation der ANS ist (Halbjahresverfassungsschutzbericht NRW). Bei der von der FAP konspirativ organisierten Landesversammlung war ein starkes Polizeiaufgebot schon bei der Ankunft der ersten FAP-Mitglieder zu deren



Als ANS („Aktionsfront Nationaler Sozialisten“) verboten – als FAP („Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei“) zu den Kommunalwahlen wiederaufgeboten.

VERBOT DER FAP!

Schutz aufgeboten worden.

Die ca. 300 antifaschistischen Gegendemonstranten, die von der Versammlung erfahren hatten, wurden von der Polizei mit Chemical Mace überfallen, um Gegenaktionen zu verhindern. Zum Schutz der ca. 80 Nazis riegelte die Polizei zusätzlich die Kanalstraße in Münster ab. Eine farb- und formliche Umgestaltung eines Nazi-Wagens konnte sie allerdings nicht verhindern. Die Polizei nahm während der Gegenaktionen 18 Antifaschisten vorübergehend fest. Darunter waren auch Antifaschisten, die beim Abzug von einem bewaffnetem Nazitrupp überfallen wurden. Fünf Faschisten wurden im Laufe des Tages wegen Uniformierung und nicht mehr übersehbarer Waffenbesitz festgenommen und wieder freigelassen.

Inzwischen haben mehrere Organisationen einen offenen Brief zu den Vorfällen verfaßt. Unter anderem wird in diesem Brief ein Verbot der FAP und eine strafrechtliche Verfolgung der bewaffneten Schlägertrupps sowie die Aufklärung aller Umstände, die zur Duldung der Veranstaltung führten, gefordert. Unterzeichnet wurde der Brief u.a. von der Antimilitaristischen Aktion, AStA-Referent/inn/en, Demokratischen Sozialisten, DFG-VK, DKP, GAL/Grüne, SHB, SPD Unterbezirk-Münster, VVN und Volksfront. — (sma)

Druckindustrie

UMSETZUNG DER LOHNSTRUKTUR HERUNTERGRUPPIERUNGEN ZEICHNEN SICH AB

In den Hamburger Betrieben der Druckindustrie sind die Eingruppierungen nach dem neuen Lohnrahmentarifvertrag (LRTV), der seit 1.10. in Kraft ist, noch nicht abgeschlossen. Betriebsräte berichteten auf einem gewerkschaftlichen Arbeitskreis über Ergebnisse und Schwierigkeiten.

Bei der Firma Joh. Bauer Reprotechnik müssen 50 Arbeiter neu eingruppiert werden. Die Verhandlungen sind abgeschlossen, allerdings mit einigen Niederlagen für die Belegschaft. 19 Facharbeiter erhielten die neue Lohngruppe (LG) VI (110%), fünf Facharbeiter wurden in VII (120%) eingruppiert. Bei 17 Facharbeitern änderte sich die Eingruppierung nicht. Sie blieben in 100% (neue LG V). Das

langt wird, sondern die Entscheidung über die Farbwertkorrekturen läge bei der technischen Leitung, und die Lithografen arbeiteten auf Anweisung. In verschiedenen anderen Hamburger Repro- und Druckbetrieben sind die Lithografen alle in VII eingruppiert.

Im Moment macht die Stärke einer Belegschaft es z.T. möglich, einigermaßen Ergebnisse bei den Eingruppierungen zu erlangen. Ergebnisse in vielen Kleinbetrieben können aber in die Gesamtbewertung nicht einbezogen werden, weil sie nicht bekannt sind. Auf der anderen Seite zeigen die Auseinandersetzungen auch in Groß- und Mittelbetrieben, daß der neue LRTV für die Kapitalisten viele An-



Geistige Fähigkeiten und Verantwortung werden höher bewertet als körperliche Anstrengung.

betrifft vor allem ältere Arbeiter, die nicht an dem elektronischen Bildherstellungssystem arbeiten wie Scitex oder Scanner. Und es betrifft Facharbeiter, die sowieso niedrige übertarifliche Zulagen hatten, und denen die Kapitalisten keinen höheren Effektivlohn zahlen wollen, was bei einer höheren tariflichen Eingruppierung z. T. der Fall gewesen wäre. So z.B. bei den Strippern (Filmmontage). Die Geschäftsleitung begründete die Aufteilung nach 100% und 110% damit, daß einfachere und kompliziertere Arbeiten gemacht werden. Bisher waren alle Facharbeiter.

Nicht durchsetzen konnte der Betriebsrat die Eingruppierung der Lithografen in LG VII. Die Geschäftsleitung billigte nur VI zu. Sie meinte, die Lithografen hätten nicht die "sehr große Verantwortung", wie sie in der Lohngruppenbeschreibung für VII ver-

griffspunkte bietet, Lohnsenkungen durchzusetzen.

Bei Springer Hamburg will die Geschäftsleitung die Drucker an der Rotation in 110% und 120% spalten. Bisher arbeiten die Drucker im rollierenden System, d.h. jeder arbeitete mal als Maschinenvührer. Die Arbeiter wollen das beibehalten und keine feste Arbeitsteilung und damit Spaltung zulassen. Sie sind bereit, alle in 110% eingestuft zu werden. 140 Arbeiter drohten jetzt mit Überstundenboykott, wenn die Geschäftsleitung das nicht akzeptiert.

Einen frechen Angriff erlaubten sich die Kapitalisten bei H. Bauer Hamburg. Die 60 Arbeiter im Satz (Erstsetzer und Bildschirmkorrektoren) hatten schon lange gefordert, daß alle in beiden Tätigkeiten ausgebildet werden sollten. Die Geschäftsleitung hatte das bei Einführung des neuen

Maschinensystems zugesichert. Jetzt nach Abschluß der Lohnstrukturverhandlungen war davon kein Rede mehr. Im Gegenteil, die Geschäftsleitung beantragte, die Erstsetzer sollten nur in 100% eingestuft werden (bisher hatten sie 120%). Die Korrektoren sollten 120% bekommen. Erst eine Abteilungsversammlung zwang die Kapitalisten dazu, die Eingruppierung aller in 120% und die Ausbildung zuzusichern.

Aus mehreren Betrieben berichteten die Betriebsräte von Versuchen der Kapitalisten, Fahrer, die bisher als Facharbeiter bezahlt wurden, nur in LG IV, also 90%, einzugruppieren.

Ganz offen fordert der Bundesverband Druck in seinen Mitteilungen seine Mitgliederbetriebe auf, die Abgruppierungsmöglichkeit zu nutzen. "Die Eingruppierung kann dazu führen, daß Arbeitnehmer, vor allem Hilfsarbeiter, tariflich niedriger eingestuft werden als bisher. Das ist zulässig und bei Vorliegen der Voraussetzungen unbedingt durchzuführen. Die Gewerkschaft rechnet (und argumentiert) mit 'Abgruppierungen', sie ist nur bei der Umstellung zum 1.10. 1984 ohne Änderungskündigung möglich, und ein Verzicht verändert ihr gesamtes Lohnniveau, denn der betreffende Arbeitsplatz wird ja für die Zukunft ebenso wie vergleichbare andere auf Dauer höher bewertet. Besonders bei Hilfsarbeitern der bisherigen Lohngruppe V ist auf die richtige neue Lohngruppe zu achten."

Bei Joh. Bauer Repro wurden fünf Hilfsarbeiter, die früher in LG V waren (89%), jetzt in LG III (87%) eingruppiert. Sie arbeiten an Andruckmaschinen, vier sind ausländische Arbeiter. Die Abgruppierung bedeutet, ihr Tariflohn sinkt von 2152,38 DM auf 2105,40 DM. Die Arbeiter, die auch bei 100 DM übertariflicher Zulage nur mit Überstundenarbeit einen Lohn zum Leben haben, haben laut IG Druck und Papier keine Möglichkeit, gerichtlich eine andere Eingruppierung durchzusetzen.

Auch bei H. Bauer hatten die Kapitalisten die Hilfsarbeiter niedriger eingruppiert wollen. Jetzt konnte der Betriebsrat eine Eingruppierung in LG IV durchsetzen, allerdings nur mit Absicherung für die Arbeiter. Wird der Arbeitsplatz neu besetzt, muß die Eingruppierung neu verhandelt werden. Es kommt auch vor, daß Kapitalisten bei Neubesetzung schon die neue niedrigere Lohngruppe festlegen, so bei Joh. Bauer, wo für Scanneraufbau LG IV beantragt ist, obwohl der Arbeiter jetzt dort noch Facharbeiterlohn erhält. Ebenso beim Arbeitsplatz des Kopierers, der in Zukunft nur mit III entlohnt werden wird, jetzt arbeitet ein älterer Arbeiter mit Facharbeiterlohn dort, dem man sowieso nicht seinen übertariflich einfachen Gehalt wegnehmen können (lange Betriebszugehörigkeit). — (hao)

750-Jahr-Feier

PROVOKATION GEGEN
DIE DDR

Westberlin. In den vergangenen Wochen hat der Westberliner Senat über die umfangreichen Planungen zur Gestaltung der 750-Jahr-Feier in Westberlin Beschluß gefaßt. Die Beschlüsse beziehen sich sowohl auf Bauliches als auch auf Richtlinien für eine Propagandakampagne für 1987.

Die entscheidende Absicht ist die geplante Provokation gegen die DDR und die Unterstreichung revanchistischer Ansprüche. In den Senatsdokumenten ist die Rede von "Berlin als Metropole aller Deutschen" im Sinne der Zukunftsplanung. Der Regierende Bürgermeister hatte zuvor in seinen "Grundsätzen zur 750-Jahr-Feier" folgende Ausrichtung verordnet: "Deshalb wenden wir uns bewußt wieder dem zentralen Bereich zu zwischen Landwehrkanal und Spree. Wir dürfen diese historische und geistige Mitte der Stadt nicht preisgeben oder der Verwahrlosung öffnen, nur weil durch die Mitte eine Mauer gezogen ist. Die Mauer kann und darf nicht die Mitte Berlins zur Peripherie machen. Wir begehen das Jahr 1987 bewußt mit dem Blick auf den Reichstag und auf die Mauer – aber auch über sie hinweg".

Trotz mehrfacher Erklärungen der Regierung der DDR gegen Einmischungsversuche seitens des Westberliner Senats hält dieser an seiner Praxis fest, sich als Vertreter der Bewohner auch der Hauptstadt der DDR darzustellen und in diesem Sinne Erklärungen abzugeben. Über den Rundfunksender im amerikanischen Sektor (RIAS) wird diese Politik vornehmlich "über die Stadt hinaus" verbreitet.

Die Anmaßungen des Senats behandeln damit sowohl das vierseitige Abkommen über Westberlin als einen Fetzen Papier als auch legitime Rechte anderer Staaten, in diesem Falle der DDR. Der Kultursenator Hassemer gibt dafür folgende Rechtfertigung: "Berlins Stadtjubiläum ist nicht ein lokales, sondern ein deutsches und internationales Datum." Damit reißen sich die Planungen lückenlos in die revanchistische Propagandatätigkeit der Bundesregierung ein. Folgerichtig beteiligt sich die Regierung der BRD nicht nur inhaltlich, sondern auch finanziell an dem Unternehmen. Nach dem bisherigen Stand sollen die Baumaßnahmen zur sog. Erneuerung des historischen Stadtbildes insbesondere in dem von Diepgen angesprochenen Bereich weit mehr als 1 Mrd. DM verschlingen. Für das Veranstaltungsprogramm werden allein 82,5 Mio. DM bereitgestellt.

Soweit bekannt, gibt es Kritik der Oppositionsparteien dahingehend, daß die Beteiligung der Bürger im Sinne



Diepgen will, daß über 1987 hinaus "Bleibendes entsteht".

von Vorschlägen nicht berücksichtigt worden sei. Uns stimmt dieser Umstand nicht traurig. Wesentlich sinnvoller als Beteiligungen am Senatsprogramm sind doch eigene Tätigkeiten. 1985 z.B. ist es 40 Jahre her, daß im Rahmen der Befreiung vom Faschismus es gelungen ist, die ehemalige preußische und reichsdeutsche Militärmropole Berlin zu zerschlagen. Wenn das kein Grund zum Feiern ist! Und dabei muß es nicht bleiben. Für die Zukunft ist eine Verständigung aller antifaschistischen und antireaktionären Kräfte notwendig, wie verhindert werden kann, daß das Zerschlagene sich wieder erhebt. Wir behaupten, daß dies Aussicht auf Unterstützung aller Völker Europas hat. – (brr)

Rotationsprinzip

SIND DIE GRÜNEN
VERFASSUNGSWIDRIG ?

Hannover. Fünf der elf Grünen Abgeordneten im niedersächsischen Landtag hatten im Juni diesen Jahres gegenüber dem Landtagspräsidenten Brandes (CDU) erklärt, ihr Mandat zum 1.7.84 niederzulegen. Der Landtag hat mehrheitlich einen CDU-Antrag angenommen, der die Abgeordneten der Grünen zwingt, Mitglieder des Landtages zu bleiben. Dagegen haben die Grünen Klage beim Staatsgerichtshof eingelegt.

Aufsehen hat die Entscheidung des Landtages auch deshalb erregt, weil selbst die CDU-Minister des Albrecht-Kabinetts unterschiedlich abgestimmt haben. Sofern sich CDU- oder SPD-Mitglieder des Landtages für die Anerkennung des Mandatsverzichts aussprachen, akzeptierten sie keineswegs das Rotationsprinzip, sondern sahen es nur nicht als erwiesen an, ob das Rotationsprinzip oder andere Gründe Anlaß des Mandatsverzichts seien. Einhellig erachten sie es aber für notwendig, mit gerichtlichen Schritten gegen das Rotationsprinzip vorzugehen bzw. das Rotationsprinzip

zu nutzen, um die Verfassungswidrigkeit der Grünen gerichtlich feststellen zu lassen.

Dr. Blanke (CDU), Befürworter des Mandatsverzichts, fordert weitergehende Schritte: "Der Landtag hat schließlich nicht darüber zu entscheiden, ob die Grünen ein verfassungswidriges Mandat haben... Hätten sie es, dann müßte der Landtag bezüglich aller Abgeordneten der Grünen prüfen, ob sie ihr Mandat zu Recht wahrnehmen". Für den F.D.P.-Abgeordneten Dr. Hruska ist dies überhaupt nicht mehr die Frage: "Ich möchte aber noch weitergehen und zu dem Entstehen des Rotationsprinzips sagen, daß die Diskussion... , die zu diesem verfassungswidrigen Prinzip geführt hat, auch mit verfassungsfeindlichen Argumenten geführt worden ist. Es ging bei der Diskussion darum, das Prinzip der repräsentativen Demokratie auszuhöhlen und durch eine Basisdemokratie zu ersetzen."

Die Grünen verteidigen das Rotationsprinzip mit der Verfolgung folgender Ziele: Eine möglichst breite Vertretung des Volkes; Verhinderung einer führenden Clique und des Machtmißbrauchs; Qualifizierung möglichst vieler; kein Berufspolitikertum; Repräsentanz möglichst vieler Strömungen. Ob das Rotationsprinzip Mittel sein kann, die Grünen vor dem Sumpf des Parlamentarismus zu bewahren, muß sich noch herausstellen. Zweifel müssen besonders deshalb aufkommen, weil sie sich bereits in den Streit darüber verstrickt haben, wer der bessere Verfechter der Verfassung und der parlamentarischen Demokratie sei, die Rotierer oder die gekauften Abgeordneten. Das Parlament nicht nur sauber, sondern rein zu machen, wird an dessen Funktion aber nichts ändern. Quellenhinweis: Vorläufiges Protokoll der Landtagsdebatte vom 11.10.84; Die Grünen im Landtag informieren, Nr. 10 – (kar)



Protest gegen Zwangsmandat – Mdl Grösch provoziert seinen Ausschuß

Kriegsvorbereitungen auf kommunaler Ebene

CDU FREIBURG: "... DER GEMEINDERAT MÜSSE VORSORGE FÜR DEN KRIEGSFALL TREFFEN ..."

Freiburg. Parallel zur Durchsetzung von Wiederaufrüstung und NATO-Beitritt gegen die westdeutsche Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung stellte sich die herrschende Klasse die Aufgabe, die Militarisierung des Zivilbereichs wiederaufzubauen. Versuche der Gegner dieser Politik, auf Kommuneebene und in den Gemeinderäten dagegen Stellung zu beziehen, wurden per Verfassungsgerichtsurteil 1957 untersagt mit dem Hinweis auf die ausschließliche Bundeskompetenz in "Verteidigungsfragen". Gleichzeitig wurden seitdem die Gesetze und Verwaltungsvorschriften umfassend ausgebaut, welche die Gemeinden zur allseitigen Bereitstellung sachlicher und personeller Mittel für die "Zivilverteidigung" verpflichten. Als wichtigste seien hier nur genannt: das Luftschutzgesetz von 1957; das Gesetz über den Zivilkorps 1965; die gesamten Sicherstellungsgesetze im Rahmen der Notstandsgesetze, die alle ausdrücklich die Land- und Stadtkreise als unterste Ausführungsebene festlegen (z.B. die örtlichen Arbeitsämter für die Zwangsarbeitsverpflichtungen gem. Arbeitssicherstellungsgesetz); das Gesetz zur Ausweitung des Katastrophenschutzes 1968 (Verpflichtung sämtlicher freiwilliger Katastrophenschutzverbände im "Verteidigungsfall", Ausweitung der Geltung des Gesetzes auf alle Stadt- und Landkreise, vorher nur Großstädte); das Zivilschutzgesetz 1976, dessen umfassende Verschärfung und Erweiterung derzeit beraten wird. Die Verwaltungsgerichtsurteile in Baden-Württemberg zielen ebenfalls darauf ab, ein reibungsloses Funktionieren der Kriegsvorbereitungen an der Heimatfront zu erreichen.

Dem Abstimmungserfolg von CDU, FDP, FWV im Freiburger Gemeinderat am 25.09.84 gegen den Antrag zur atomwaffenfreien Zone (s. Flugblatt der Volksfront) war eine zweijährige Auseinandersetzung vorausgegangen, ob überhaupt und mit welchem Ziel der Freiburger Gemeinderat sich mit diesem Thema beschäftigen darf. Noch im April 1984 hatte Regierungspräsident Nothelfer gegenüber OB Böhme (SPD) klargestellt: "Im Gemeinderat der Stadt Freiburg darf keine allgemeine verteidigungspolitische Diskussion über die gemeinhin unter dem Schlagwort 'atomwaffenfreie Zone' zusammengefaßte Thematik geführt werden ... (es) müssen die Gemeinden ... die im Grundgesetz festgelegte Zuständigkeit des Bundes für die Landesverteidigung und den Zivilschutz respektieren."

In den im Mai/Juni 1984 gefällten VGH-Urteilen wird demgegenüber festgestellt: "Eine solche kommunale Handlungsbefugnis als Recht zur organschaftlichen politischen Willensbildung und -äußerung besteht ... fraglos hinsichtlich aller militärischen Vorhaben, für die Liegenschaften im Gemeindegebiet in irgendeiner Weise in Anspruch genommen werden ... Aber auch verteidigungsstrategische Maßnahmen auf Gemeindegebiet, die die Planungshoheit der Gemeinde nicht einschränken ... können Gegenstand gemeinderätlicher Beratung und Beschlußfassung sein ... So kommt in Betracht, daß ein besonderer Handlungsbedarf im Bereich des Zivil- und Katastrophenschutzes (vgl. ZivilSchG, KatSchG), der Gemeindefeuerwehr (Feuerwehrg), der öffentlichen Ordnung (PolG, VersammlG), des Schutzes der kommunalen Wasserversorgung und sonstiger Einrichtungen

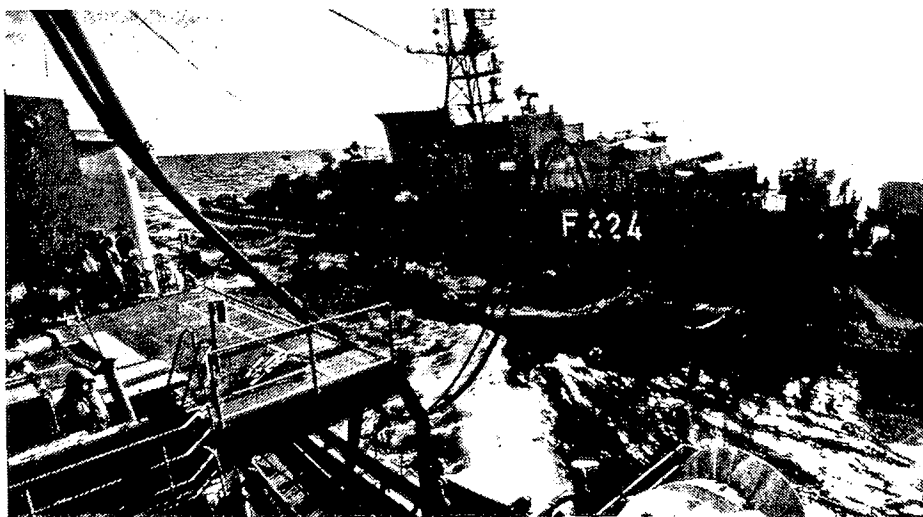
und Veranstaltungen der Daseinsvorsorge entsteht ..." (VGH-Urteil Karlsruhe).

Wie sehen – angesichts der offensichtlichen Absicht der Reaktion, die Mobilmachung an der Heimatfront offensiv, auch über die Gemeinderäte, voranzutreiben – die Forderungen und Vorschläge der Opposition aus (trotz 9,4% Verlusten des Bürgerblocks aus CDU, FDP, FWV bei den Kommunalwahlen haben sie noch eine 2-Sitze-Mehrheit)? Die SPD fordert in ihrem Kommunalwahlprogramm u.a. "keinen weiteren Schutzraumbau" und "keine Unterstützung bei der Vorbereitung des Gesundheitswesens auf den Verteidigungsfall". Da aber ihre Hauptbegründung ist, daß es "keinen wirksamen Schutz gegen Atomwaffen gibt", bleiben ihre Gemeinderäte immer offen für Vorstöße der Reaktion, mei-

stens im Verbund mit OB Böhme, für "wirklich wirksamen" Zivilschutz. Z.B. stimmten noch letztes Jahr lediglich zwei SPD-Stadträte zusammen mit den Grünen und der Bunten Liste gegen den Zivilschutzbunker am Stühlinger Kirchplatz.

Die Friedensliste (ein Sitz) fordert u.a. keine Atomschutzbunker, keine Zwangsverpflichtung unter Militärgesetzen im Spannungsfall, keinen Militärdienst für Frauen, Eintreten gegen Neofaschismus und Förderung antifaschistischer Traditionen. Die Grünen schreiben in ihrem Wahlprogramm: "Die Wintex-Cimex-Übung im März 1983 hat die Stadt Freiburg aktiv durch Sach- und Personalaufwand unterstützt. Der Gemeinderat soll sich in Zukunft solchen militärischen Kriegsbüßungen widersetzen, insbesondere bei der kommenden im März 85 keine Hilfe leisten. Unsere Stadt soll keine Meldung machen, die der Dienstverpflichtung der Bevölkerung im Kriegsfall dienen ... Zivilschutz ist Teil einer umfassenden NATO-Kriegsführungsstrategie ...".

Diese nützlichen Vorschläge werden gegen die örtlichen Kriegsvorbereitungen aber nur wirksam sein können, wenn die Gemeinderäte der Grünen und Friedensliste nicht bei jedem Manöver des Bürgerblocks zu Zugeständnissen bereit sind: Wirklich schädlich war, bei der Gemeinderatssitzung am 25.09. gleich anzubieten, einen Passus in den Antrag der Opposition aufzunehmen, "daß eine DDR-Stadt gefunden werden soll, die sich ebenfalls atomwaffenfrei erklärt". Der Unterschied zur CDU reduzierte sich damit darauf, daß diese darauf beharrte: "Erst die DDR, dann wir!" – (mab)



Versorger "Freiburg" beim Auftanken der Fregatte "Lübeck". Der BWK hat den Vorschlag an alle interessierten Gruppen und Organisationen gemacht, die Patenschaft der Stadt Freiburg zu dem Kriegsschiff zu kündigen.

Volksfront

GEGEN REAKTION, FASCHISMUS UND KRIEG

V.i.S.d.PR.:
Veronika Heinz,
Lugustr.5
7800 Freiburg

Bürgerversammlung zur atomwaffenfreien Zone am 4.12.84:

DIE CDU-MANÖVER SIND DURCHSICHTIG: AUF JEDEN FALL RUHE AN DER HEIMATFRONT!

Die Bürgerversammlung wird sich sowohl mit dem am 25.9.84 gefaßten Gemeinderatsbeschluß (Antrag von CDU, FDP, FWV), als auch mit den abgelehnten Anträgen von Friedenswoche, Grünen, SPD und BL befassen müssen. Der beschlossene CDU & Co.-Antrag beauftragt die Stadtverwaltung, "eine verbindliche Erklärung einer vergleichbaren Großstadt der DDR, sich atomwaffenfrei zu erklären, einzuholen". Der Gegenantrag forderte demgegenüber die Verhinderung der Lagerung, Herstellung oder des Transports von Atom- oder anderen Massenvernichtungswaffen, die Ablehnung jeglichen Zivilschutzes, jeglicher Militarisierung des Gesundheitswesens, des Bunkerbaus usw. hier in Freiburg.

Eigentlich hätte doch gleich auffallen müssen, daß dieses DDR-Manöver von CDU & Co. keinen anderen Zweck verfolgt, genau von diesen hier vor Ort laufenden Kriegsvorbereitungen abzulenken, eine Diskussion darüber zu verhindern und stattdessen eine gegen den "äußeren Feind" gerichtete Debatte anzuzetteln, nach dem bewährten "Ost-West"-Strickmuster: "Wir" können nicht abrüsten, solange "der Russe" nicht ... Ganz in diesem Sinne hatte denn auch das SPD-Gemeinderatsmitglied Landsberg nichts Besseres zu tun, als unbedingte deutschlandpolitische Gemeinsamkeit zu betonen, "einseitige Abrüstung" abzulehnen und sich über die "Unterdrückung der Gemeinden in der DDR" auszulassen.

Ganz abgesehen davon, daß es sich bei dem beschlossenen Antrag von CDU & Co. um massive Einmischung in die inneren Angelegenheiten der DDR handelt, wenn "Erklärungen eingeholt" werden sollen von Städten, deren Staat nicht nur nicht anerkannt wird, sondern auf dessen Territorium gerade die CDU & Co. - immer unverhohlener Gebietsansprüche erheben (Wiedervereinigung in den Grenzen von 1937). Wenn sich diese Reaktionäre unbedingt mit DDR-Städten beschäftigen wollen, dann sollen sie Städtepartnerschaften, wie mit anderen Staaten auch, unterstützen, was ja z.B. die Grünen und die Friedensliste in ihren Kommunalwahlprogrammen fordern. Eine Städtepartnerschaft mit "einer vergleichbaren Großstadt in der DDR", am besten verbunden mit der Klarstellung, daß diese auf Grund-

lage der Anerkennung der DDR-Grenzen und der DDR-Staatsbürgerschaft, also nicht "gesamtdeutsch", stattfinden soll, wäre die einzig passende Antwort an CDU & Co.

Ansonsten wäre es wirklich günstig, wenn auf der Bürgerversammlung genau über die Themen gesprochen werden könnte, die die CDU unter den Tisch kehren, bzw. unter Ausschluß der Öffentlichkeit vorantreiben will: die hier, auch in Freiburg, stattfindende Militarisierung an der Heimatfront! Nützlich wäre 1. eine Aufforderung seitens der Bürgerversammlung an den Gemeinderat, den am 25.9.84 gefaßten Beschluß zurückzunehmen und stattdessen dem Alternativantrag von Friedenswoche u.a. zuzustimmen. Der Ausgang der Kommunalwahlen zeigt allerdings, daß ein Erfolg - angesichts der 2-Sitze-Mehrheit von CDU & Co. - zumindest ungewiß ist. Deshalb wird es um so wichtiger sein, auch bei einer erneuten Abstimmungsniederlage im Gemeinderat, sich mit konkreten Forderungen und Aktionen gegen die laufenden Maßnahmen der Militarisierung in Freiburg zu befassen. Wie soll z.B. der Vorschlag der Grünen (Kommunalwahlprogramm), im kommenden Winter jegliche Beteiligung Freiburgs an der NATO-Zivilverteidigungsübung WINTEX 85 zu verhindern, umgesetzt werden? Was ist eigentlich aus den zufällig aufgetauchten Listen von Apothekern und Ärzten für den "Ernstfall" geworden und wieviele solcher Erfassungs- und Registrierungsdaten im Sinne der Sicherstellungsgesetze (Notstandsgesetze) liegen längst in den Schubladen Freiburger Behörden? Wie können wir ein Fortschreiten der "Gesundheitssicherstellung" an Freiburger Krankenhäusern und Kliniken ebenso wie den sogenannten "Schutzraumbau" wirksam bekämpfen? (siehe auch Rückseite).



"Volksopfer" 1945: Nazi-Propaganda an der Heimatfront: "... damit dein Volksturmman in Uniform sich zeigen kann...".

ZIMMERMANN'S ENTWURF FÜR EIN NEUES ZIVILSCHUTZGESETZ

Seit Juni 84 wird ein neuer Referentenentwurf aus dem Hause Zimmermann in den zuständigen Bundes- und Landesausschüssen verhandelt. Darin sind noch umfangreichere Zwangs- und Unterdrückungsmaßnahmen gegen die gesamte Bevölkerung vorgesehen, als dies die bestehenden Gesetze schon zulassen. Hier nur die Kernpunkte: 1. die zwangsweise Rekrutierung jedes männlichen Zivilisten soll ermöglicht werden: §38,1. "Männer, die das 18. Lebensjahr vollendet haben und nicht zum Wehrdienst im Verteidigungsfall herangezogen werden, können zum Dienst als Helfer im Zivilschutz herangezogen werden." 2.

Sämtliche in bisherigen Entwürfen früherer Regierungen vorgesehenen Gesundheitssicherstellungsmaßnahmen sollen mit dem vorliegenden Gesetzesentwurf durchgesetzt werden. 3. Das Beamtenrecht wird an die "Erfordernisse des Spannungs- und Verteidigungsfalls" angepaßt: "Der Beamte kann für Zwecke der Verteidigung auch ohne seine Zustimmung ... zur Dienstleistung bei einer zivilen Dienststelle der NATO verpflichtet werden ... Der Beamte ist bei einer Verlegung der Behörde oder Dienststelle - auch außerhalb des Gebietes der BRD - zur Folgeleistung verpflichtet...".

IGM: GEGEN ÖFFNUNGSKLAUSEL

Heidelberg. Die Vertrauensleute-Vollkonferenz der IGM Heidelberg verabschiedete am 6.11.84 einstimmig folgende Entschließung an Blüm: "Weitere Aufweichung des Nachtarbeitsverbots für Frauen, vermehrte Teilzeit und sog. kapazitätsorientierte variable Arbeitszeit, Leiharbeit bis zu sechs Monaten, befristete Arbeitsverhältnisse bis zu zwei Jahren u.a. drastische Verschlechterungen für die abhängig Beschäftigten wären die Folge ... Die in den §§ 2 und 8 des "Beschäftigungsförderungsgesetz"-Entwurfs enthaltenen "Öffnungsklauseln" wären ein zusätzlicher ungeheuerlicher Einbruch in die ... erkämpften kollektiven Schutzrechte überhaupt. Nicht nur, daß die vorgesehenen gesetzlichen Bestimmungen schon schlecht genug sind, die Unternehmer sollen – gesetzlich abgesichert – noch üblere Regelungen durchsetzen können. Wir sehen in diesem Versuch eine konsequente Fortsetzung der Politik der Bundesregierung am Beispiel ARBED Saarstahl AG, wo mit Drohungen der Betriebschließung bereits ähnliches praktiziert wurde. Die gesetzliche Sanktionierung

Hannover. Ein Erlass des niedersächsischen Ministers für Wissenschaft und Kunst sollte durchsetzen, daß auch die Krankenpflegeschüler an der Medizinischen Hochschule im Verhältnis 6:1 auf den Stellenplan angerechnet werden. Die Schüler führten – unterstützt vom Personalrat – Stände in der Hochschule und der Innenstadt durch. Vorläufiges Ergebnis dieser Aktionen ist, daß der Vollzug des Erlasses solange aufgeschoben ist, bis die Pflegesatzverhandlungen zum Abschluß gekommen sind. – (kar)

derartiger Öffnungsklauseln wäre ein Außerkraftsetzen des im Arbeits- und Tarifrecht geltenden Prinzips, wonach abweichende Regelungen 'nur zugunsten der Arbeitnehmer' erlaubt sind. Auswirkungen auf das Tarifwesen bzw. Betriebsvereinbarungen, insbesondere § 4 Abs. 3 Tarifvertragsgesetz, würden nicht auf sich warten lassen ... Die Vertrauensleute-Vollkonferenz der IG Metall-Verwaltungsstelle Heidelberg fordert deshalb nachdrücklich die unverzügliche Zurücknahme der genannten Gesetzesentwürfe, insbesondere der geplanten "Öffnungsklauseln". Wir erwarten eine baldige positive Antwort." – (aro)



FLEXI-MODELL BEI DAIMLER-BENZ

Stuttgart. Daimler-Benz hat den Betriebsräten bundesweit einen Vorschlag zur flexiblen Arbeitszeit vorgelegt, der eine Dreiteilung von Arbeitern und Angestellten vorsieht. Z.B. in Stuttgart-Untertürkheim: 10% arbeiten 37 Wochenstunden (Arbeiter in Gießerei, Härterei, Angestellte in unteren Gehaltsklassen), 80% arbeiten 38,5 Stunden und 10% arbeiten weiterhin 40 Wochenstunden (Ingenieure, Techniker, Einrichter). BR-Vorsitzender Funk (IGM) dazu: Die Linie sei, möglichst 38,5 Stunden für alle zu erreichen, aber natürlich seien Kompromisse notwendig. – (ros)

IGM GEGEN STAHLFUSION

Essen. Mit Demonstrationen in Georgsmarienhütte/Osnabrück, Leverkusen und zum niedersächsischen Landtag haben die Belegschaften von Krupp und Klöckner gegen die mit dem australischen Konzern CRA geplante Dreier-Fusion protestiert. Von den Vorständen wurde bekanntgegeben, daß die Fusion "Einsparungen" von 3700 Beschäftigten ermögliche. Stilllegungen sollen vor allem bei dem von Krupp aufgekauften Wuppermann in Leverkusen, bei Klöckner-Georgsmarienhütte und der auch zu Klöckner gehörenden Maxhütte in Haidhof/Pfalz vorgenommen werden. Belegschaften und Betriebsräte befürchten weiter eine "Zwangsharmonisierung" der Sozialpläne und anderer Sozialleistungen nach un-

ten. Die IG Metall erklärte, sie lehne die Fusion nach den derzeitigen Konzepten ab. Krupp, Klöckner und CRA wollen allein für die Fusion 500 Mio. DM Stahlhilfe und 350 Mio. DM für Sozialpläne von Bund und Ländern kassieren. – (wof)

KEINE SONDER- ÖFFNUNGEN

Köln. Auf Druck des DGB und der HBV haben die Kölner Einzelhändler, die an den Adventsdonnerstagen ihre Geschäfte bis 21 Uhr offenhalten wollten, ihren Antrag auf Sondergenehmigung zurückgezogen. Die erhoffte Isolierung der HBV mit ihrer Forderung nach Erhalt des Ladenschlußgesetzes ist nicht eingetreten. Die HBV führte erfolgreich eine Unterschriftenaktion durch. Dafür wird Oberstadtdirektor Rossa (SPD) im nächsten Jahr einen neuen, massiveren Anlauf zur Flexibilisierung des Ladenschlusses starten und dem Stadtrat eine Grundsatzverordnung dazu vorlegen. – (sch)

MEDIZINSTUDENTEN DEMONSTRIEREN

Köln. 10- bis 12000 Medizinstudenten haben am 20. 11. in Bonn gegen den von Geißler vorgelegten Gesetzentwurf zur Änderung der Bundesärzteinordnung demonstriert. Geißler will damit ab 1988 eine zweijährige "Praxisphase" nach dem sechsjährigen Medizinstudium einführen. Das Gesetz soll noch 1984 verabschiedet werden. Aufgerufen hatten die Fachtagung der Medizin der vds und verschiedene Hochschulgruppen. – (alk)



In 150 Betrieben hat der niederländische Gewerkschaftsbund FNV in der vergangenen Woche Protestaktionen gegen neue Angriffe der Regierung auf die Versicherungsansprüche der Lohnabhängigen durchgeführt. U.a. wurden in Rotterdam und Amsterdam täglich andere Hafenbetriebe jeweils 24 Stunden bestreikt. Die Regierung will zum 1.1.85 das Arbeitslosengeld von 80% auf 70% des letzten Lohns senken, das Krankengeld von 80% zum 1.1.85 auf 75%, zum 1.1.86 dann ebenfalls auf 70%, die gesetzlichen Mindestlöhne erneut verringern. Der FNV hat angekündigt, daß er die Aktionen fortsetzen will, bis die Regierung ihre Pläne zurückzieht. – (rül)

11. Gewerkschaftstag der HBV

FORDERUNGEN UND BESCHLÜSSE ZU GESETZEN UND GESETZESVORHABEN

In den Politischen Berichten 23/84 haben wir tarifpolitische Beschlüsse des Gewerkschaftstages dokumentiert. Jetzt werden Beschlüsse gegen die Regierungspolitik in wichtigen politischen Auseinandersetzungen dokumentiert.

Antrag 126 "Keine Frauen in die Bundeswehr"

"Der Gewerkschaftstag fordert den Hauptvorstand auf, einer Einbeziehung von Frauen in die Bundeswehr energisch entgegenzutreten. Das gilt für jede Form des Dienstes, sei es auf freiwilliger Basis, einer allgemeinen Verpflichtung von Frauen für militärische oder zivile Hilfsdienste oder einer Dienstverpflichtung von Frauen im Kriegsfall nach dem Notstands- und Arbeitssicherstellungsgesetz."

Antrag 129 "Kriegsdienstverweigerung"

"Der Gewerkschaftstag lehnt die mit der Mehrheit des Bundestages beschlossene Neuregelung des Verfahrens zur Anerkennung der Kriegsdienstverweigerung entschieden ab... Kriegsdienstverweigerer sollen in Zukunft verstärkt im Zivildienst und in der Landschaftspflege eingesetzt werden. Parallelen zum 'Reichsarbeitsdienst' tun sich auf. Zusammen mit der Diskussion bzw. Forderung nach Frauendienstpflicht in der Bundeswehr und nach Erhebung einer Wehrsteuer wird die Neuregelung von Kriegsdienstverweigerung und Zivildienst zum Programm der Regierung Kohl zur Militarisierung der Gesellschaft. Der Gewerkschaftstag fordert daher, daß

— das neue Anerkennungsverfahren für Kriegsdienstverweigerer ersatzlos gestrichen wird — das bisherige sogenannte Prüfungsverfahren für Kriegsdienstverweigerer ersatzlos gestrichen wird — im Sinne des Gleichbehandlungsprinzips der Zivildienst auf 15 Monate, solange dauert der Grundwehrdienst, herabgesetzt wird — keine Kasernierung der Zivildienstleistenden stattfindet — Zivildienstleistende nur zu Aufgaben herangezogen werden können, die im sozialen Bereich liegen..."

Antrag 140 "Gegen Ausländerfeindlichkeit"

"Die Ausländerfeindlichkeit nimmt bei uns in erschreckendem Maße zu. Fremdenhaß und Rassismus werden systematisch geschürt. Um dieser Ausländerfeindlichkeit entgegenzuwirken, fordern ... — stärkere Einbeziehung der ausländischen Kolleginnen und Kollegen in die Gewerkschaftsarbeit — mehr Zusammenarbeit mit den demokratischen Organisationen der ausländischen Arbeitnehmer — mehr Information über Probleme der ausländischen Kolleginnen und Kollegen im 'ausblick' ... — massiveres Auftreten gegen Neonazis — noch breitere Information und Aufklärung über politische und gesellschaftliche Zusammenhänge der Arbeitslosigkeit.

Wir lehnen die Vorschläge der von der Bundesregierung eingesetzten Kommission zur Novellierung der Ausländergesetzgebung ab. Wir fordern von der Bundesregierung:

— keine Begrenzung des Nachzugsalters der Kinder ausländischer Arbeitnehmer auf sechs Jahre — keine Wartefristen für nachziehende Ehegatten — Ablehnung der Rückkehrprämien zur Reduzierung der Zahl der Ausländer — keine Verschärfung der Ausweisungspraxis — Recht auf gesicherten Daueraufenthalt der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien — keine Bindung des Aufenthaltsrechts an den Ehegatten oder an den Arbeitgeber — das aktive und passive Kommunalwahlrecht für alle volljährigen ausländischen Mitbürger nach ununterbrochenem fünfjährigem Aufenthalt in der Bundesrepublik und West-Berlin — die Verschärfung des Asylrechts muß rückgängig gemacht werden — Verbot aller neonazistischen und faschistischen Organisationen..."

Antrag 161 "Neofaschismus..."

"Die in immer größerem Umfang betriebenen öffentlichen

Umtriebe neonazistischer und faschistischer Organisationen sowie die immer stärker werdenden Hetzkampagnen gegen ausländische Mitbürger werden schärfstens verurteilt. Die Delegierten fordern daher:

1. von der Bundesregierung, den Länderregierungen und den Kommunalbehörden

— Verbot aller neonazistischer und faschistischer Organisationen (wie z.B. Wehrsportgruppe Hoffmann, HIAG, SS-Nachfolgeorganisationen, Arbeitskreis Nationaler Sozialisten, Bürgerinitiative Ausländerstop, Stille Hilfe) — keine Bereitstellung von öffentlichen Plätzen und Gebäuden für neonazistische und faschistische Organisationen/Verbände und/oder Veranstaltungen — Verbot der Verbreitung jeglichen kriegsverherrlichenden und völkerverachtenden Gedankenguts in Bild, Schrift und Tat — sofortige Beseitigung ausländerfeindlicher und faschistischer Schmierereien an öffentlichen Einrichtungen sowie strafrechtliche Verfolgung der Täter — jede neonazistische Betätigung ist konsequent strafrechtlich zu verfolgen

2. vom DGB und seinen Einzelgewerkschaften

— ein stärkeres, aktives und öffentliches Eintreten gegen neonazistische und ausländerfeindliche Provokationen, z.B. in Form von Gegendemonstrationen, durch mehr Aufklärung und Information — die politischen Verantwortlichen aufzufordern, die gesetzlichen Maßnahmen zur sogenannten 'Förderung der Rückkehrwilligkeit' zurückzunehmen..."

Entschliebung 15 "Nie wieder Faschismus"

In dieser Entschliebung wird gefordert:

"Den Ausbau demokratischer Rechte..."

— durch Sicherung und Ausbau der Mitbestimmung in Betrieb, Wirtschaft und Gesellschaft — durch das Verbot der Aussperrung — durch den Ausbau des Betriebsverfassungsgesetzes mit dem Ziel, die Arbeit der betrieblichen Interessenvertretung abzusichern.

Schluß mit dem Mißbrauch demokratischer Rechte

— durch die Auflösung der SS-Traditionsverbände — durch das Verbot aller rechtsradikalen Vereinigungen und Parteien — durch das Verbot der faschistischen 'Grauen Wölfe' — durch das Verbot von Herstellung und Verbreitung rechtsradikalen und neofaschistischen Gedankenguts in jeglicher Form."

Diese Forderungen werden aufgestellt gegen die konservative Politik der Bundesregierung und rechtsradikale Gefahren, denn 'Wer den Privatbesitz an Produktionsmitteln nicht preisgeben will, der wird den Faschismus nicht loswerden, sondern ihn brauchen.' (zitiert aus dem Antrag nach B. Brecht)

Antrag 190 "§99 StGB" ("Geheimdienstliche Aktivitäten")

"Der Hauptvorstand der Gewerkschaft HBV wird aufgefordert, sich gemeinsam mit den anderen DGB-Gewerkschaften für die Abschaffung des §99 StGB und die Aufhebung darauf beruhender gerichtlicher Entscheidungen einzusetzen..."

Entschliebung 16 "Keine Verschärfung des Demonstrations-Strafrechts"

"Der Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen lehnt die Regierungspläne zur Verschärfung des Demonstrationsstrafrechts ab... Eine Einschränkung bzw. Verschärfung des Demonstrations- und Versammlungsrechts bedeutet zwangsläufig für uns einen Angriff auf die Existenzgrundlagen der Gewerkschaften."

In den Anträgen 185 und 186 wendet sich die HBV gegen die Verschärfung des Abtreibungsparagraphen 218 und fordert im Antrag 186: "Das Ziel der HBV ist, eine ersatzlose Streichung des §218/219 aus dem Strafgesetzbuch zu erreichen."

Antrag 163 "Neuer Bundespersonalausweis"

"Alle Organe der HBV mögen sich dafür einsetzen, daß die Einführung des geplanten neuen maschinenlesbaren Bundespersonalausweises unterbleibt..."

(Protokolle und Antragsmaterial des 11. Ordentlichen Gewerkschaftstags der HBV) — (rub)

"BEVÖLKERUNGSZAHL UM 1 MILLION FALSCH"

Was wären die Wirkungen?

Der Widerstand gegen die Volkszählung richtete sich dagegen, daß eine Vielzahl sozialer Lebensumstände des Einzelnen für gezielte Verwaltungsakte zugriffig gemacht wird. Die Bundesregierung trug vor, man brauche die Daten zur "bedarfsgerechten Planung". Fachleute erklärten, die gegenwärtigen, "fortgeschobenen" Daten zählten um ca. 1 Million zu viel Einwohner.

Die Einwohnerzahl gilt als Meßzahl für ca. 100 Gesetze, die v.a. den "Sozialbereich", also gesetzliche Leistungsverpflichtungen, betreffen. Der auszuzählende Bevölkerungsrückgang wird gewiß in den Regionen am stärksten sein, die am meisten unter der krisenhaften Umwälzung der Kapitalistenwirtschaft leiden. Allgemein gesprochen wird eine automatische Mittelreduktion dort wirksam, wo der Versorgungsbedarf am höchsten ist. Besonders schön wird die Wirkung bei der Krankenhausfinanzierung sein. Bevölkerungsrückgang geht Hand in Hand mit "Überalterung". "Überalterung" mit "hohem Krankheitsaufkommen". Die Folge: Rückstufung des Bettenbedarfes. Gegenüber diesem Automatismus klingt die Agitation der GRÜNEN, die (auslösende) Meßzahl könne ohne Zählen jedes Einzelnen gewonnen werden, dann doch etwas makaber. Die Einstellung, daß keinem Einzelnen ein Verwaltungsnachteil aus der Volkszählung entstehen darf, könnte doch leicht zu der Einstellung verlängert werden, daß kein sozialer Leistungsanspruch durch eine Meßzahl-Automatik liquidiert werden darf. — (maf, clm)

Dokumentiert

VOLKSZÄHLUNG WIRD AM WIDERSTAND DER BEVÖLKERUNG SCHEITERN

(Pressemitteilung der GRÜNEN vom 13.11.84)

Zum Neuen Entwurf für die Volkszählung 86 erklärt Heinz Suhr, Pressesprecher der GRÜNEN im Bundestag:

Die GRÜNEN im Bundestag gehen davon aus, daß die von der Bundesregierung geplante Volkszählung am Widerstand der mittlerweile für den Datenschutz sensibilisierten Bevölkerung scheitern wird. Die Volkszählungsboykottbewegung mit 400 Unterstützergruppen im Bundestag wird eine rasche Reaktivierung erfahren.

Die Bundesregierung hat nichts gelernt: Der jetzt vorgelegte Gesetzentwurf steht dem vorherigen Volkszählungsgesetz in seiner Verfassungswidrigkeit um nichts nach, weil

- die Bundesregierung die Notwendigkeit einer derart umfassenden Volkszählung auch jetzt nicht nachgewiesen hat.
- das Bundesverfassungsgericht eine solch umfangreiche Datenerhebung zu statistischen Zwecken nur für zulässig erklärt hat, wenn der Informationsbedarf nicht auf anderem Wege erlangt werden kann. Andere Möglichkeiten hat die Bundesregierung jedoch bislang noch nicht einmal in Erwägung gezogen.
- die Geheimhaltung der Daten nicht gewährleistet ist (siehe die illegale Weitergabe eines Bandes mit 50000 hochsensiblen Daten vom Statistischen Bundesamt Wiesbaden an die Universität Frankfurt).

Die GRÜNEN im Bundestag fordern, das Projekt Volkszählung bereits jetzt zu beenden, damit nicht wieder wie beim geplanten Personalausweis Steuergelder für die Vorbereitung eines Projektes ausgegeben werden, das dann wegen der Widerstände in der Bevölkerung abgeblasen werden muß.

ZAHLUNGEN UND LEISTUNGEN SIND VON DEN EINWOHNERZAHLEN ABHÄNGIG

Die Bundesregierung hatte 1983 dem Bundesverfassungsgericht in ihrer Stellungnahme zum Volkszählungsgesetz eine Anlage beigelegt, in der sie Rechtsvorschriften von Bundesländern aufzählt, die auf Bevölkerungszahlen Bezug nehmen. Sie wollte damit untermauern, daß eine Volkszählung zur Festlegung von Mitteln für die Versorgung notwendig sei. Im folgenden haben wir einige dieser Rechtsvorschriften zusammengestellt.

Verteilung des Steueraufkommens

"Der Länderanteil am Aufkommen der Umsatzsteuer steht den einzelnen Ländern nach Maßgabe ihrer Einwohnerzahl zu; für einen Teil, höchstens jedoch ein Viertel dieses Länderanteils, können durch Bundesgesetz, das jedoch der Zustimmung des Bundesrates bedarf, Ergänzungsanteile für die Länder vorgesehen werden, deren Einnahmen aus den Landessteuern und aus der Einkommensteuer und der Körperschaftssteuer je Einwohner unter dem Durchschnitt der Länder liegen." (Grundgesetz, Artikel 107)

"Verordnung über die Aufteilung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer und die Abführung der Gewerbesteuerumlage: Bei Änderung im Bestand oder Gebiet von Gemeinden Aufteilung der Schlüsselzahl der Gemeindeanteile an der Einkommensteuer entsprechend der Zahl der

Einwohner." (Gemeinde Verordnungsblatt Bayern, S. 21, S. 198)

Finanzausgleich zwischen Land, Gemeinden und Gemeindeverbänden für Verwaltungs- und Versorgungsleistungen

A) Bayern

"— Errechnung der Ausgangsmeßzahl für Gemeinden u.a. nach Prozentsätzen der Einwohnerzahl und nach dem Bevölkerungszuwachs; Sonderschlüsselzuweisungen je Einwohner, für Gemeinden mit unterdurchschnittlicher Steuerermesskraftzahl.

— Förderbeiträge bei Gemeindezusammenlegungen abhängig von der Einwohnerzahl der neuen und der aufgelösten Gemeinden.

— Errechnung der Ausgangsmeßzahl für Landkreise u.a. nach Prozentsätzen der Einwohnerzahl und nach dem Bevölkerungszuwachs.

— Höhe der Zuschüsse als Ersatz für Verwaltungsaufwand des übertragenen Wirkungskreises und zum Ersatz der Leistungen nach Art. 35 Abs. 3 Satz 2 des Volksschulgesetzes an kreisangehörige Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften abhängig von der Einwohnerzahl; Zuschüsse an kreisfreie Gemeinden und Landkreise je Einwohner.

– Jährlicher Zuschuß für kreisfreie Gemeinden, die Träger eines Gesundheitsamtes oder einer chemischen Untersuchungsanstalt sind, je Einwohner.

– Krankenhausumlage u.a. nach der Einwohnerzahl der Landkreise und kreisfreien Gemeinden.

– Anteil am örtlichen Aufkommen der Kraftfahrzeugsteuer für Gemeinden mit mehr als 5000 Einwohnern möglich.

– Höhe der Zuweisungen an Landkreise zum Bau oder Ausbau und zur Unterhaltung ihrer Kreisstraßen abhängig von der Einwohnerzahl."

(Gesetz über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbände i.d.F. der Bek. vom 19.1.82 (GVBl. S.37), geändert durch Gesetz vom 7.9.82 (GVBl. S. 729)

B) Schleswig-Holstein

"Die Ausgangsmeßzahl einer Gemeinde wird ermittelt, indem die Einwohnerzahl der Gemeinde mit dem einheitlichen Grundbetrag vervielfältigt wird. Als Einwohnerzahl gilt die vom Statistischen Landesamt nach dem Stand vom 31. März des vergangenen Jahres fortgeschriebene Wohnbevölkerung." (Finanzausgleichsgesetz)

"Schlüsselzuweisungen für übergemeindliche Aufgaben erhalten zentrale Orte für die Wahrnehmung von Aufgaben für die Einwohner ihres Verpflichtungsbereichs sowie kommunale Schulträger." (Finanzausgleichsgesetz)

Höhe der Aufwandsentschädigung bei Ver- und Entsorgungszweckverbänden (Gas, Strom, Fernwärme, Wasser und Entwässerung, Müllabfuhr):

"Bei einem Anschluß von mindestens

a) 10000 Einwohnern	5 v.H.	10 v.H.
b) 20000 Einwohnern	10 v.H.	20 v.H.
c) 30000 Einwohnern	10 v.H.	25 v.H.
d) 50000 Einwohnern	10 v.H.	30 v.H.
e) 100000 Einwohnern	15 v.H.	40 v.H.
f) 200000 Einwohnern	20 v.H.	50 v.H.
g) 300000 Einwohnern	25 v.H.	60 v.H.

Planungsverbände nach § 4 Abs. 1 bis 7 des Bundesbaugesetzes und Planungsverbände, denen die Aufstellung des Flächennutzungsplans für das Verbandsgebiet übertragen ist, mit wenigstens drei Gemeinden und mit zusammen mindestens

a) 10000 Einwohnern	5 v.H.	10 v.H.
b) 30000 Einwohnern	10 v.H.	20 v.H.
c) 100000 Einwohnern	10 v.H.	25 v.H.

(Zweckverbandsentschädigungsverordnung vom 27. Juni 1975)

Sollstärke der Berufsfeuerwehren: "Bei der Festlegung der Sollstärke der Berufsfeuerwehren ist ohne Berücksichtigung des Krankentransportdienstes der Erfahrungsgrundsatz zugrunde zu legen, daß auf je 2000 Einwohner der Stadt ein Feuerwehrmann entfallen soll." (Verordnung über Aufgaben und Aufbau der Berufsfeuerwehren vom 23.5.49)

Beitragsbemessung gemäß Krankenhausinvestitionskostengesetz: "Der Beitrag jedes Kreises und jeder kreisfreien Stadt wird ermittelt, indem ein vom Sozialminister je Einwohner jährlich festzustellender Betrag mit der Einwohnerzahl des Kreises oder der kreisfreien Stadt vervielfältigt wird. Als Einwohnerzahl gilt die vom Statistischen Landesamt nach dem Stand vom 31. März des vorangegangenen Jahres fortgeschriebene Wohnbevölkerung." (Krankenhausinvestitionskostengesetz i.d.F. v. 20. Okt. 1975)

Verpflichtung zur Anlage von Spielplätzen: "Gemeinden mit weniger als 1000 Einwohnern sind von der Verpflichtung zur Anlage, Ausstattung und Unterhaltung von Spielplätzen für schulpflichtige Kinder befreit. Der Landrat kann nach Anhörung des Jugendwohlfahrtausschusses Gemeinden bis zu einer Größe von 3000 Einwohnern auf Antrag von der Verpflichtung zur Anlage von Spielplätzen für schulpflichtige Kinder befreien." (Kinderspielplatzgesetz i.d.F. v. 7. April 1975)

Kostensätze bei Personenbeförderung: "Folgende pauschale Kostensätze je Personenkilometer (Pkm) sind zugrunde zu legen:

1. Bei Unternehmen, die überwiegend Orts- und Nachbarortslinienverkehr betreiben:

1.1. in Städten mit mehr als 80000 Einwohnern 23,95 Pf./Pkm

1.2. in Städten mit weniger als 80000 Einwohnern 12,56 Pf./Pkm

(Kostenersatzverordnung für Personenbeförderung)

Planstellenzuteilung gemäß Einwohnerzahl Schleswig-Holstein

"In Gemeinden mit weniger als 100000 Einwohnern, Kreisen und Ämtern können von den Planstellen der Laufbahngruppe des mittleren Dienstes abweichend von § 26 Abs. 1 des Bundesbesoldungsgesetzes bei

1. bis zu fünf Planstellen zwei Stellen ... ausgewiesen werden."

Stellenobergrenzen:

"(1) In Gemeinden mit mehr als 80000 bis 99999 Einwohnern können sechs Stellen mit der Besoldungsgruppe A13 ausgewiesen werden, von denen zwei Stellen für technischen Beamte zu verwenden sind.

(2) In Gemeinden mit mehr als 50000 bis zu 80000 Einwohnern können vier Stellen mit der Besoldungsgruppe A13 ausgewiesen werden. Darüber hinaus können sieben Stellen mit der Besoldungsgruppe A12 ausgewiesen werden. Von den in den Sätzen 1 und 2 genannten Stellen ist jeweils eine Stelle für einen technischen Beamten zu verwenden.

(3) In Gemeinden mit mehr als 30000 bis zu 50000 Einwohnern können drei Stellen mit der Besoldungsgruppe A13 ausgewiesen werden, von denen eine Stelle für einen technischen Beamten zu verwenden ist. Darüber hinaus können fünf Stellen mit der Besoldungsgruppe A12 ausgewiesen werden, von denen eine Stelle für einen technischen Beamten zu verwenden ist ...

(8) In Gemeinden bis zu 5000 Einwohnern können drei Stellen mit der Besoldungsgruppe A11 ausgewiesen werden, von denen eine Stelle für einen technischen Beamten zu verwenden ist."

Entsprechend sind Stellenobergrenzen für den Höheren Dienst festgelegt. (Stellenobergrenzenverordnung für Kommunalbeamte v. 10. Juli 1980)

In der Kommunalbesoldungsordnung ist festgelegt, in welche Besoldungsstufen die Wahlämter wie Bürgermeister und Oberbürgermeister in Abhängigkeit von der Einwohnerzahl der Gemeinde eingestuft werden, sowie die Höhe der Aufwandsentschädigung für Kommunalvertreter, die auch von der Einwohnerzahl abhängig ist.

Bedarfsplanung nach der Einwohnerzahl (Nordrhein-Westfalen)

Krankenhausbedarfsplan:

"(2) Der Krankenhausbedarfsplan enthält eine Aufstellung der betriebenen Krankenhäuser und Betten, gegliedert nach Fachrichtungen, -abteilungen, Versorgungsgebieten, kreisfreien Städten und Kreisen. Außerdem sind die aufgrund Bedarfsermittlung erforderlichen Krankenhausbetten, gegliedert nach Fachrichtungen, Aufstellung, Versorgungsgebieten, kreisfreien Städten und Kreisen aufzuführen ...

(4) Es werden Versorgungsgebiete gebildet ..."

(Krankenhausgesetz des Landes NRW vom 25.2. 1975)

Bau von Grundschulen, Hauptschulen, Realschulen, Gymnasien, Gesamtschulen und Berufsschulen:

"Das Schüleraufkommen und der Wille der Erziehungsberechtigten sind bei der Feststellung des Bedürfnisses zu berücksichtigen."

(Schulverwaltungsgesetz, Stand 1.9. 1982)

Errichtung von Kindergärten:

"Bei der im Benehmen mit den in § 1 genannten Trägern durchzuführenden Planung hat das Jugendamt davon auszugehen, daß in jedem Wohnbereich für mindesten 75 vom Hundert der Kinder Kindergartenplätze in zumutbarer Entfernung bereitgestellt werden sollen."

(Zweites Gesetz zur Ausführung des Gesetzes zur Jugendwohlfahrt vom 21.12. 1971)

Südliches Afrika

BÜCHER ÜBER DEN BEFREIUNGSKAMPF UND
DIE POLITIK DER IMPERIALISTENICH SCHREIBE, WAS
MIR PASST

Die unter diesem Titel herausgegebenen Artikel, Verhörprotokolle und Interviews von und mit Steve Biko, einem führenden Mitglied und Begründer der "Black Peoples Convention" (Konvent des schwarzen Volkes) und anderer Organisationen, die sich als Organisationen des schwarzen Bewußtseins verstanden, geben einen Einblick in die Entstehung und die Absichten der azanischen Bewegung des schwarzen Bewußtseins. Biko hat unter dem Pseudonym Frank Talk unter den Bedingungen der südafrikanischen Zensur regelmäßig Artikel veröffentlicht, in denen er die Absichten der Weißen angriff und die Forderungen und das Programm der Schwarzen erläuterte. Ausführlich erläutert Biko, daß die Schwarzen sich selbst von der weißen Herrschaft in jeder Hinsicht befreien müssen. Biko wurde 1977 von der südafrikanischen Polizei ermordet. Dem Buch vorangestellt ist ein Geleitwort des evangelischen BRD-Bischofs Scharf, der bemüht ist, Biko zu einem Märtyrer zu stilisieren und den Befreiungskampf der schwarzen Arbeiter und Bauern in Südafrika auf den "friedlichen Wandel" festzulegen. (Ich schreibe, was mir paßt, Steve Biko; hrsg. von M. Schulz-Rubach, H. Orbon; Oberbaum-Verlag Nr. 1017, 16,80 DM – uld)

FREIHEITSGEDICHTE
AUS SÜDAFRIKA

Gedichte sind in Südafrika ein wichtiges Mittel im Befreiungskampf. 1979 hat die Regierung in Pretoria daher 97 Zensurbestimmungen dagegen erlassen. Der ANC hat eine Auswahl von Gedichten von Frauen – hauptsächlich Lehrerinnen und Studentinnen – zusammengestellt, die bisher auf Flugblättern, in illegalen Zeitungen und Rundfunksendungen, auf Kundgebungen und Demonstrationen ver-

breitet wurden. In den Gedichten wird an die gefallenen und gefangenen Helden des Befreiungskampfes erinnert. Die Sprache ist hart bei dem Versuch, die Brutalität der Unterdrückung in Worte zu fassen. Haß und Rache schwören die Mütter für die grausam ermordeten und verhungerten Kinder. Fast zu heroisch klingt manches Gedicht, wo die Kinder nur geboren werden, um im Kampf zu sterben. "Die Tage des Faschismus sind ge-



Propagandafoto für "multirassische Entwicklung"

zählt" heißt der letzte Abschnitt. Sono Molefe ruft mit ihrem Gedicht "Wir fordern Gerechtigkeit" die südafrikanischen Arbeiter auf, mit dem Rassistenregime abzurechnen: "... / Für jeden Tropfen Schweiß, für jeden Blutstropfen, / den sie aus uns herausgepreßt haben, / herausgepreßt um des nackten Profites willen, / für jeden geschundenen Rücken verlangen wir / Genugtuung. Für jeden Goldbarren, / den wir für sie aus der Erde geholt haben, / ... für alles, was sie / uns geraubt haben, fordern wir: Entschädigung. / ... / um ihrer Profite willen müssen unsere / Kinder an Unterernährung sterben. / ... schwarze Haut ist für sie billiger / als weiße, und schwarzes Blut / leichter zu vergießen als weißes. / ... / (Hrsg. ANC, Malibongwe, Freiheitsgedichte südafrikanischer Frauen nach Soweto, Weltkreis Verlag Dortmund, 1980 – sul)

DEUTSCHER
KOLONIALISMUS

"Weiß auf Schwarz – 100 Jahre Einmischung in Afrika" – unter diesem Titel ist kürzlich ein Bild-Lesebuch mit vielen Dokumenten über den deutschen Kolonialismus und den afrikanischen Widerstand erschienen. Verdienstvoll ist die materialreiche Dokumentation der Etappen deutscher Kolonialpolitik, die mit der Tätigkeit von Forschern, Missionaren, Händlern und Handelshäusern begann, die den Boden vorbereiteten für die koloniale Expansion des deutschen Imperialismus. Dokumentiert ist auch die Kolonialdebatte, die nach der Reichsgründung 1871 einsetzte, die Etablierung der deutschen Kolonien in Afrika im Zusammenhang der Berliner Kongo-Konferenz und die Ausbeutung der Kolonien durch die reichsdeutschen Monopole und Handelshäuser. Als Beispiel des Widerstands der afrikanischen Völker gegen den deutschen Kolonialismus wird der Kampf der Völker Namibias dargestellt und gezeigt, mit welcher Brutalität die deutsche Kolonialmacht den Widerstandskampf unterdrückte – ein Bruch mit dem vorherrschenden Bild von der väterlich milden deutschen Kolonialmacht. Merkwürdig enthalten ist das Lesebuch über die Kolonialpolitik des deutschen Faschismus und vor allem die Afrika-Politik des BRD-Imperialismus. Der Leser gewinnt den Eindruck, daß deutsche Kolonialpolitik Geschichte ist. Hinz / Patemann / Meier, Hrsg.: Weiß auf Schwarz, Elefanten Press, West-Berlin 1984 – (wom)

WELCHE
GERECHTIGKEIT?

In dem von rororo als "Thriller" herausgegebenen Buch "... um der Gerechtigkeit willen" schildert der in Südafrika lebende Schriftsteller Wessel Ebersohn den langsamen Foltertod eines schwarzen Befreiungskämpfers. In Südafrika selbst wurde das Buch auf den Index gesetzt. Ähnlich wie bei seinen anderen auf deutsch erschienenen Büchern ("Hängt ihn auf, er ist doch schwarz" und "Haß kennt

keine Farbe", beide rororo) beeindruckt, wie der Autor den Verwesungsgestank des zum Untergang verurteilten, hochgerüsteten, aber maroden Siedlerregimes vermittelt. Doch versucht er, all die Gemeinheit, Dummheit, Feigheit und Brutalität aus der Psyche der Unterdrückten zu erklären, und seine kritische Darstellung des Elends und der Leiden der Unterdrückten rührt an eines nicht: daran, daß die Schwarzen arm, weil die weißen Siedler reich sind, daß deren Reichtum auf dem Landraub und auf der Ausbeutung der azanischen Massen beruht. So ist der Leser mit dem Versuch eines liberalen, anti-apartheid-gesinnten Weißen konfrontiert, die Barbarei des Regimes zu bewältigen, ohne seine Grundlagen wirklich anzutasten. Unangenehm berührt dabei, daß er, um seine liberale Kritik am Regime zu entwickeln, sich der Gestalt eines schwarzen Befreiungskämpfers bedient. – (scc)

SICHERHEITS-
POLITIK SÜDAFRIKAS

In dem Buch "wird nicht die Absicht verfolgt, ein Urteil über die getrennte Entwicklung (Apartheid, d. Verf.) abzugeben". Es wird beschrieben, wie die Regierung gezwungen ist, ihre "Festung Südafrika" mit immer moderneren Waffen zu halten, und wie Südafrika nach UNO-Beschlüssen für Waffenboykott die eigene Waffenproduktion ankurbelte und gleichzeitig moderne Waffensysteme kaufte. Die Rolle der westlichen Imperialisten wird dabei heruntergespielt: "Da die westlichen Regierungen unter wachsenden Druck der schwarzafrikanischen Staaten und einheimischer Gruppen geraten sind, die sich der Bewaffnung Südafrikas widersetzen ..., ist der Erwerb von Waffen – schweren Waffen insbesondere – schwieriger und teurer geworden." Aber es wird auch beschrieben, wie z.B. Israel die von Südafrika gewünschten Waffen liefert.

Die Beurteilung der Politik von RGW-Staaten im südlichen Afrika: "Kein sowjetischer Kampfverband hat bis jetzt direkt in die Guerillakriege eingegriffen."

fen; tatsächlich ist auch die unmittelbare Rolle Kubas defensiver Art gewesen." "Solange Angola ernsthaft ... durch die Aussicht auf eine südafrikanische Intervention bedroht wird, wird es die kubanischen und ost-deutschen Streitkräfte im Lande behalten wollen."

Zur Zukunft Südafrikas: Es würde in die Klemme kommen, "wenn ein Angriff von außen, mit einem massiven inneren Aufstand koordiniert wäre". (Hrsg. Intern. Institut für Strategische Studien, London, Vlg. Bernhard & Graefe, 1981, 128 Seiten – obj)

"DIE WEISSEN HERREN"

Unter diesem Titel erschien 1979 ein Buch über "300 Jahre Krieg und Gewalt in Südafrika" (Untertitel). Es beginnt mit der Kolonialisierung der Südspitze Afrikas durch Holland, beschreibt die Ausrottung und Versklavung der schwarzen Bevölkerung durch die Buren und endet mit der Darstellung der zahlreichen Sondergesetze und des Terror, mit denen das azani-

Schwarzen propagiert. Positiv erwähnt der Autor in diesem Zusammenhang die USA. Das azanische Volk wird sich für eine solche "Befreiung" bedanken. (Heinrich Jaenecke, Die weißen Herren, Goldmann-Sachbuch Nr. 11230, 9,80 DM – bab)

ARBEITER – NUR GEGEN APARTHEID?

Unter dem Titel "Arbeiter gegen Apartheid, Die neue Gewerkschaftsbewegung in Südafrika" veröffentlichte die Informationsstelle Südliches Afrika die Übersetzung einer 1981 vom Welt-rat der evangelischen Kirche herausgegebenen Arbeit von Ken Luckardt und Brenda Wall mit einer aktualisierten Darstellung von Sigrid Thomsen. Die Darstellung der Geschichte der Bewegung und zahlreicher Kämpfe ist materialreich und spannend. Problematisch dagegen ist die im Titel aufgestellte These, die sich besonders bei der Beschreibung der komplizierten Organisationsgeschichte afrikanischer Gewerkschaften bemerkbar macht.



1. Kongreß des SWAPO-Frauenrats im Januar 1980 in Angola

sche Volk bis heute unterdrückt und verfolgt wird. Die Schlußfolgerung, die der Leser daraus ziehen soll: ein "irrsinniges", anachronistisches, "in der Welt völlig isoliertes System". Damit das klappt, verschweigt der Autor die massive politische, wirtschaftliche und militärische Unterstützung des südafrikanischen Rassenregimes durch die BRD und die anderen westlichen Imperialisten. Als "Lösung" wird Integration und Kooperation mit den

Die Verfasser sind für gemischt-rassige Gewerkschaften, daher eine leise Polemik gegen die Gewerkschafter und Politiker, die sie dem PAC zurechnen. Der Kampf südafrikanischer Arbeiter richtet sich aber gegen mehr als gegen Apartheid: gegen die Ausbeutung und koloniale Unterdrückung durch die "weißen" Konzerne und deren Hilfstruppen, die Siedler. "Arbeiter gegen Apartheid", Verlag ISSA e.V., Bonn 1984, 19,50 DM – (hef)

Deutsche Kolonien

A.E. JOHANN BEWÄLTIGT DIE GESCHICHTE VON "SÜDWEST"

"Mir kam es nicht darauf an, die Problematik vom Farbigen her, in Afrika vom Neger her zu sehen ... Mir lag daran, den klassischen Fall eines Typus von Europäern darzustellen, den die Engländer abschätzig 'colonials', nennen, die 'Kolonialen', Leute, die in den Kolonien geboren sind oder so früh dorthin verpflanzt wurden, daß sie ihre europäischen Mutterländer gar nicht mehr kannten, die stattdessen die Kolonie selbst für ihre wahre Heimat ansahen." Soweit A.E. Johann zu dem mit seinem Buch "Südwest" verfolgten Zweck.

Daß ihm auch nichts daran gelegen haben kann, gut zu schreiben, ist bei weitem nicht das Schlimmste an dem Buch. Der Leser muß sich gefaßt machen auf mystisch-organische Zumutungen. "Wilhelm Korthinrichs schied in Frieden von der Heimat seines Geschlechts, auch mit einem Gefühl des Sieges im Herzen. Tief in seinem Innern vernahm er eine leise Stimme, die ihm zuraunte, daß er den Ort, an dem er aufgewachsen war, nicht wiedersehen würde." Wozu auch wiedersehen, er soll ja eine neue "Heimat" erschließen, wo er etwas Größeres darstellt als den jüngsten Sohn einer niedersächsischen Bauernfamilie, der den Hof nicht erben kann. Daher das "Geschlecht". Er ist friedlich und siegt. Als Schutztruppenreiter im Land der Herero und Ovambo befriedet er alles nieder, was sich dem Hunger des kaiserdeutschen Imperialismus nach afrikanischen Kolonien in den Weg stellt. Nach dem besonders großen Sieg über die Herero, den das Deutsche Reich durch Völkermord errang, führt Korthinrichs Geschlecht, hauptsächlich in Form seiner Tochter Martha, die vom Vater den Herero durch Betrug abgehandelte Farm weiter. Recht war den Hererogeschichten, denn sie hatten "mit dem landesweiten, erbarmungslosen Überfall auf die ungeschützten Farmen und Siedlungen der Deutschen begonnen". Johann behauptet, sie hätten den Krieg der Stämme weitergeführt, den sie seit Jahrhunderten gewohnt waren. Ein Recht auf das Land haben sie sowieso nicht. Nicht nur war es – die stereotype Behauptung auch anderer Kolonialideologen – ziemlich leer, sondern sie waren selber bloß Eroberer und Unterdrücker: "Auch die Herero waren ungebeten von Norden ins Land gedrungen, hatten den Vorbewohnern, den primitiven Damara, Land und Weiderecht abgestritten und hatten sie zu Sklaven gemacht."

Die Aufgabe der weißen Europäer wäre nach Johann gewesen, die "Stammeskriege" zu überwinden. Das ist seine Darstellung der imperialistischen Konkurrenz verschiedener europäischer Nationen untereinander. Ganz so stellt er auch die Gründe für den ersten und zweiten Weltkrieg hin, für die das imperialistische Deutschland verantwortlich war. Hätten sich die weißen Europäer zu einer einigen Herrscherklasse entwickelt, so hätten die Kolonien gehalten werden können. So aber haben die Europäer selber den schwarzen Stämmen Afrikas vor Augen geführt, daß ihre Moral nicht mit ihrer Wirtschaftsweise Schritt hielt und nicht überlegen war. Durch diese Schwäche haben sie die Schwarzen überhaupt erst auf die Idee gebracht, Befreiungskämpfe zu führen. Mit dieser Begründung für den Untergang des deutschen Kolonialismus wäscht Johann diesen zugleich von aller anderen Schuld rein. Nicht die Kolonialwirtschaft hat dazu beigetragen. Sie war eindeutig besser. "Die stolzen Herero hielten es für unter ihrer Würde, körperlich schwer zu arbeiten." Daß die Anlage der Farmen, die Bewässerung, die Viehzucht, selbst die Hausarbeit auf der Ausbeutung der schwarzen, von ihrem Land getrennten Arbeitskraft beruhte, kommt nicht in Betracht.

Für die Taten der Regierung im Mutterland sind die "Südwesten" erst recht nicht verantwortlich zu machen. Legt doch Martha noch nicht ein mal Wert auf ihre deut-

sche Herkunft. Sie macht im Krieg gute Geschäfte, und mit der Niederlage des Deutschen Reiches heiratet sie einen Schotten und erwirbt die britische Staatsangehörigkeit, um ihren Besitz zu sichern. Zu Johanns Bedauern sind diese beiden unter den Weißen in der Minderheit. Deshalb gehen die Kolonien verloren.

Marthas Enkel, schon auf der Flucht im Flugzeug, zieht das Fazit: "Afrika wollte offenbar wieder werden, was es bis vor etwa hundert Jahren tausend Jahre lang und mehr gewesen war, ein Kontinent ewig blutig hin und widerwogender Stammesfehden, grausamer, aberwitziger Despoten... Hundert Jahre reichten nicht aus, Zustände herzuzaubern, die sich mit denen des Abendlandes vergleichen ließen." Die Würdigung des hundertsten Jahrestages der Gründung von "Deutsch-Südwest" durch die Feststellung, daß die Deutschen nicht lange genug da waren, legt nahe, daß eine tausendjährige Herrschaft wohl das Richtige gewesen wäre.

A.E. Johann, Südwest. Ein afrikanischer Traum. Herbig Verlag, München, Berlin 1984, 38,00 DM – (anl)

Asylrecht (Teil II)

RECHTSPRECHUNG: REAKTIONÄRER DRECK, JURISTISCH VERPACKT

Gemäß Art. 16 II S. 2 Grundgesetz genießen politisch Verfolgte Asylrecht in der BRD. Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ist der Begriff des "politisch Verfolgten" weit auszulegen. Er soll jeden einschließen, der aus politischen Gründen Verfolgungsmaßnahmen mit Gefahr für Leib und Leben oder Beschränkungen seiner persönlichen Freiheit in seinem Herkunftsland zu erwarten hätte, wobei zur persönlichen Freiheit auch die Rechte auf freie Religionsausübung sowie auf freie berufliche und wirtschaftliche Betätigung gerechnet werden, soweit Beeinträchtigungen dieser Rechte ihrer Schwere und Intensität nach die "Menschenwürde" verletzen und über das hinausgehen, was die Bewohner des Heimatstaats dort allgemein hinzunehmen haben (BVerfGE 54, 357).

Mit dieser Definition ist allerdings nicht geklärt, was denn nun eigentlich "politische Verfolgung" ist. Die Verwaltungsgerichtshöfe Kassel und Mannheim kommen zu der Auffassung, entscheidend für den politischen Charakter staatlicher Verfolgung sei die von dem betreffenden Staat zugrundegelegte "Motivation" (VGH Kassel, Informationsbrief Ausländerrecht 82, 253; VGH Mannheim InfAuslR 82, 255). Diesen Entscheidungen lagen jeweils Fälle aus der Türkei zugrunde, in denen politisch aktive Türken und Kurden einer Strafverfolgung wegen "separatistischer Betätigung" ausgesetzt waren. Das Bundesverwaltungsgericht beschäftigte sich mit dem Vorwurf, Länder wie die Türkei versteckten ihre politischen Absichten hinter Strafrechtsnormen, wie folgt:

"Bei der Beurteilung der Frage, ob einer strafrechtlichen Regelung, der eine gezielte Diskriminierung nicht ohne weiteres anzusehen ist, eine politische Tendenz innewohnt, sind wichtige Gradmesser der Charakter einer Staatsform, die Radikalität, mit welcher der Staat seine Ziele verfolgt, und das Maß an Unterwerfung, das er dabei von seinen Bürgern verlangt und ihnen gegenüber durchsetzt. Politischen Charakter hat die Strafverfolgung dann, wenn sie eingesetzt wird, um politisch Andersdenkende zu disziplinieren und einzuschüchtern oder um Minderheiten zwangsweise zu assimilieren" (BVerwG 31.8.81).

Wer mit dieser Aussage des Urteils gemeint ist, wird an anderer Stelle deutlicher: "Insbesondere die Praxis totalitärer Staaten zeigt, daß es der Gesetzgebung unschwer möglich ist, politisch mißliebige Personen zu Verbrechern im Sinne des Strafrechts zu stempeln."

"Totalitär" – das steht für die Länder des RGW, die VR China u.a. Diese Länder achteten, so die ständige Recht-

sprechung, weder Menschenrechte noch Menschenwürde. Das VG Minden begründet dies derart, daß "nach einem Interview des außenpolitischen Experten (der UdSSR) Arbatow auch in Zukunft kein Wandel in der Menschenrechtsfrage zu erwarten und nicht mit einem Entgegenkommen an westliche Vorstellungen zu rechnen ist" (VG Minden, 30.6.83).

Die "westlichen Vorstellungen" werden hier zum Maßstab erklärt, die staatliche Motive zu legitimieren oder zu verdammen mögen. Tatsächlich wird nach dieser Rechtsprechung nahezu jeder als asylberechtigt anerkannt, der dem Hauptfeind freiheitlicher Demokratie, den Ländern des RGW, entrinnen konnte. Ganz anders sieht dies etwa in Bezug auf die Türkei aus. Zwar sei in den meisten Fällen davon auszugehen, daß der Asylsuchende sich in der Türkei politisch betätigt habe, u.U. auch eine politische Straftat begangen habe; jedoch sei nicht notwendig die Reaktion des Staates auf politische Aktivitäten seiner Gegner selbst als politisch zu werten:

"Es gehört zu den legitimen staatlichen Selbsterhaltungsinteressen, bestimmte besonders schützenswerte Rechtsgüter vor Verletzung zu sichern. Das Strafrecht stellt in dieser Hinsicht ein Mittel dar, das dazu dient, die Allgemeinheit vor Übergriffen zu schützen und die öffentliche Sicherheit und Ordnung aufrechtzuerhalten" (VGH Mannheim). In diesem Zusammenhang sei nicht einmal systematische Folter, wie sie in Bezug auf die Türkei von den Gerichten nicht einmal mehr geleugnet werden kann, politische Verfolgung, da sie zwar die Menschenwürde verletze, aber in der Türkei ein "allgemeines kriminalpolitisches Phänomen" sei, von dem nicht nur politische Aktivisten betroffen seien. Daher gehe die Folter gegen politische Aktivisten nicht über das der Bevölkerung allgemein zugemutete Maß hinaus. Belegt wird dies mit einem Zitat des Faschistengenerals Evren: "In diesem Land wird schon immer gefoltert" (VGH Mannheim). Als entscheidender Punkt wird in den Urteilen zur Türkei hervorgehoben, daß die strafrechtliche Verfolgung separatistischer Bestrebungen "klassisches Staatsschutzrecht (darstellt), das Allgemeinrecht nahezu sämtlicher Staaten ist... Die Verfassung gehört ebenfalls zu den Rechtsgütern, die herkömmlicherweise auch in Staaten mit rechtsstaatlicher Ordnung strafrechtlichen Schutz genießen" (VGH Kassel).

Zwei Gesichtspunkte stehen wie gezeigt im Vordergrund der Asylrechtsprechung:

a) die vom BVerfG als Maßstab gesetzte "Unverletzlichkeit der Menschenwürde";

b) die in den Urteilen zum Ausdruck kommende Staatstheorie.

a) Die "Menschenwürde". Sie wird vom Großkommentar zum Grundgesetz, Maunz-Dürig-Herzog-Scholz, wie folgt definiert: "Der Mensch ist Mensch kraft seines Geistes, der ihn abhebt von der unpersönlichen Natur und ihn aus eigener Entscheidung dazu befähigt, seiner selbst bewußt zu



Asylbewerber in Westberlin

werden, sich selbst zu bestimmen und sich und die Umwelt zu gestalten" (Art. 1 Rn 17). Die Privilegien der Unantastbarkeit genießen demnach die geistigen Tätigkeiten des Menschen, das Denken, Entscheiden, Bewußtsein und Selbstbewußtsein. "Jeder Mensch hat Anspruch darauf, als Rechtssubjekt respektiert zu werden, denn dieser Anspruch macht den Kern der Menschenwürde aus" (Handbuch d. Verfassungsrechts). Gleichzeitig ist damit auch gesagt, worin die Würde des Menschen nicht besteht, nämlich in seiner physischen Existenz, die nicht Sache seines Selbstbewußtsein ist, sondern seines materiellen Seins. Folglich hat der Mensch auch keine Ansprüche an die Gesellschaft und den Staat, was seine Existenzsicherung angeht, sondern die materiellen Lebensverhältnisse sind seine Privatangelegenheit, die er je nach Fleiß und Strebsamkeit positiv oder negativ gestaltet.

Diese Bestimmung der "Menschenwürde" ist aber nichts anderes als Ausdruck bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaftsverhältnisse, denn in der bürgerlichen Gesellschaft tritt jedes Mitglied derselben auf als Besitzer von Waren und tritt durch Veräußerung dieser und Ankauf fremder Ware in Beziehung zu den übrigen Mitgliedern der Gesellschaft. Die Freiheit, ohne Beschränkungen und Fesseln sich auf den Warenmarkt begeben zu können und dadurch "sich und die Umwelt zu gestalten", macht seine Stellung als Rechtssubjekt aus. Was hat dies mit dem Asylrecht zu tun? Wird die eben ausgeführte Bestimmung der "Menschenwürde" zugrundegelegt, so verstößt zwangsläufig jedes System, das die Freiheit des "bewußten und selbstbewußten Individuums" einschränkt, gegen diesen angeblich "jedem" innewohnenden Wert. Ein System, das das Privateigentum an Produktionsmitteln abgeschafft hat, kann aber gar nicht anders, als gegen dieses heilige Gesetz bürgerlicher Verfassungstheorie zu verstoßen, denn die "freie Gestaltung der Umwelt" beinhaltet gerade die private, individuelle Entscheidung und Verfügung über die außerhalb des Bewußtseins liegenden, objektiv existierenden Dinge. Wird ein Mensch daran gehindert, als Privater über Produktionsmittel zu verfügen, so ist seine Entscheidungsfreiheit zerstört. Somit kann das BVerwG die für ein Asylgesuch erforderliche politische Verfolgung als in den Ländern des RGW systemimmanent feststellen, ohne daß es einer weiteren Prüfung des Einzelfalls bedürfte, da die Menschenwürde allein durch die Existenz des politischen Systems dieser Länder außer Kraft gesetzt ist. Gerade anders herum verhält es sich mit der Türkei. Die Freiheit, sich und die Umwelt durch private Verfügung über die Dinge der objektiven Außenwelt zu gestalten, ist durch den kapitalistischen Warenmarkt hergestellt. Allenfalls ein Rückgriff auf bestimmte Erscheinungen des Systems, etwa die Folter, kann einen Verstoß gegen die Menschenwürde begründen, wird doch durch die Folter als Anwendung unmittelbaren Zwangs unzulässig Einfluß genommen auf die freie Willensbetätigung des Einzelnen. Wie die Gerichte die Frage der Folter behandeln, haben wir oben gesehen. Festzuhalten ist: Die Berufung auf die "Menschenwürde" in der Kritik der Asylrechtsprechung kann zwar wegen der Dehnbarkeit des Begriffs geeignet sein, die Gerichte etwas ins Schwitzen zu bringen, für eine über den bürgerlich-liberalen Standpunkt hinausgehende Kritik ist die Berufung auf die "Menschenwürde" jedoch ein gänzlich untaugliches Mittel. Tatsächlich ist die Rechtsprechung des BVerwG und anderer Gerichte nur die konsequente Umsetzung des tatsächlichen Inhalts der "Menschenwürde".

Die zweite wesentliche Stütze der Asylrechtsprechung ist die Staatstheorie. Wie gezeigt, wird von "legitimen staatlichen Interessen" und "staatlichen Motivationen" gesprochen. Diesen Urteilen liegt eine Staatstheorie zugrunde, die auf dem Rechtspositivismus fußt, der die Existenz des Staates als solche zu dessen eigener Legitimation erklärt. Die Notwendigkeit des Staates wird in dessen Funktion als wertsetzende und -durchsetzende, (angeblich) über der Gesamtheit der Einzel- und Gruppeninteressen stehenden Gesellschaft stehende Macht gesehen; einer



In den Tod getrieben: Cemal Kemal Altun

Funktion, die der Selbstzerfleischung der Gesellschaft ein Ende machen soll. Stärkster Ausdruck dieser staatlichen Funktion ist die Freund-Feind-Scheidung, eine von Carl Schmitt 1929 formulierte Lehre, die die Bekämpfung des "öffentlichen Feindes" zur Wesensaufgabe des Staates bestimmt. Dieser Feind "ist eine wenigstens eventuell, d.h. der realen Möglichkeit nach, um ihre Existenz kämpfende Gesamtheit von Menschen, die einer eben solchen Gesamtheit gegenübersteht. Feind ist also der öffentliche Feind ... Der Staat sucht daher alle politischen Entscheidungen bei sich zu konzentrieren und dadurch die innerstaatliche Befriedung herbeizuführen." Diese Lehre dient der verfassungsrechtlichen Legitimierung der Bekämpfung des Klassenkampfes, denn die "um ihre Existenz kämpfende Gesamtheit von Menschen" sind die ausgebeuteten und unterdrückten Klassen. Die "innerstaatliche Befriedung" ist der Hebel zur Aufrechterhaltung der Macht der Bourgeoisie. Diese Auffassung wurde mit dem Grundgesetz der BRD weiterentwickelt zum System der "wehrhaften Demokratie", mittels dessen alles und jedes verfolgt werden kann, was der auf dem Privateigentum und der mittels Menschenwürde verankerten Freiheit des Individuums aufgebauten Gesellschaftsordnung widerspricht. Von nichts anderem gehen die Verwaltungsgerichtshöfe aus, wenn sie bezüglich der Türkei dem Staat ein "legitimes", strafrechtlich umgesetztes Interesse an der Erhaltung der staatlichen Ordnung zusprechen. Daher könne die Bekämpfung von "Separatismus" gar keine politische Verfolgung sein, da der Staat zum Zwecke seiner Selbsterhaltung und zur Bewahrung der Gesellschaft vor der "Selbstzerfleischung" handle.

Eine taugliche Kritik der Asylrechtstheorie und -praxis kann sich nur gegen die verfassungsmäßige Ordnung der BRD selbst richten, denn diese ist es, die eine Sonderbehandlung von Ausländern durch die grundgesetzliche Trennung von (deutschen) Staatsbürgern und Ausländern zwingend macht. Verschwinden sämtliche Sondergesetze und -bestimmungen gegen Ausländer, so wird es keiner Debatten um das Asylrecht mehr bedürfen, da ein solches dann überflüssig ist, wenn jeder Mensch, gleich woher er kommt und warum er gekommen ist, ein unbeschränktes Aufenthaltsrecht erhält.

Quellenhinweise: Benda, Mayhofer, H.J. Vogel (Hrsg.): Handbuch des Verfassungsrechts; Huber, Berthold: Ausländer- und Asylrecht, NJW- Schriftenreihe Bd. 41; Mak/chf: Die Freiheit der fdGo, in: Materialien zum Staatsseminar der Arbeitsgemeinschaft für revolutionäre Hochschulpolitik im Mai 84; Mak: Zur Kritik der Asylrechtstheorie und -praxis in der BRD (Referat); Marx, Reinhardt: Asylrecht, Bd. 1 Rechtsprechungssammlung, Bd. 2 Gesetzessammlung, 4. Aufl. 84; Maunz-Dürig-Herzog-Scholz: Kommentar zum Grundgesetz; Schmitt, Carl: Der Begriff des Politischen, 3. Aufl. 1934. — (Mak)

BRD-Ostpolitik

KOHL'S REGIERUNG SETZT NEUE ZIELPUNKTE: "VOLKSGRUPPENRECHTE" UND "WEG VON JALTA"

Die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien entwickeln ihre revanchistische Kampagne gegen die Staaten des Warschauer Paktes zügig weiter. Am 9. November wies die Regierung fünf rumänische Diplomaten aus, angeblich wegen "Straftaten". Tatsächlich war das eine Reaktion auf die rumänische Weigerung, den revanchistischen Forderungen der BRD nach Sonderrechten für "Deutsche" in Rumänien nachzugeben. Der rumänische Staats- und Parteichef Ceausescu hatte wegen solcher Forderungen im Oktober zum Abschluß seines Besuchs in Bonn kein gemeinsames Kommuniqué unterzeichnet. Die Ausweisung der rumänischen Diplomaten ist eine Drohung an die rumänische Regierung, daß die Bundesregierung ihre Forderung nach Sonderrechten für "Deutsche" bitter ernst meint.

Am 10./11.11. trat in Bonn in der CDU-Zentrale der "Rat der Ostdeutschen Landsmannschaften und Landesvertretungen" unter Vorsitz des CDU-MdB Hupka zusammen. 1964 gebildet, behauptet dieser Rat, er bestehe aus den "gewählten Vertretern von Ostpreußen, Westpreußen, Pommern, Berlin-Mark Brandenburg, Schlesien und Oberschlesien". Die 800 Vertreter treten frech als Exilparlament für die DDR, große Teile Polens und Teile der UdSSR auf— ein unverblümter Eroberungsanspruch der BRD! Kohl, Strauß und Windelen ermunterten diese Revanchisten zur Fortsetzung ihrer Arbeit.

Mit der Absage seiner Reise nach Polen hat nun Genscher eine der bis-

lang unverschämtesten Provokationen begangen. Mit der Forderung, Genscher müsse am Grabmal Popieluszkos auftreten dürfen und man wünsche auch offen revanchistische Journalisten mitzunehmen, bestreitet die Bundesregierung der polnischen Regierung grundlegende Rechte eines souveränen Staates. Vor allem aber hat sie die Stirn, Wehrmachtsgräber in Polen ehren zu wollen, wo über fünf Millionen Polen von den faschistischen Truppen umgebracht wurden!

BRD strebt Änderung des "Status quo" an

Die BRD drängt unübersehbar auf eine Änderung des "Status quo" in Mittel-



Der "innerdeutsche Minister" Windelen bei den "Deutschen" in Dänemark (Okt. 84)

und Osteuropa. Die SPD/FDP-Regierung hatte der wirtschaftlichen Expansion des BRD-Kapitals nach Osten den Weg geöffnet. Sie konnte dem westdeutschen Kapital neue Märkte in Osteuropa erschließen und die Staaten Osteuropas in die Abhängigkeit als Schuldner der BRD bringen. In der Kontinuität aller westdeutschen Regierungen nach 1945 stand diese Politik insofern, als sie von den grundsätzlichen Zielen der BRD— Liquidierung der DDR, Rückeroberung großer Teile Polens und von Teilen der UdSSR und "Neuordnung Europas" im großdeutschen Interesse— niemals abwich. Bestandteil dieser Politik war aber auch die— zumindest zeitweise— Hinnahme des "Status quo" in Europa mit der Formel von der "Respektierung der bestehenden Grenzen", wenn auch nur "für die BRD" und damit "vorläufig".

Nun soll mit dieser Hinnahme des "Status quo" Schluß sein. Die BRD-Imperialisten halten sich durch die Stationierung der Mittelstreckenraketen für so gestärkt, daß sie nun frech die Souveränität der Staaten Osteuropas angreifen und die "Überwindung der Ordnung von Jalta" proklamieren.

Zwei Elemente kennzeichnen diese neue Ostpolitik und unterscheiden sie von der bislang verfolgten: die Forderung nach "Volksgruppenrechten" für alle "Deutschen" und der Angriff auf den österreichischen Staatsvertrag.

"Volksgruppenrechte" für alle "Deutschen"

Schon am 6.7.1982 hatten die Unionsparteien in einer großen Anfrage "Zur

DIE "DEUTSCHE FRAGE" IM SCHULBUCH

Das Kultusministerium Baden-Württemberg hat im Zuge der Lehrplanrevision die "Deutsche Frage" zu einer eigenständigen Unterrichtseinheit des Faches Gemeinschaftskunde an den Berufsschulen gemacht und das Gebot des Bundesverfassungsgerichts an die Staatsorgane der BRD zum Erziehungsziel erhoben: "Der Schüler soll die Bereitschaft erwerben, den Wiedervereinigungsanspruch im Innern wachzuhalten sowie nach außen beharrlich zu vertreten..." Die neuen Schulbücher wurden um die Schwerpunkte Ostgebiete, Vertreibung, 17. Juni, geschichtliche Tradition, Wiedervereinigungsanspruch des Grundgesetzes und BVG-Urteils ergänzt und sind inzwischen fast beliebig austauschbar. Hier einige Ausschnitte aus einem an

den Berufsschulen gängigen Lehrbuch:

"Die Ergebnisse dieser Konferenzen (Jalta, Potsdam, d.Verf.) waren verhängnisvoll: Deutschland erhielt keine eigene Regierung... Alle Gebiete östlich der Oder-Neisse-Linie kamen unter polnische und sowjetische Verwaltung... Die dort lebenden Menschen wurden vertrieben. Ungezählte Menschenleben (man schätzt 2 Mio.) fielen der Rache der Russen, Polen und Tschechen zum Opfer... Das Land, das die Vertriebenen zurückließen, umfaßt mehr als ein Drittel der landwirtschaftlichen Nutzfläche des früheren Deutschen Reiches..." (S. 191/192).

"Die Entstehung der DDR vollzog sich unter ausschließlicher Leitung und Kontrolle der SMAD (Sowjetische Militäradministration in Deutschland). Die Rechtmäßigkeit der DDR als Staat ist deshalb noch heute um-

stritten" (S. 194).

"Der 'Eiserne Vorhang' ist heute nicht nur Trennlinie zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR, sondern... zwischen zwei völlig verschiedenen gesellschaftlichen bzw. politischen Systemen. Fast tausend Jahre gemeinsame Geschichte stehen auf dem Spiel. So stellen sich für uns Deutsche heute viele Fragen: Was ist 'Deutschland'?... Wer ist Deutscher?... Was ist die deutsche Nation?... Antworten gibt uns das Grundgesetz und unsere gemeinsame Geschichte" (S. 195). Es folgt Art. 116 GG (Staatsangehörigkeit), eine Karte mit den Grenzen von 1937 sowie die als "herkömmliche Staatslehre" hochstilisierte Behauptung: "Die gemeinsame Vergangenheit und die gemeinsame Kultur bestimmen unseren Nationenbegriff" (S. 196). Quellenhinweis: Informieren — diskutieren, Verlag Stam, 1984

Lage der Deutschen in Ostdeutschland jenseits von Oder und Neiße sowie in Mittel- und Osteuropa" die damalige Bundesregierung aufgefordert, "den Schutz der Grundrechte deutscher Staatsangehöriger unter fremder Herrschaft" stärker zu verfechten. (1) Inzwischen erhebt die Bundesregierung diese Forderung gegenüber der VR Polen, der CSSR, Rumänien und Ungarn. Sie ist unvereinbar mit der Souveränität der osteuropäischen Staaten. Diese sollen zu neuen Verträgen mit der BRD gezwungen werden, in denen sie "deutsche Volksgruppenrechte" auf ihrem Territorium zugehen und damit auch den Anspruch der BRD anerkennen, für diese "deutschen Volksgruppen" zu sprechen und sie zu vertreten. Am Ende verfügt dann die BRD über Vorwände, um sich beständig "im Namen der Deutschen" in innere Angelegenheiten dieser Staaten einzumischen und vor allem: Um unter Verweis auf angebliche "Drangsalierung" von "Deutschen" eine beständige Hetze gegen die Staaten Osteuropas zu entwickeln.

Dies wäre allerdings eine "Überwindung von Jalta", zielten die damaligen Vereinbarungen der Anti-Hitler-Koalition doch gerade darauf, dem deutschen Imperialismus die Ostexpansion ein für alle Mal unmöglich zu machen.

Die Politik der Regierung Kohl steht so in der Tradition der faschistischen "Volksgruppenpolitik", die schon damals dazu diente, innerhalb der deutschsprachigen Siedler in Osteuropa faschistische Banden für den späteren Überfall zu bilden und sich vor diesem Überfall Möglichkeiten der Hetze und Einmischung in innere Angelegenheiten dieser Länder zu verschaffen.

Verbündete für die "Volksgruppenrechte"

Am 9. November beriet der Bundestag über einen Bericht zur "Lage der Rußlanddeutschen". Dieser Bericht wurde von der Parlamentarischen Versammlung des Europarats schon Ende 1983 verabschiedet. Auf Betreiben der Bundesregierung hatte der CSU-Abgeordnete Jäger ihn zusammenstellen lassen. In dieser Entschließung verurteilt der Europarat, "... daß die Rechte der deutschen Minderheit in der Sowjetunion in erheblichem Maße verletzt werden", und fordert "die Regierungen der Mitgliedsstaaten auf ..., die Regierung der Bundesrepublik Deutschland in ihren Bemühungen um eine Verbesserung der Lage der deutschen Minderheit in der UdSSR ... zu unterstützen". Die Bundesregierung hat also schon Verbündete für ihre aggressivere Politik gewonnen. Den CSU-Abgeordneten Jäger, bekannt als Betreiber der Wiedereinführung der Todesstrafe, ernannte sie für diesen Erfolg zum Leiter der BRD-Delegation bei der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen.

DIE DEUTSCHE JUGEND WIRD GEWECKT

Fünf von fünfzehn Thesen im Leitantrag des Bundesvorstandes der Jungen Union zum Deutschlandtag 1984 sind der Intensivierung des deutsch-deutschen Jugendaustausches gewidmet. Die "Wiedervereinigung der Menschen" wird zum ersten Ziel erklärt.

"Damit junge Menschen zum Hauptträger des Einheitsgedankens werden können", darf "öffentliche Förderung von Schulfahrten ... grundsätzlich erst erfolgen, nachdem Schulklassen nach Berlin oder in die DDR gefahren sind". Denn, "es kommt der Jungen Union vor allem darauf an, deutsch-deutsche Beziehungen auf gesellschaftlicher und zwischenmenschlicher Ebene zu finden, um die Nation fortleben zu lassen ... und dem Staatsziel der Überwindung der Teilung näherzukommen".

Hierbei hilft "das Bewußtsein von einer gemeinsamen 'Verantwortungsgemeinschaft'", die nicht nur für den Frieden und den Umweltschutz besteht, sondern "wenn die DDR die inneren Verhältnisse stabil halten will, ist sie in hohem Maße auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der Bundesregierung angewiesen".

Dieses Ganze errichtet der JU-Bundesvorstand auf dem Fundament der Feststellung, daß "das Interesse vor allem unserer Generation am anderen Teil Deutschlands wächst", was "die zunehmende Zahl von Reisen junger Deutscher aus der Bundesrepublik in die DDR" belegt, und die ist tatsächlich sprunghaft gestiegen.

Führen 1979 noch 33 westdeutsche

Schulklassen mit 834 Teilnehmern in die DDR, so reisten 1983 rund 630 Schulklassen mit rund 16500 Teilnehmern. Die meist einwöchigen Schulklassenfahrten halten dabei einen Anteil von ca. 75 Prozent am gesamten Jugendaustausch.

Der Anstieg von Schulklassenfahrten auf das annähernd Zwanzigfache ist das Ergebnis einer gezielten Politik. Nur die Steigerung der Zuschüsse aus dem Ministerium für innerdeutsche Beziehungen von 0,08 Mio. DM auf 1,15 Mio. DM spricht hier für sich. Viel deutlicher weisen aber die Aktivitäten des Chefs dieses Hauses, Heinrich Windelen, die Richtung. Schon eine Woche nach seinem Amtsantritt war dieser im April 1983 mit den Kultusministern der Länder zusammengetroffen, um den Kurs für "die Intensivierung der deutschen Frage im Schulunterricht" abzustecken.

Parallel hierzu organisierte sein Ministerium die Einwirkung auf die Lehrerschaft über die Landeszentralen für politische Bildung, Lehrerfortbildungsanstalten und Volkshochschulen. Arbeitstagen für Fachlehrer, Tagungen mit pädagogischen Fachverbänden, mit Schulbuchautoren und Verlagslektoren fanden statt. Forschungsprojekte und pädagogische Versuche wurden gefördert, die Schulbücher analysierten und Unterrichtsmodelle entwickelten, und schließlich förderte das Ministerium ganz gezielt Studienreisen von Schülerzeitungsredakteuren, um seine Kampagne in Bewegung zu bringen.

Quellenhinweis: Jahresbericht 1983 des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen, Beschlußvorlage zum JU-Deutschlandtag 1984, "Politik und Kultur" Nr. 3/84

Provokation mit "Rußlanddeutschen" im Mai 1985!

Derselbe Jäger erklärte am 9.11. im Bundestag: "Nach Auffassung der Antragsteller soll sich der Bundestag auch die Forderung des Europarats zu eigen machen, bei künftigen KSZE-Folgetreffen dem Schicksal der deutschen Volksgruppe in der UdSSR besondere Aufmerksamkeit zu schenken ... Das gilt in besonderer Weise für das Expertentreffen über Menschenrechte, das im Mai 1985 in Ottawa stattfinden soll." Genau aus Anlaß des 40. Jahrestages der Niederlage des Hitlerfaschismus will die Bundesregierung also die Sowjetunion wegen angeblicher "Unterdrückung" der "Rußlanddeutschen" angreifen! Keine der Bundestagsparteien trat dagegen auf. Im Gegenteil deutete der aus der CSSR stammende Abgeordnete Horacek von den GRÜNEN an, daß diese den Antrag unterstützen wollen:

"Wir wissen, daß die deutsche Minderheit in der Sowjetunion wie auch andere Minderheiten unterdrückt und diskriminiert wird."

Angriff auf den österreichischen Staatsvertrag

Die Aufhebung bzw. Außerkraftsetzung des österreichischen Staatsvertrags ist ein weiteres wesentliches Element der neuen, aggressiveren Ostpolitik dieser Regierung. Völlig zu recht hat darauf sogar der italienische Außenminister Andreotti mit scharfer Kritik reagiert. Der österreichische Staatsvertrag ist der einzige Friedensvertrag, der für Mitteleuropa nach dem zweiten Weltkrieg heute noch gilt und einem neuerlichen Ostfeldzug des BRD-Imperialismus Schranken in den Weg stellt. So verbietet der Staatsvertrag ausdrücklich alle faschistischen Kräfte. Jede Propaganda für den Anschluß Österreichs an die BRD bzw. für ein militärisches,

STELLUNGNAHMEN AUS DER OST-EUROPÄISCHEN PRESSE ZUM REVANCHISMUS

Mit großer Besorgnis registrieren die Regierungen der Staaten des Warschauer Paktes die Förderung expansionistischer Strömungen in den westlichen imperialistischen Staaten, insbesondere in der BRD. Wir dokumentieren im folgenden Auszüge aus Stellungnahmen und Artikeln, die in der Presse der CSSR, der DDR und der UdSSR veröffentlicht waren.

Auszug aus dem Bericht über die "Beratung von Sekretären der Zentralkomitees der Bruderparteien sozialistischer Länder" am 11./12. Juli 1984 in Prag:

"Auf der Beratung wurde betont, daß mit dem Anwachsen des Militarismus in imperialistischen Staaten ... die Entfaltung von Verleumdungskampagnen und die Versuche zunehmen, sich auf grobe Weise in ihre (der "sozialistischen Staaten", d. Red.) inneren Angelegenheiten einzumischen und verschiedenartige ökonomische Sanktionen anzuwenden ... Mit seiner Politik der Stärke in den internationalen Angelegenheiten ermuntert der Imperialismus immer unverhohlener den Chauvinismus und Rassismus, bietet er dem Revanchismus und Neofaschismus ein weites Betätigungsfeld ..." (1)

Aus einem Interview des "Neuen Deutschland", der "Berliner Zeitung" und des ADN mit Honecker vom 18. August 1984:

"Die DDR ist bestrebt, daß der durch die Raketenstationierung entstandene Schaden nicht ausgeweitet, sondern möglichst begrenzt wird ... In diesem Zusammenhang habe ich auf den Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD und insbesondere auf den Kerngedanken verwiesen, wonach sich beide Seiten verpflichten, die Unabhängigkeit und Selbständigkeit jedes der beiden Staaten in seinen inneren und äußeren Angelegenheiten zu respektieren ... Es ist geradezu eine Verpflichtung für uns, ... zu keiner Zeit zu übersehen, daß es in der BRD einflußreiche Kräfte gibt, denen eine positive Entwicklung in Richtung auf Stopp des Wettrennens, friedliche Zusammenarbeit und berechenbare internationale Beziehungen widerstrebt. Offenbar betrachten sie die weltpolitischen Spannungen als eine Art Aufwind, in dem sie segeln können, um die revanchistische Stimmungsmache wiederzubeleben. Davon zeugt das Gerede vom 'Fortbestehen des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937', von der angeblich offenen deutschen Frage, zeugen die völlig aussichtslosen Spekulationen, auf Kosten der Souveränität der DDR, der CSSR und

der UdSSR Vorteile für sich zu erreichen ... Die Ultras in der BRD blasen immer wieder in die verrostete Trompete des Revanchismus. Dieser ist bekanntlich der Bundesrepublik schon bei ihrer Gründung in die Wiege gelegt worden. Die Bildung der BRD war Ausdruck der grundlegenden Zielsetzung des Imperialismus, die Ergebnisse des Sieges der Sowjetunion über den Hitlerfaschismus im zweiten Weltkrieg sowie die Ergebnisse der Nachkriegsentwicklung zu revidieren. Das widerspiegelt sich im Grundgesetz, in der Verfassung der BRD, in weiteren Gesetzen sowie in den Briefen des Außenministers der BRD zur 'Deutschen Einheit' beim Abschluß der Verträge von Moskau, Warschau und Berlin." (2)

Aus einem Artikel in "Tschechoslowakisches Leben":

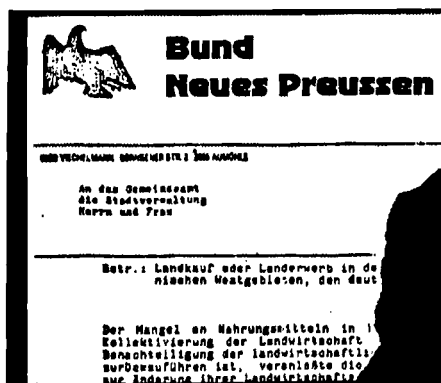
"Bemühungen um eine Revision der Ergebnisse des zweiten Weltkrieges, um die Änderung der bereits seit 39 Jahren bestehenden europäischen Realitäten, um die Durchsetzung von Gebietsansprüchen gegenüber den benachbarten sozialistischen Ländern, einschließlich der CSSR, provokatorische Verleumdungen und Fälschungen der Vergangenheit und Gegenwart der sozialistischen Länder – dies sind einige Äußerungsformen des heute in der Bundesrepublik real vorhandenen Revanchismus ... Die Revanchisten machen keinen Hehl daraus, daß sie die bilateralen Verträge mit den sozialistischen Ländern nicht anerkennen, die die bundesdeutsche Regierung Anfang der siebziger Jahre unterzeichnet hat. Im Vertrag über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der CSSR und BRD 1973 bekräftigte die BRD z.B. die Ungültigkeit des schmählichen Münchener Abkommens

von 1938 ... Ferner bekräftigte die BRD die Unverletzlichkeit ihrer Grenze zur Tschechoslowakei 'jetzt und in Zukunft' und verpflichtete sich, keine Gebietsansprüche zu erheben. Soweit der Wortlaut des Vertrages. Für die Realität ist allerdings das unermüdliche Bemühen der Revanchisten charakteristisch, sich in die inneren Angelegenheiten der CSSR einzumischen, den Völkern der CSSR Art und Weise ihrer politischen Ordnung vorzuschreiben und den tschechoslowakischen Staat zu zerschlagen, wie es vor dem zweiten Weltkrieg der Hitlerfaschismus tat. Die Revanchisten sind nicht bereit, die unwiderlegbaren Tatsachen über die Rolle eines beträchtlichen Teiles der deutschen Minderheit in der Tschechoslowakei in der Zwischenkriegszeit als der fünften Kolonne des Hitlerfaschismus anzuerkennen, und lehnen die Gründe ab, die die Alliierten zum Entschluß über die Aussiedlung eines Teiles der deutschen Bevölkerung bewogen. Sie bestreiten ihre eigene keineswegs geringe Mitschuld an der faschistischen Aggression von 1939 bis 1945, die mehr als 50 Millionen Menschenleben und unermessliche materielle Schäden kostete. Zum Haß gegen alles, was sich östlich der bundesdeutschen Grenze befindet, erziehen sie auch ihre Jugend." (3)

Aus einem Kommentar der "Prawda" vom 31.7.84:

"Als der berüchtigte 'Doppelbeschluß' der NATO gefaßt wurde, war immer wieder die Rede davon, daß die Stationierung amerikanischer Raketen die Sicherheit Westeuropas ... gewährleisten soll ..., doch jetzt reicht das nach Meinung von führenden Politikern und Militärs Westdeutschlands schon nicht mehr aus ... Die BRD hat mit Billigung ihrer Bündnispartner das Recht erhalten, schwere Offensivwaffen zu produzieren ... Es gilt zu beachten, welche bemerkenswerte Veränderung die Regierung Kohl/Genscher selbst bei der Auslegung der Grundlagen der Beziehungen zur DDR vorgenommen hat. In der Regierungserklärung im Mai 1983 nannte Kanzler Kohl bei der Aufzählung dieser Grundlagen unter anderem einseitige Dokumente der BRD, die natürlich für die DDR keinerlei Rechtskraft haben, z.B. die Beschlüsse des Bundesverfassungsgerichts von 1973 und 1975." (4)

(1) in: Informationsbulletin, Materialien und Dokumente kommunistischer und Arbeiterparteien, Nr. 9/84; (2) in: Zu einigen aktuellen Fragen der Innen- und Außenpolitik der DDR, Dokumente zur Politik der DDR Nr. 3/84; (3) Tschechoslowakisches Leben Nr. 10/84; (4) Nowosti Politik v. 31.7.84



Die sowjetische "Neue Zeit" schreibt: "Einer der von Polen 'schwarze Tauben' genannten Briefe aus der BRD, die die Revanchistenansprüche auf polnischen Boden zum Ausdruck bringen." Polen berichten, daß solche Briefe die Aufschrift "z. Zt. unter polnischer Besatzung" tragen.

politisches oder "nur" wirtschaftliches Bündnis beider Länder verstößt gegen diesen Staatsvertrag.

Die Liste der von der BRD in letzter Zeit provozierten Verstöße gegen diesen Staatsvertrag ist lang. Pfingsten 1983 versammelten sich die "Sudetendeutschen Landsmannschaften" in Wien. Das gemeinsame Vorgehen der BRD und Österreichs gegenüber Italien bei den LKW-Blockaden, als westdeutsche Politiker auftraten, als sei der Brennerpaß die "deutsch-italienische Grenze", steht für das Bemühen der Regierung Kohl, westdeutschen Staatsorganen das Auftreten auf österreichischem Territorium zu ermöglichen und dabei den Eindruck zu erwecken, als wäre das ganz selbstverständlich. Die "Lockerung der Grenzkontrollen" und die engere Zusammenarbeit der Polizeien beider Länder gehört ebenfalls zu diesen Bestrebungen. Kohls Einladung an Südtiroler Schützen zum "Ständchen" im Kanzleramt und die kurz darauf folgenden großdeutschen Provokationen auf einer Kundgebung von Südtirolern in Innsbruck sind weitere Hinweise darauf, daß die BRD diesen Staatsvertrag außer Kraft setzen will. Sie braucht dabei die Unterstützung der österreichischen Bourgeoisie, und anscheinend ist die österreichische Bourgeoisie dazu bereit. (2) Am Ende soll ein Bündnis zwischen der BRD und Österreich stehen, das dem gleichen Ziel dient wie alle solche Bündnisse bisher: Expansion nach Osten.

BRD-Staatsgewalt für "Wiedervereinigung"

Auch im Innern ist die Regierung Kohl eifrig dabei, die Staatsgewalt für ihre expansionistische Politik scharf zu machen. Am 9.11. beriet der Bundestag auf Antrag der Union über die jüngsten "Beweise" Wörners über sowjetische "Angriffsübungen", vorgelegt vom neuen MAD-Chef Generalmajor Senff. Der CDU-Abgeordnete Hauser erklärte: "Ich darf im Namen meiner Fraktion den Herrn Verteidigungsminister ermutigen, die Bürger öfter in die Geheimkammern des Nachrichtenwesens Einblick nehmen zu lassen". Der fraktionslose General a.D. Bastian fügte eilfertig hinzu: "Die NATO ist für ihr Verteidigungskonzept besser ausgerüstet als die Sowjetunion für ihr Angriffskonzept..."

Vor allem aber ist die Reaktion fest entschlossen, an Schulen und Hochschulen revanchistische und expansionistische Propaganda wieder durchzusetzen. Schon 1983 hatte Windelen die Kultusminister ermahnt, die 1978 auf Initiative des "Kuratorium Unteilbares Deutschland" beschlossenen Unterrichtsrichtlinien zur "deutschen Frage" durchzusetzen. Kein Vertriebenentreffen und kein Unionstreffen vergeht seitdem, auf dem nicht erneut auf diese Aufgabe hingewiesen wird. Zwei Beispiele: In der Septemberaus-

gabe der "Stimme im Exil", "Mitteilungsblatt der Exil-CDU der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands" – ihr Vorsitzender Gradl ist auch Vorsitzender des "Kuratorium Unteilbares Deutschland" und Mitglied im CDU-Bundesvorstand – beklagte der Westberliner Senator Kunz: "In unseren Schulen gehört das Thema Deutschland allenfalls beiläufig zum Unterrichtsinhalt. An den pädagogischen Hochschulen und vor allem an den Universitäten ist es so gut wie nicht existent", um dann in den Ruf auszubrechen: "Wir dürfen unserer Jugend nicht Bindungen, Inhalte und Wertungen vorenthalten, die für die Existenz jedes einzelnen und jeder Gemeinschaft auf die Dauer notwendig sind. Wir müssen die Begriffe Vaterland, Volk und Heimat wieder annehmen." An den Hochschulen denkt die Union dabei an den Aufbau spezieller Institute mit eigenen Lehrstühlen und Forschungsaufträgen, ins-

initiativen, um der revanchistischen Propagandakampagne der Reaktion insbesondere am 8. Mai 1985, dem 40. Jahrestag der Niederlage des Hitlerfaschismus, in Aktionen entgegenzutreten. Wir werden uns sicher an solchen Aktionen beteiligen. Von Seiten der DDR werden seit 1980 die "Geraer Forderungen" gegen die BRD erhoben. Diese Forderungen sind:

- Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft
- Auflösung der sogenannten "Zentralen Erfassungsstelle" in Salzgitter
- Umwandlung der Ständigen Vertretungen beider Länder in Botschaften
- Anerkennung der Staatsgrenze der DDR zur BRD sowie des Grenzverlaufs in der Flußmitte der Elbe (3).

Auch wenn die Bundesregierung durch ihren Minister Windelen gelegentlich äußerst "flexibel" tut, um die DDR mit dem Vorwurf der "Uneinsichtigkeit" und "Scharfmacherei" be-



Hupka, Windelen und Hasselmann mit zwei "Schlesierinnen" auf dem "Deutschlandtreffen der Schlesier" 1983. "... werden wir den Satz vieltausendfach, hunderttausendfach bekräftigen: Schlesien bleibt unser", heißt es in der Entschliebung, die auf dem "Deutschlandtreffen 1984" vom 14. bis 16.6.84 in Hannover verabschiedet werden soll.

besondere im "geisteswissenschaftlichen Bereich". Wenn das kein Anreiz für großdeutsche Wissenschaft ist!

An den Schulen soll die Schulaufsicht Terror machen, um großdeutschen Unterricht zu erzwingen. CDU-MdB Hupka auf dem Schlesiertreffen 1983: "Es muß daher zur Überprüfung unserer Schulen, Lehrer und Schulbücher ... aufgerufen werden." Die GEW wird die Unterstützung aller Gewerkschaften des DGB benötigen, um sich gegen diese Schnüffel- und Ausrichtungswelle zu wehren! Die zahlreichen Berufsverbote der letzten Zeit insbesondere gegen Lehrer, denen DKP-Mitgliedschaft vorgeworfen wird, sollen gerade solche Lehrer aus dem Weg räumen, die dieser großdeutschen Ausrichtung entgegneten.

Unterstützung der "Geraer Forderungen" der DDR

Inzwischen gibt es verschiedene In-

legen zu können, ist sie doch in Wirklichkeit keinesfalls bereit, diesen Forderungen zu entsprechen. Diese Forderungen der DDR richten sich schroff gegen den Revanchismus und Expansionismus der BRD. Wir würden es begrüßen, wenn sie in den Aktions-einheiten zum 8. Mai wie auch gegen die Aufmärsche zum 17. Juni ausdrücklich unterstützt werden.

Quellenhinweis: (1) Politische Berichte 17/82, S. 3f.; (2) Politische Berichte 20/84, S. 17; (3) Europa-Archiv 18/84, D 570; BT-Protokoll vom 8.11. und 9.11.84; pds Pressedienst Schlesien, Nr. 26, 19.10.1984; Lage der Rußlanddeutschen, BT-Drucksache 10/2100, 10/838; Rat der Ostdeutschen Landsmannschaften und Landesvertretungen, Pressedienst vom 12.11.1984; Bulletin der Bundesregierung, 20.11.1984 – (rül, lik, maw – DK-Arbeitsgruppe Nationalismus, uld)



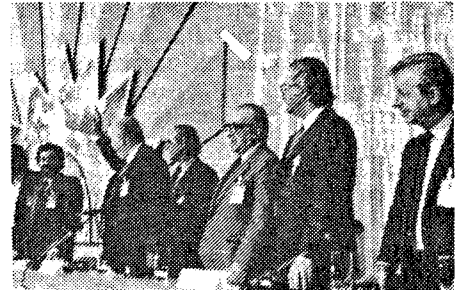
Gegen Gewerkschaftsrechte

Vom "Arbeitnehmerflügel" der Union soll ein Gesetzentwurf stammen, der die Kandidatur von christlichen Spaltergewerkschaften zu Personalrats- und Betriebsratswahlen direkt fördert und deren Wirken in Personal- und Betriebsräten unterstützt. Blüm kündigt an, "Sprecherausschüsse" für "leitende Angestellte" gesetzlich einrichten

zu wollen. Vorschläge für ein "Verbändegesetz" und ein "Arbeitskampfgesetz" werden von Union zu FDP und zurück gewälzt. Der Städtetag schließlich will ABM-Beschäftigte künftig unter Tarif bezahlen. Die Regierungskampagne gegen elementare Vertretungs- und Kampfrechte der Lohnabhängigen nimmt bedrohliche Formen an. Wie wollen die Gewerkschaften sich wehren?

Griechenland: Politik der Papandreou-Regierung

Nach dem Zerschlagen des französischen Volksfront-Bündnisses haben die Imperialisten in der EG jetzt die griechische Papandreou-Regierung im Visier. Bundeskanzler Kohl hat die bürgerlichen Oppositionsparteien in Griechenland unmißverständlich aufgefordert, auf den Sturz der Regierung hinzuarbeiten, die sowohl durch ihre Außenpolitik wie auch durch ihren Widerstand gegen die EG-Wirtschafts- und Agrarpolitik den Kurs der Imperialisten in der EG und insbesondere des BRD-Imperialismus stört. Zwei Drittel der griechischen Wähler hatten bei den letzten Wahlen die Regierungspartei PASOK und andere Linksparteien gewählt.



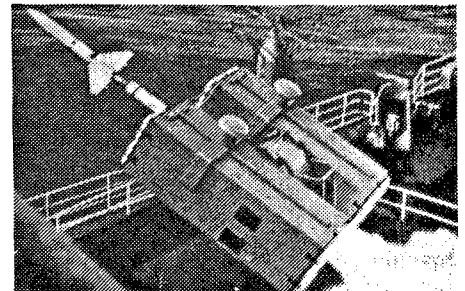
Faschistische Anschläge

Sieben Angehörige von türkischen Arbeitern starben in der Nacht vom 26./27.8. bei einem Hausbrand in Duisburg. Die Staatsanwaltschaft geht von vorsätzlicher Brandstiftung aus. Doch obwohl die Ermittlungen bisher zu keinem Ergebnis führten, steht für die Staatsanwaltschaft fest: Um einen Brandanschlag auf Grundlage von

Ausländerfeindlichkeit handelt es sich nicht. Hakenkreuzschmierereien neben der Eingangstür, Drohanrufe und Hetzflugblätter von Neonazis tut sie ab. Gleichzeitig nehmen Überfälle auf Ausländer zu. Was verfolgen die faschistischen Hintermänner damit? Wie paßt dies ins Konzept der Reaktion und wie verhält sich die nordrhein-westfälische SPD-Landesregierung?

Rüstungskoooperation in Westeuropa

Letzte Woche hat eine Konferenz von Verteidigungsministern der westeuropäischen NATO-Staaten in Brüssel eine weitere Vertiefung der Rüstungskoooperation beschlossen. Seit mehr als zehn Jahren betreiben die westdeutschen Imperialisten zusammen mit anderen westeuropäischen Staaten den Ausbau dieser "Kooperation". Tornado, Milan, Hot, Roland, Alpha-Jet sind solche Kooperationsprojekte. Die westdeutschen Rüstungskonzerne sind im Zuge dieser Kooperation wieder zu den größten Rüstungskonzernen in Westeuropa aufgestiegen. Welchen Umfang haben diese Kooperationsprojekte inzwischen angenommen? Und welche Absichten verfolgen damit die BRD-Imperialisten?



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich mit sieben verschiedenen Heften, Preis pro Heft 0,70 DM

- Stahl- und Metallindustrie
- Druckindustrie
- Chemie und übrige Industrien
- Handel, Banken, Versicherungen
- Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
- Schul- und wehrpflichtige Jugend
- Kommunalverbände, Landwirtschaft und kleine Selbständige

Politische Berichte und Nachrichtenhefte werden herausgegeben von:

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)
5000 Köln 1, Kamekestr. 19
Tel.: 0221/51 73 76

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.
5000 Köln 1, Kamekestr. 19
Tel.: 0221/51 74 57

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich: Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik – **Nachrichten, Analysen, Protokolle** – herausgegeben vom Koordinationsausschuß der Arbeitsgemeinschaft. Bezugsbedingungen wie Nachrichtenhefte.

Bezugsbedingungen:

Politische Berichte: Halbjahresabonnement inkl. Versand 36,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 72,- DM.
Politische Berichte sowie ein Nachrich-

tenheft: Halbjahresabonnement inkl. Versand 47,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 94,- DM.

Jedes weitere Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Einzelabonnement Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement inkl. Versand 14,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 28,- DM. Jedes weitere Heft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H.
5000 Köln 1, Kamekestr. 19
Tel.: 0221/51 74 57
Postscheckkonto Köln,
Konto-Nr. 104 19-507
Bankleitzahl 370 100 50

Herausgeber für das Zentrale Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Martin Fochler, Claus Udo Monica, Christiane Schneider; 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 0221/51 73 76

GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln, Kamekestraße 19, Telefon 0221/51 74 57. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft (S. 2–13): Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung (S. 14–19): Wolfgang Müller; für Reportagen und Berichte regional (S. 20–29): Günter Baumann; für Sozialstatistik (S. 30–31): Alfred Küstler; für Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge (S. 32–35): Angela Lux; für Spezialberichte (S. 36–39): Ulrike Detjen. Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln. – Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei.